

14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/23

23. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 19. Februar 1997

Verläßlichkeit bei der Postreform 3

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/537

Holger Astrup (SPD)

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als
Punkt 16 a in die Tagesordnung
eingereiht

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes 3 zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/455
Bericht und Beschlußempfehlung des
Sozialausschusses Drucksache 14/515
Frauke Walhorn (SPD), Berichterstatterin

Beschluß: Verabschiedung

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes 4 über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/240

Bericht und Beschlußempfehlung des
Finanzausschusses
Drucksache 14/514

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Drucksachen 14/535 und 14/542

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen 14/538, 14/539 (neu), 14/540 und 14/541

Lothar Hay (SPD), Berichterstatter
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Ute Erdsiek-Rave (SPD)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Torsten Geerds (CDU)
Wolfgang Baasch (SPD)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
 Ingrid Franzen (SPD)
 Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
 Wohnungs- und Städtebau
 Angelika Volquartz (CDU)
 Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)
 Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
 Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
 Wissenschaft, Forschung und Kultur
 Martin Kayenburg (CDU)
 Ulrike Rodust (SPD)
 Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE
 GRÜNEN)
 Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
 Technologie und Verkehr
 Klaus Schlie (CDU)
 Klaus-Peter Puls (SPD)
 Peter Zahn (SPD)
 Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
 Herlich Marie Todsen (CDU)
 Konrad Nabel (SPD)
 Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS
 90/DIE GRÜNEN)
 Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
 Claus Ehlers (CDU)
 Sabine Schröder (SPD)
 Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
 Landwirtschaft, Ernährung und
 Tourismus
 Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
 Natur und Forsten

* * * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes-
 und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
 Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
 Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen
 und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
 Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
 Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
 und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
 Natur und Forsten

* * * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Gerckens, dem ich von dieser Stelle gute Genesungswünsche senden möchte.

(Beifall)

Herr Abgeordneter Sager hat heute Geburtstag. Ich gratuliere ihm im Namen des Hauses ganz herzlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt.

Die Fraktion der SPD hat einen Dringlichkeitsantrag mit dem Betreff „Verlässlichkeit bei der Postreform“ eingereicht. Der Antrag müßte Ihnen inzwischen als Drucksache 14/537 vorliegen.

Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit hat Herr Abgeordneter Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion bittet Sie, der Dringlichkeit dieses Antrags, der Ihnen vorliegen müßte, zuzustimmen, weil - wie Sie wissen - derzeit die

Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesrat zum Thema Postreform aufgenommen werden. Wir möchten gern die Haltung der Landesregierung durch den Landtag unterstützt wissen, die lautet: Wir wollen die Post in der Fläche so weit wie möglich gewährleistet haben. Dazu brauchen wir diese Unterstützung. Ich bitte um Zustimmung!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist Bundespolitik!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wird weiter das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Ich möchte Sie noch auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung hinweisen. Die Dringlichkeit ist nur gegeben, wenn zwei Drittel des Hauses zustimmen. Wer der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist die Dringlichkeit einstimmig beschlossen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich lege Wert darauf, daß ich dagegen gestimmt habe!)

- Das ist mit der Gegenstimme des Herrn Abgeordneten Kubicki so beschlossen.

(Lachen)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag als Punkt 16 a in die Tagesordnung einzureihen. Die Fraktionen mögen sich über die Redezeiten verständigen.

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 6, 7, 8, 14 und 20. Die CDU-Fraktion hat ihren Antrag zum Tagesordnungspunkt 11, Enquete-Kommission Gentechnologie, zurückgezogen. Zu den Tagesordnungspunkten 4, 21, 22 und 23 ist eine Aussprache nicht geplant. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 18 und 19 mit dem Thema Abfallpolitik.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 10. Tagung.

Die Haushaltsberatungen werden nach Übereinkunft des Ältestenrates mit dem Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses eröffnet; danach wird eine Runde der Fraktionsvorsitzenden und der Ministerpräsidentin folgen. Die zweite Runde ist für Schwerpunktthemen und Redner vorgesehen, die die Fraktionen dem Präsidium bitte benennen. Die Beiträge in dieser Runde sollen sich an einer Dauer von fünf Minuten orientieren. In einer weiteren Runde schließen sich dann die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen und der Finanzminister an. Die Abstimmungen sind nach Abschluß der Beratung des Tagesordnungspunktes 3 vorgesehen. Das wird, je nach Diskussionsverlauf, entweder heute am späten Nachmittag oder morgen vormittag der Fall sein.

Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18:00 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Ich rufe als erstes den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/455

Bericht und Beschlußempfehlung des
Sozialausschusses
Drucksache 14/515

Ich erteile der Berichterstatterin des Sozialausschusses, Frau Abgeordneter Walhorn, das Wort.

Frauke Walhorn [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mitglieder des Sozialausschusses sind sich in der Bewertung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes einig. Wir empfehlen einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes und bitten, das Gesetz zum 1. April 1997 in Kraft treten zu lassen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. Es gibt die Vereinbarung, hier auf eine Aussprache zu verzichten. -

Ich sehe auch keine Wortmeldung; dann stelle ich diesen Gesetzentwurf abschließend zur Abstimmung.

Wer dem Bericht und der Beschlußempfehlung des Sozialausschusses in der Drucksache 14/550 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dies bei Stimmenthaltung der Frau Abgeordneten Spoorendonk so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/240

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 14/514

Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/535

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/538

Ich erteile das Wort zum Bericht dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzausschuß hat den ihm durch Beschluß des Landtages am 30. Oktober 1996 überwiesenen **Entwurf eines Haushaltsgesetzes** in 17 zum Teil ganztägigen Sitzungen, zuletzt am 13. Februar 1997, beraten. Als wir den Entwurf der Landesregierung am 30. Oktober beraten haben, hatten wir die 13. Sitzung. Daraus haben manche geschlossen, dies sei kein gutes Omen.

An den Beratungen der Einzelpläne waren - wie auch in der Vergangenheit - die jeweils zuständigen Fachausschüsse beteiligt. Die Beratung des Einzelplans 07 - Ministerium für Bildung - und des Einzelplans 13 - Ministerium für Natur, Umwelt und Forsten - hat jeweils zwei Sitzungen des Finanzausschusses und des Fachausschusses in Anspruch genommen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Finanzausschuß intensiver mit dem Haushaltsplanentwurf beschäftigt. Das drückt sich in einer größeren Anzahl von Sitzungen aus. Die sich dramatisch verändernde

Situation der öffentlichen Finanzen hat auch hier ihren Niederschlag gefunden.

Die **Beratungen** im Finanzausschuß waren durch den unerschütterlichen Willen zur Schicksalsbewältigung gekennzeichnet. Nur so waren Steuerprognosen, eingenommene Steuern und der vorläufige Jahresabschluß 1996 zu bewältigen. Die Beratungen im Finanzausschuß haben zu einer großen Zahl von Aufträgen an die einzelnen Ministerien geführt. Die Abarbeitung erfolgte durch eine Vielzahl von Umdrucken. Die Zahl liegt über 50. Im Gegensatz zur Vergangenheit erfolgte die Vorlage der Umdrucke rechtzeitig vor Verabschiedung des Haushaltes in dieser Plenardebatte. Ich gehe davon aus, daß es auch in Zukunft so bleiben wird, und möchte in diesem Zusammenhang die Worte des finanzpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion in der 13. Legislaturperiode in Erinnerung rufen. Dieser sprach von Sperren, die bei nicht rechtzeitiger Vorlage von Umdrucken eintreten könnten. Da ich ihn ganz gut kenne, weiß ich auch, wie ernst er das damals gemeint hat.

(Beifall bei der SPD)

- Das war aber nicht der Kollege Astrup.

(Heiterkeit)

Daß sich die **Eckwerte** des Entwurfes zwischen der ersten Lesung im Oktober des vergangenen Jahres und der heutigen Sitzung verändert haben, habe ich schon angedeutet. Lassen Sie mich einige wenige Daten zum vorgelegten Haushaltsplanentwurf nennen. Ich gehe davon aus, daß nachher in der Debatte vieles von dem noch einmal detaillierter dargestellt werden wird.

Der Haushaltsentwurf vom Oktober 1996 ging davon aus, daß die **Nettoausgaben** um 0,3 % gesenkt werden. Die erste Nachschiebeliste führte zu einer Senkung um 1 %. Die zweite Nachschiebeliste, die im Januar vorgelegt wurde, führte zu einer Ausgabensenkung im Bereich der Nettoausgaben um 1,8 %. Zur Erinnerung: Das Haushaltsjahr 1995 war von einer Ausgabensteigerung von 4,1 % gekennzeichnet.

Der Bereich der **Nettokreditaufnahme** ist natürlich für ein Land wie Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung. Im Haushaltsentwurf war für 1996 eine Nettokreditaufnahme von 1 248 000 000 DM vorgesehen. Die zweite Nachschiebeliste reduzierte diesen Betrag auf 1 219 490 000 DM.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Artikel 53 der Landesverfassung erinnern. Ich darf aus diesem Artikel 53 den wesentlichen Satz zitieren:

„Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten“.

Dieser Grenze, die Artikel 53 der Landesverfassung zieht, ist die Nettokreditaufnahme aus meiner Sicht sehr nahe gekommen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: 2 Millionen!)

Die **Investitionsausgaben** blieben im Beratungsgang nahezu unverändert. Nach dem Beratungsdurchgang der zweiten Nachschiebeliste sollen im Haushaltsjahr 1997 in Schleswig-Holstein 1 556 000 000 DM investiert werden; das entspricht einer Investitionsquote von 11,1 %.

Die **Personalausgaben** lagen 1996 bei 5 558 000 000 DM. Das entspricht einer Personalkostenquote von 39,6 %. Verständlicher ausgedrückt: Bei den Nettoausgaben sind im Haushaltsjahr 1996 39,6 % schon von vornherein für Personalausgaben festgelegt worden. Diese **Personalkostenquote** stieg im Haushaltsplanentwurf auf 39,7 % und hat nach der zweiten Nachschiebeliste einen Stand von 40,2 % erreicht. Diese Steigerung der Personalkostenquote trat ein, obwohl die absoluten Zahlen der Personalausgaben im Entwurf vom Oktober bei 5 665 000 000 DM lagen und durch die zweite Nachschiebeliste auf einen Betrag von 5 643 000 000 DM gesenkt wurden. Das heißt: Trotz der Senkung der absoluten Zahl erleben wir eine Steigerung der Personalkostenquote.

Die Ursache hierfür - jetzt fängt die Mathematik an - liegt in der Senkung der Nettoausgaben. Sie ist nämlich erheblich größer. Im Haushaltsentwurf vom Oktober betragen die Nettoausgaben 14 433 000 000 DM. Die zweite Nachschiebeliste kommt zu dem Ergebnis, es sollten 14 130 000 000 DM netto ausgegeben werden. Anders ausgedrückt: Die Personalausgaben konnten nicht in dem Maß reduziert werden, wie es zu einem Rückgang der Nettoausgaben gekommen ist.

Um die durch verminderte Steuereinnahmen und durch eine teilweise Veranschlagung des Haushaltsdefizites 1996 eingetretenen Lücken zu schließen, gibt es weitgreifende **Personalbewirtschaftungsmaßnahmen**, die auch schon im Landtag Gegenstand von Debatten waren. Hebungen wird es nur noch zum 1. Oktober

1997 geben. Ein ganz wichtiger Punkt ist, daß die Personalkostenansätze der Einzelpläne verbindlich sind. Das kannten wir in dieser Form bisher auch noch nicht. Details stehen in der zweiten Nachschiebeliste, Umdruck 14/403.

Ein weiterer Punkt, der in der Vergangenheit schon sehr häufig den Finanzausschuß und auch den Landtag beschäftigt hat, sind die **globalen Minderausgaben**. Die Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben wird im Haushaltsjahr 1997 das besondere Interesse des Finanzausschusses finden.

(Demonstrativer Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Dies gilt insbesondere dann, wenn Kürzungen im Rahmen des Haushaltsvollzuges bei Vereinen und Verbänden vorgenommen werden sollen. Dann werden wir sicherlich den Finanzausschuß zu einer intensiven Beratung dazubitten müssen.

Im Namen des Finanzausschusses bedanke ich mich bei allen, die uns in unserer Arbeit unterstützt haben. Das war eine Arbeit, die im Oktober anfang und die am heutigen Tage oder morgen, zumindest was den Haushalt 1997 betrifft, ihr vorläufiges Ende findet. Mein Dank gilt insbesondere Ihnen, Herr Minister Möller, und Ihrem Staatssekretär, Herrn Dr. Lohmann, aber vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Ministerien.

(Beifall im ganzen Haus)

Der Landesrechnungshof hat uns wie immer kritisch und konstruktiv begleitet. Dafür ein Dank an den Präsidenten, Herrn Dr. Korthals.

(Beifall im ganzen Haus)

Zum Schluß ein besonderer Dank an den Geschäftsführer des Finanzausschusses, Herrn Breitkopf, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, ohne die unsere Arbeit ins Stocken geraten wäre.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur wer arbeitet, macht auch Fehler. In der Ihnen vorliegenden Drucksache 14/514 - das sind Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses - ist im Einzelplan 07 auf Seite 15 von „Zuwendungen an die

Arbeitsgemeinschaft deutsches Nordschleswig“ die Rede. - Es bleibt bei „Schleswig“. In der ersten Vorlage der Kürzungsvorschläge war das zwischenzeitlich auch korrigiert worden. Nun hat sich der Fehler wieder eingeschlichen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Junge, Junge!)

Wir sollten das nicht weiter kommentieren; die Empfindlichkeiten sind im Grenzgebiet auf dänischer und auf deutscher Seite nach wie vor sehr groß.

Der Finanzausschuß empfiehlt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P., den Gesetzentwurf in der Fassung der rechten Spalte der Ihnen vorliegenden Gegenüberstellung anzunehmen. Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage sind durch Fettdruck kenntlich gemacht.

Außerdem schlägt der Finanzausschuß vor, den Gesamtplan in der nachstehenden Neufassung, die Einzelpläne des Haushaltes einschließlich der Erläuterungen mit den in den Anlagen 1 bis 15 zusammengefaßten Änderungen und Ergänzungen und den als Anlage 16 beigefügten Vorschlag zur Änderung beziehungsweise Ergänzung des Entwurfs für die Stellenpläne und die Stellenübersichten des Haushaltsjahres 1997 anzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Zitat von Kurt Tucholsky schließen, das aus meiner Sicht bezeichnend ist für das, was im Finanzausschuß in den letzten Wochen und Monaten beraten worden ist. Kurt Tucholsky hat gesagt: „Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelter Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich Gäste begrüßen. Ich begrüße zahlreiche Gäste in der Loge sowie auf der Tribüne Schülerinnen, Schüler und Lehrer der Löhmann-Hauptschule aus Flensburg sowie der Beruflichen Schulen am Königsweg in Kiel. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Dr. Hennig, das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber jetzt!)

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! In dieser Woche soll nun also der erste rot-grüne **Landeshaushalt** in der Geschichte Schleswig-Holsteins verabschiedet werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein sehr bedauerliches Ereignis,

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN]: Für Sie!)

aber auch ein Anlaß, auf die vergangenen Monate **rot-grüner Regierung** unter Ministerpräsidentin Simonis zurückzublicken, eine kritische Zwischenbilanz zu ziehen und sich zu fragen, wohin die Reise gehen soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ins Nichts!)

Zwischen der Einbringung des Haushalts durch die Landesregierung im Oktober und heute hat der Entwurf Veränderungen durch die Landesregierung in einem bisher in diesem Haus nicht gekannten Ausmaß erfahren.

(Ursula Kähler [SPD]: Dank Theo!)

Noch nie haben die Haushaltsberatungen unter so vielen Unwägbarkeiten gelitten

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt!)

und haben sich die **Haushaltsdaten** beinahe monatlich verändert. Erst mit der zweiten **Nachschiebeliste** - im vorigen Jahr war es schon schlimm, aber in diesem Jahr ist es zweifellos noch wesentlich schlimmer gekommen - Ende Januar 1997 hat die Landesregierung ihr vorläufig „endgültiges“ Zahlenmaterial vorgelegt, auf dessen Grundlage die Landtagsfraktion der CDU ihre Haushaltsberatungen führen und zu Ende bringen konnte. Jeder aber weiß schon heute, daß die Landesregierung diesmal um einen Nachtragsetat -

schon im Mai nach der nächsten Steuerschätzung - nicht herumkommen wird. Dann ist das „Endgültige“ wieder Makulatur.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]. So ist es!)

Dennoch haben Hunderte von Mitarbeitern in der Landesregierung Monate gebraucht - wir hatten dafür insgesamt drei Wochen Zeit -, um immer neue Listen und Übersichten zu fertigen und neue aktuelle Haushaltslöcher zu stopfen. Die Opposition hatte kurzfristig jeweils die gerade wieder einmal neuen Überlegungen der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Von einer angemessenen **Beratungszeit** für das **Parlament** kann keine Rede sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Das hören wir seit acht Jahren!)

So kam, was kommen mußte - damit Sie auch schon am frühen Morgen Ihre Freude haben -: In unsere Haushaltsanträge schlich sich ein Fehler ein, der aber keinerlei Auswirkungen auf unsere grundsätzlichen Alternativvorschläge hatte. Dieser in der Hektik und besonderen Arbeitsbelastung der letzten Wochen entstandene Fehler hat natürlich Schadenfreude - und das ist ja bekanntlich die schönste Freude, Herr Kollege Astrup! -

(Holger Astrup [SPD]: Nein, nur Häme!)

und erleichterte Lachen bei Rot-Grün ausgelöst. Das ist verständlich, denn in Ihren eigenen Reihen hatte man ja schon seit langem nicht mehr viel zu lachen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun kommen wir wirklich zu der Übertreibung des Jahres: Diesen Fehler gleich mit dem persönlichen politischen Schicksal von Thomas Stritzl zu verbinden, ist total unangemessen. Das ist absurd.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Das haben wir nicht getan! Wir nicht!)

Ich stelle mich hier eindeutig und unmißverständlich vor Thomas Stritzl und auch vor Angelika Volquartz als unsere Fachsprecher für Finanz- und Bildungspolitik.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben mein volles Vertrauen. Ich finde auch diese Ihre Reaktion, meine Damen und Herren von der linken Seite des Hauses, völlig unangemessen.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch wirklich zu gemein!)

Damit Sie wieder ganz ruhig und nachdenklich werden, möchte ich doch gern einmal die Frau Kollegin Erdsiek-Rave fragen, ob das Gerücht denn eigentlich stimmt, das durch die Gänge dieses Hauses zieht, daß Sie Ihre Haushaltsanträge vorher in das Finanzministerium geben, damit sie dort von den Fachreferaten überprüft werden.

(Lachen bei der SPD)

- Stimmt dieses Gerücht eigentlich, oder stimmt es nicht? Das ist eine interessante Frage. Man hört darüber so dieses und jenes in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU)

Eigentlich waren Sie ja angetreten, solche Praktiken in diesem Lande zu beenden,

(Holger Astrup [SPD]: Früher kamen die Anträge aus dem Finanzministerium! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aus der Staatskanzlei, Holger!)

und jetzt hört man nach zehn Jahren wieder so etwas.

Im übrigen sage ich Ihnen nur: Wenn dieser Kommafehler mit den 2 Millionen DM bei uns die Meßlatte für die Beurteilung von Finanzexperten sein soll, dann müßten Herr Möller und Frau Simonis in diesem Lande täglich zurücktreten!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Wir haben über Ihren Fehler nicht halb so lange geredet wie Sie!)

Aber wir werden ja noch damit zu rechnen haben, daß Sie die Hälfte Ihrer Reden mit diesem lächerlichen Ereignis bestreiten; deswegen möchte ich die Bemerkungen dazu an dieser Stelle beenden.

(Holger Astrup [SPD]: Herr Hennig, wir haben nur halb so lange darüber geredet wie Sie!)

Lassen Sie mich nun zum Haushalt 1997 und der niederschmetternden Bilanz dieser rot-grünen Landesregierung mit Pleiten, Pech und Pannen ganz anderen Ausmaßes zu sprechen kommen. Beim Stichwort „Pleiten“ fallen mir zunächst einmal die **Schulden** ein. Sie werden Ende 1997 wieder einmal eine neue Rekordhöhe erreicht haben. Wenigstens in dieser Hinsicht ist diese Landesregierung Spitze. Frau Simonis, Sie werden es geschafft haben, die Schulden dieses Landes von 17,3 Milliarden auf knapp 29 Milliarden DM erhöht zu haben,

(Holger Astrup [SPD]: Die erste Zahl stimmt nicht!)

eine Steigerung um 66,5 % in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung.

(Holger Astrup [SPD]: Die erste Zahl ist falsch!)

- Die Zahl ist nicht falsch; sie ist genau richtig, Herr Kollege Astrup. 17,3 Milliarden DM waren es Anfang 1988.

(Holger Astrup [SPD]: Dann ist es der falsche Zeitpunkt!)

- Nein, diese Zahl ist nun wirklich gecheckt. Die Zahl ist genau richtig. Wenn Sie meinen, daß sie falsch sei, dann kommen Sie nachher hierher und nennen Sie die richtige Zahl. Anfang 1988 waren es 17,3 Milliarden DM, Ende 1997 werden es knapp 29 Milliarden DM sein; das macht eine Differenz von 66,5 % in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung aus.

(Holger Astrup [SPD]: Nein, es waren 18 Milliarden DM!)

Oder anders ausgedrückt - weil Ihnen das Thema zu gefallen scheint -: Während wir in 38jähriger Regierungszeit für den gesamten Aufbau Schleswig-Holsteins nach dem Krieg, für die Eingliederung von mehr als einer Million heimatvertriebener Landsleute aus dem Osten und für die Entwicklung des Landes vom Armenhaus Deutschland zu einem in jeder Hinsicht attraktiven Land mit 17 Milliarden DM auskamen, reichen Ihnen zehn Jahre, um 12 Milliarden DM an Schulden anzuhäufen. Das ist einer Ihrer größten haushaltspolitischen Mißerfolge, Frau Simonis.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

„Alternativ statt additiv“ - kennen Sie das noch, Herr Astrup?

(Holger Astrup [SPD]: Ja, dann fangen Sie mal an!)

Diesem selbstgesteckten Anspruch sind Sie in keiner Weise in irgendeinem Haushaltsjahr gerecht geworden. Ich nehme an, Sie wissen das inzwischen auch selbst.

(Abgeordneter Holger Astrup [SPD] nimmt den Telefonhörer zur Hand)

Die **Einnahmen** des Landes - jetzt telefoniert er, um meine Zahlen zu erschüttern; das wird ihm aber nicht gelingen - stiegen von 8,3 Milliarden DM im Jahre 1992 - das können Sie gleich mit abfragen, Herr Astrup! -

(Holger Astrup [SPD]: Ich wollte nur die Mittagspause regeln!)

auf 9,5 Milliarden DM im Jahre 1997, also um 13,5 %. Stimmt es, Herr Astrup? - 13,5 %! Fragen Sie doch einmal nach!

Wo sind eigentlich diese Milliarden geblieben? Das frage ich Sie als Finanzexperten Ihrer Fraktion. Nein, die Zahlen beweisen es: Sie sind eben nicht die Sparkommissarin, Frau Simonis, sondern Sie tragen Verantwortung für die größte Neuverschuldung unseres Landes, und das trotz beachtlicher Steuermehreinnahmen in den letzten Jahren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Das ist bei Theo ganz anders!)

Die Frage ist doch nun wirklich in dieser dramatischen Situation berechtigt: Warum haben Sie nicht in guten Zeiten für schwierige Jahre gespart? Warum haben Sie nicht Rücklagen gebildet, Schulden abgebaut? Sie haben nicht so gehandelt, wie es jede Volkswirtschaftsstudentin im ersten Semester lernt: In guten Jahren muß der Staat sparen, damit er Luft hat, um in schlechten Zeiten die Konjunktur ankurbeln zu können. Statt dessen haben Sie in Ihrem blinden Reformeifer das **Geld der Steuerzahler** mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen. Sie haben neue Gesamtschulen gebaut, neue Ministerien eingerichtet - ein völlig überflüssiges gerade noch im vergangenen Jahr -, Sie haben ein neues Gästehaus eingerichtet,

neue Stäbe, Hunderte von neuen Stellen. Dies alles rächt sich heute.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Der Beifall wird dünner!)

Nun haben Sie, Herr Möller, ein neues **Haushaltsloch** von fast 370 Millionen DM angerichtet. Wenn Sie keine Buchungstricks vorgenommen hätten,

(Holger Astrup [SPD]: Vorsichtig, vorsichtig!)

dann wäre das Haushaltsloch noch um viele Millionen größer geworden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Um wie viele Millionen - dazu haben Sie in Ihrem Brief an den Finanzausschuß vom 12. Februar wieder neue Zahlen nachgereicht. Der Computerfehler wird da wieder anders saldiert; lesen Sie das alles noch einmal nach!

(Konrad Nabel [SPD]: Das sind menschliche Fehler, das sind keine technischen Fehler!)

- Nein, das sind keine menschlichen Fehler, sondern es heißt wörtlich: „Danach traten technische Pannen beim Starten von Programmen auf.“ Technische Pannen beim Starten von Programmen haben Sie seit neun Jahren. Das ist überhaupt nichts Neues.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gigantische Schulden und Rekordhaushaltsdefizite - damit werden Sie sich sicherlich bundesweit in der SPD keinen guten Namen als Finanzexpertin machen. Ich glaube, dort nimmt Sie ohnehin niemand mehr ernst, und daran tragen Sie selbst die Schuld.

Erinnern Sie sich noch: Wir haben in den letzten Tagen Ihr **Konzept für die Steuerreform in Bonn** abgefordert. Ich habe das auch in einer Kleinen Anfrage getan, weil Frau Simonis gesagt hat, sie habe ein solches Konzept für die Steuerreform. Es ist im Lande eine wohlgehütete Geheimsache geblieben! Aber gleichzeitig verkünden Sie im Norddeutschen Rundfunk, daß Sie sich weigern, an der Steuerreform mitzuarbeiten; ich kann Ihnen das Zitat vorlesen. Ich kann nur sagen: Toll, solche Politiker brauchen wir in schwieriger Zeit! Es kann doch wohl nicht wahr sein,

daß Sie sich einer angemessenen Beratung in dieser Weise verweigern!

(Beifall bei der CDU)

Sie sind messerscharf an der verfassungsmäßigen Grenze; Herr Hay hat dies zu Recht hier hervorgehoben. Wie Sie mit einer solchen Politik die Neuverschuldung binnen vier Jahren um 400 Millionen DM senken wollen, wie Sie es versprochen haben, bleibt Ihr Geheimnis. Das sind Ankündigungen, die Sie nicht einlösen können.

(Beifall bei der CDU)

Finanzpolitisch sind Sie wirklich gescheitert. Und genauso gescheitert sind Sie mit dem Wort vom „schlanken Staat“, mit dem Sie sich so gern schmücken. Das ist nichts als eine Worthülse.

Wie nicht anders zu erwarten, waren die Einsparungen bei den Personalausgaben im vergangenen Jahr so überhaupt nicht zu erzielen. Bereits jetzt zeigt sich, daß sich das Fiasko bei den **Personalausgaben** wiederholen wird. Dringend erforderlich ist eine zeitnahe realistische Berechnung der Personalkostenansätze. Allein die Personalkostenansätze in den Einzelplänen für verbindlich zu erklären und außerdem noch nicht einmal Verstärkungsmittel im Einzelplan 11 vorzusehen, wird nach unser aller Erkenntnis nicht reichen. Statt Personal abzubauen, haben Sie die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - jetzt stürzt Herr Astrup wieder ans Telefon - von 1987 bis 1997 von 63 376 auf 65 194 erhöht, und selbst der Haushaltsentwurf 1997 sieht noch zusätzliche Stellen in der Landesverwaltung vor, obgleich vorher vollmundig eine Einsparung von 1600 Stellen versprochen worden ist.

(Hört, hört! bei der CDU)

Die **Personalkostenquote** wird entgegen allen Ankündigungen 1997 stolze 40 % erreichen. 40 %! Immer mehr Geld fließt ins Personal und fehlt für Investitionen. Investitionen aber bedeuten Arbeitsplätze. Genau da ist Fehlanzeige im Haushaltsentwurf der Landesregierung.

Weil die immer zahlreicheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien immer neue rot-grüne Träume zu Papier bringen müssen, bleibt keine Zeit mehr für ihre eigentlichen Aufgaben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Dummes Zeug!)

- Ich verkneife mir die notwendige Antwort, Herr Neugebauer. Hier weiß ohnehin jeder, was er von Ihren Zwischenrufen zu halten hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Was liegt da eigentlich näher, als fleißig **Gutachten** zu vergeben von der Verwaltungsmodernisierung bis zur - man höre und staune! - ökologischen Gartengestaltung? Allein von September 1992 bis Oktober 1996 wurden von dieser Landesregierung 231 Gutachten für rund 17 Millionen DM vergeben. Das heißt im Klartext: vier Jahre lang ein Gutachten pro Woche für 81 000 DM. Das ist die Wahrheit über diese Regierung!

(Beifall bei der CDU)

Frau Simonis wird sagen, das sei eine Form von Outsourcing oder Lean Management. Ich sage dazu: Das ist öffentliche Geldverschwendung!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Bemerkenswert ist aber, daß Sie sich auf den Feldern Personalabbau und Verwaltungsreform klammheimlich Strukturvorschlägen der CDU nähern. So hat die rot-grüne Landesregierung aus dem bisher vehement abgelehnten Eckwertepapier von uns vom 2. Oktober mittlerweile die zwölfmonatige **Wiederbesetzungssperre** übernommen - einfach übernommen, völlig unverändert - und strebt jetzt ebenfalls feste **Personaleinsparungsquoten** für die kommenden Jahre an. Unser Vorschlag lautete und lautet: 1,5 % für 1998. Die Landesregierung strebt jetzt 1 % an. Darüber hinaus hat sie die Zuführung an den Pensionsfonds gestoppt und gesteht damit sein Scheitern selbst ein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese wenigen Beispiele zeigen doch, daß sich die Landesregierung klammheimlich der strukturellen Vorschläge der CDU bemächtigt, zwar nicht immer, aber immer öfter.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommt die Sache mit der **Funktionalreform**. Da bin ich sehr gespannt, wann Sie dieses von uns seit langem geforderte Vorhaben wirklich konkret umsetzen

werden. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg auf dieser Reise. Wir werden Sie dabei kritisch begleiten.

Nein, Talkshow-Politik reicht auf die Dauer nicht aus. Sie müssen endlich überzeugende Konzepte auf den Tisch des Hauses legen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ein letztes in diesem Zusammenhang. Erinnern Sie sich noch an den Hauskrach zwischen dem Verkehrsminister Steinblock und dem Umweltminister Steenbrück? Tatenlos haben Sie dem zugesehen, Frau Ministerpräsidentin. Und Ihr gemeinsamer Auftritt mit dem Umweltminister Steinblock an der Westküste hat ebenfalls schlichtweg nur die Note „total mißglückt“ verdient. Dieser Versuch, über die Köpfe der Menschen hinweg Politik zu machen, ist voll danebengegangen!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Thema „Führungsschwäche von Frau Simonis“!)

Ich finde auch, das ist lange verbraucht, und die Führungsschwäche muß jetzt durch eine Ablösung erledigt werden. Das ist durchaus meine Meinung.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir sind übrigens gespannt, wie der eben zitierte „Kombinationsminister“ und Stellvertretende Ministerpräsident seine Ideen zur Neuschneidung der Landesregierung konkretisieren wird. Auch da wünsche ich gute Reise!

Oberstes Ziel der Politik auf allen Ebenen - damit komme ich zu unserer Alternative - muß es sein, daß die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder auf Wachstum, auf Innovation, auf Investitionen und neue zukunftssichere Arbeitsplätze ausgerichtet werden. Das ist das alles Entscheidende für einen Landeshaushalt im Jahre 1997. Deshalb muß gerade im internationalen Vergleich die viel zu hohe Kosten- und Abgabenbelastung für die Betriebe gesenkt werden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum streichen Sie dann am Technologieprogramm?)

Deshalb ist die große Steuerreform mit einer wirklich durchgreifenden Entlastung für Betriebe und Steuerzahler genau der richtige und notwendige Weg. Deshalb müssen bürokratische Hemmnisse und Hürden für wirtschaftliche Initiativen abgebaut werden. - Es beunruhigt Sie ja zutiefst, daß jetzt die Möglichkeit

besteht, daß wir diese Steuerreform mit den Sozialdemokraten zusammen verabschieden. Das beunruhigt viele im Lande. Trotzdem ist es staatspolitisch notwendig, daß jetzt endlich gemeinsam gehandelt wird.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD)

- Herr Kubicki ist gerade nicht hier; deswegen mußte ich das mal loswerden!

Auf diese Ziele muß alles politische Handeln ausgerichtet sein, müssen auch alle Haushalte vom Bund bis zu den Ländern und Gemeinden ausgerichtet sein.

(Zurufe)

- Jetzt schließt doch dem Kollegen Klug endlich die Tür auf, damit er zu uns kommen kann.

(Heiterkeit - Ursula Kähler [SPD]: Die einzige witzige Bemerkung der letzten drei Jahre! - Weitere Zurufe)

- Das geht alles von meiner Redezeit ab. Wir sollten uns wieder beruhigen!

Im Gegensatz zu Rot-Grün setzen wir mit unseren haushaltspolitischen Beschlüssen auf Konsolidierung einerseits und auf Zukunftsfähigkeit des Landes andererseits.

(Beifall bei der CDU)

Damit wird auch unsere politisch inhaltliche **Alternative zu Rot-Grün** ganz deutlich. Unsere Schwerpunkte heißen: Schleswig-Holstein zukunftsfähig machen, Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Das ist die alles überragende Überschrift für die Notwendigkeit unseres Handelns.

(Beifall bei der CDU)

Demzufolge sind die Schwerpunkte unserer Politik für den Landeshaushalt 1997 die folgenden:

Erstens. Die Rückführung der Nettoneuverschuldung um 100 Millionen DM durch **Auflösung des Pensionsfonds**.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es macht finanzwirtschaftlich keinen Sinn - irgendwann wird das auch der Kollege Neugebauer nachvollziehen können - ,

(Zuruf von der CDU: Glaube ich nicht!)

hierfür zwar einerseits Habenzinsen zu bekommen, andererseits aber gleichzeitig für Kredite viel höhere Sollzinsen bezahlen zu müssen. Das macht nach Adam Riese keinen Sinn. Wir wollen die gesparten Kreditzinsen lieber für Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes verwenden.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Zweitens. Verringerung der von der Landesregierung geplanten **globalen Minderausgaben**. Wie sollen denn - bitte schön - die Ministerien noch in der Lage sein, globale Minderausgaben in dieser Höhe zu erwirtschaften, wenn bereits heute, im Februar, erkennbar ist, daß die Ansätze zum Beispiel für Personalausgaben nicht ausreichen werden?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wie in den vergangenen Jahren wird es nicht gelingen, die globalen Minderausgaben so zu erwirtschaften; die Folge wird ein erneutes Haushaltsdefizit sein. Um diesen Schaden zu begrenzen, wollen wir die globalen Minderausgaben bereits heute stark reduzieren.

Drittens. Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft durch Abschaffung des **Wassergroschens** und der **Müllmark** sowie Verzicht auf Erhebung des sogenannten „Wiesen“-Steuer.

Dies alles schwächt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes und ist genau das Gegenteil dessen, was unser Land braucht.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen fordern wir die ersatzlose Streichung dieser unnötigen Belastung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe)

- Nein, das Ministerium ist nicht überflüssig, aber vielleicht müßte man einmal etwas anderes auswechseln. Das würde vielleicht helfen.

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Eine verbesserte Unterrichtsversorgung durch 40 zusätzliche **Planstellen für Lehrer**.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Oh oh!)

Das ist wenig genug, Herr Kollege Rossmann. Außerdem verzichten wir auf eine Umwandlung von Beamtenplanstellen in Angestelltenstellen. Da haben sie nun schon umfangreich telefoniert, nachgerechnet und - weil sie uns überführen wollten - so getan, daß das falsch gerechnet sei. Nein, das ist außerordentlich vorsichtig gerechnet. So finanzieren wir die zusätzlichen 40 Planstellen.

(Zurufe von der SPD)

Fünftens. Aufstockung der **Schulbausanierungsmittel**: Um 5 Millionen DM wollen wir die Mittel für die Verbesserung der baulichen Situation der Schulen erhöhen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch einfach nicht mehr hinnehmbar, daß auch weiterhin wöchentlich rund 81 000 DM für Gutachten - unsinnigste Gutenachten! - ausgegeben und verschwendet werden, während an unseren Schulen kein Geld für notwendige bauliche Sanierungsmaßnahmen vorhanden ist. Das kann doch keine richtige Politik sein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sechstens. Mit der Verhinderung des von der Landesregierung geplanten Personalabbaus ausgerechnet bei der Polizei

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

wollen wir die **innere Sicherheit** stärken. Trotz erschreckend hoher Kriminalitätsraten in unserem Lande will die Landesregierung im Jahre 1997 20 Stellen bei der Polizei einfach abbauen

(Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

und 160 Ausbildungsstellen für junge Nachwuchskräfte streichen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wirklich unglaublich!)

Und sie will dies alles bis zum Jahre 2000 mit dem Abbau mehrerer hundert Stellen weiter fortsetzen. - Sind die Zahlen nicht korrekt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Doch!)

Sie sind schlimm. Wir wollen zumindest den derzeitigen Personalstand bei der Polizei halten und stellen dafür die notwendigen Mittel bereit.

(Beifall bei CDU - Holger Astrup [SPD]:
Wie bei Juristen üblich: Exakt, aber nicht zu gebrauchen!)

Siebtens. Das ist für uns ein ganz entscheidender Punkt, zu dem noch Kolleginnen und Kollegen im Anschluß sprechen und Details vorgetragen werden: Mit einer Reduzierung der globalen Minderausgaben wollen wir speziell die **Hochschulen** des Landes stärken. Es ist eine unglaubliche Versündigung an der Zukunft des Landes, daß Sie die Hochschulen in dieser Art und Weise „zusammenknallen“; wir wollen dort mehr Mittel für Innovationen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Achtens. Nun kommt ein wunderbarer Punkt.

(Zuruf von der SPD: Na, na! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der erste oder wie?)

- Du warst so lange draußen, daß du vieles nicht mitbekommen hast; aber vielleicht war der Schlüssel wirklich verschwunden.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit - Zurufe von der SPD)

Die Zweckentfremdung von Einnahmen aus der **Feuerschutzsteuer** wollen wir stoppen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bravo! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Populismus!)

Die Landesregierung hat mit ihrem Haushaltsentwurf mehrere Millionen DM aus der Feuerschutzsteuer - ich sag es einmal ganz milde - abgezweigt,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Populismus!)

um sie zweckentfremdet zur Finanzierung eigener Gehälter zu verwenden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reiner Populismus!)

Ich sage Ihnen dazu: Die Bezahlung von Ministerialbeamten zu Lasten von Tausenden von Frauen und Männern in unseren Feuerwehren machen wir unter gar keinen Umständen mit.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: So rigoros ist ja nicht einmal die Feuerwehr selbst!)

In unseren Anträgen zum Haushalt wollen wir dies rückgängig machen und den Haushalt bei den Feuerwehren um 3 Millionen DM erhöhen. Dieses Geld gehört den Feuerwehren. Sie greifen ihnen in unzulässigerweise in die Tasche.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Neuntens. Mit der Wiederaufnahme der kommunalen **Sportstättenbauförderung** wollen wir dem Sport in unserem Lande den ihm zustehenden Stellenwert einräumen.

(Holger Astrup [SPD]: In welcher Größenordnung?)

Nachdem die Landesregierung in den letzten Jahren die Mittel für den kommunalen Sportstättenbau kontinuierlich zurückgefahren hat

(Holger Astrup [SPD]: Auf null!)

- Sie sind dafür mitverantwortlich Kollege Astrup! -, stehen nunmehr überhaupt keine Mittel mehr zur Verfügung.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig! - Ursula Kähler [SPD]: Der Wohnungsbau ist uns wichtiger!)

Nach wie vor besteht in diesem Bereich aber ein enormer Investitionsbedarf,

(Holger Astrup [SPD]: Auch richtig!)

insbesondere auch für die Renovierung bestehender Sportstätten. Wir wollen hier 1997 zunächst mit einem Anfangsbetrag von 3 Millionen wieder einsteigen,

(Holger Astrup [SPD]: Sagen Sie!)

um ein wesentlich höheres Investitionsvolumen genau damit auszulösen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Zehntens. Durch zusätzliche Anstrengungen im Baubereich, die Rücknahme der Kürzungen bei der Bauunterhaltung für Landesgebäude, für den Straßenumbau und für die Straßenunterhaltung sowie für die Aufstockung der Werftenhilfe - ganz wichtige investive Maßnahmen, meine Damen und Herren - wollen wir im Rahmen der begrenzten finanziellen Möglichkeiten neue **Impulse** für den **Arbeitsmarkt** schaffen. Dies ist ein ganz dringendes Vorhaben, dem Sie zustimmen sollten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Auch hier sind die finanziellen Möglichkeiten begrenzt!)

Elfens. Die Kürzungen für die **Landwirtschaftskammer** machen wir im wesentlichen rückgängig. Nur wenn Sie endlich - das sage ich in diesem Zusammenhang auch sehr klar - eine klare Zusage für eine Personalpartnerschaft machen, kann es dort gut weitergehen. Deswegen fordere ich Sie dazu auf: Tun Sie das endlich, Herr Kollege Wiesen! Dort haben Sie Ihre Arbeit zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Für die kostenlose **Schiffsöleentsorgung** - das ist mein zwölfter Punkt, bei dem ich die grüne Fraktion um ganz besondere Aufmerksamkeit bitte - wollen wir 1,5 Millionen DM bereitstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dies in einer Presseerklärung ausdrücklich begrüßt. Mit uns können Sie dies heute oder morgen früh - je nach Ende der Debatte - durchsetzen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber sonst gar nichts Vernünftiges!)

Dann wird zu beurteilen sein, was hier von einer papierernen Presseerklärung zu halten ist und was die

grüne Praxis in diesem Lande sein wird. Wir werden das ja erleben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind schon so lange aus der Regierung, daß Sie nicht mal wissen, was eine Koalition ist!)

Dreizehtens. Schließlich wollen wir mit der Förderung von **Vereinen und Verbänden** das ehrenamtliche Element in diesem Lande stärken. Das ist dringend notwendig, wenn sich der Staat in dieser Weise übernommen hat.

Meine Damen und Herren, ich fasse das zusammen, indem ich sage: Konzentration auf das Notwendige

(Holger Astrup [SPD]: Bis jetzt haben Sie doch nur mehr Geld ausgegeben!)

und Bildung von Schwerpunkten, die wirklich etwas bewirken. Das ist die Politik, die unser Land braucht!

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Bisher haben Sie nur mehr Geld ausgegeben!)

Statt kleinkariertem rot-grünem Pepitamuster braucht das Land klare Linien in eine gute Zukunft.

(Holger Astrup [SPD]: Bei der Erfindung des kleinsten Karos sind Sie doch vorn!)

Wir definieren diese Linie, und das ist unser Angebot für eine bessere Politik in Schleswig-Holstein.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus der vergangenen Woche ist die SPD in mehrfacher Hinsicht gestärkt und verstärkt hervorgegangen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Da sind wir aber gespannt!)

Ich meine damit nicht in erster Linie das freudige Ereignis in der Familie Lafontaine,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für irgend etwas ist der ja gut!)

schon eher die Tatsache, daß sich der Bundeskanzler auf Drängen der SPD bereit gefunden hat, sich mit ihr an einen Tisch zu setzen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Gestärkt hat uns auch das Ergebnis der letzten Umfrage von RTL und dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag: über 2 % plus für die SPD, noch ein Prozent mehr für die Grünen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und das nach wochenlangen öffentlichen Auseinandersetzungen und nach dem Überwinden so mancher Schwierigkeiten. Das ist ein gutes Ergebnis, das diese **Regierungskoalition** gut brauchen kann, damit trotz Gegenwind aus Bonn klarer Kurs in Kiel gehalten wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und was das Profil der CDU angeht:

(Zuruf von der SPD: Nicht vorhanden!)

Kampagnen gegen Heide Simonis, ideologisch vernagelte Drogenpolitik, Bildungspolitik von vorgestern und Haushaltsanträge von gestern ohne Neuigkeitswert und ohne eigene Ideen! Seit vier Jahren immer dieselben Anträge. Das ist legitim, aber es ist auch langweilig, und das reicht nicht für eine große **Opposition**.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Schwarzmalerei im Lande, Herr Dr. Hennig, und Schönfärberei in Richtung Bonn, das ist zu einfach. Sie beschreiben immer nur die dramatischen Verhältnisse, aber Sie gehen nie auf die Ursachen ein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es fehlt der mindeste Ansatz von Analyse, es tut mir leid. Schwarzmalerei in Richtung Bonn und Schönfärberei hier, das ist zu einfach.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

- Nein, umgekehrt. Das werden Sie auch von mir nicht hören. Und „junge Wilde“ - das ist in Schleswig-Holstein allemal nur eine Kunstrichtung; der setze ich für die SPD lieber die Neue Sachlichkeit entgegen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört für mich auch, Herr Dr. Hennig, daß ich in Sachen Stritzl und Haushaltsanträge kein Wort in meiner Rede hatte. Aber Sie zwingen mich zu einer Erwiderung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

- Sie können gern das Manuskript, das ich der Presse übergeben habe, einsehen.

Ich antworte Ihnen jetzt auch nur deshalb darauf, weil ich Ihre Unterstellung in bezug auf unsere Anträge mit allem Nachdruck und ganz sachlich zurückweise. Wir haben es nicht nötig, so zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Das **Treffen beim Bundeskanzler** ist nicht die Vorstufe oder das Einläuten einer Großen Koalition. Dafür mag es ja Stimmen in der SPD geben, gewiß aber keine Mehrheiten und schon gar keine Unterstützung aus Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir uns das mal an!)

Wohl aber ist es ein Zeichen der **Bereitschaft zur Verantwortung** in einer Situation, in der die Bonner Koalition heillos zerstritten und in den großen Zukunftsfragen - Renten, Gesundheitsreform, Arbeitsmarkt, Steuern - am Ende ihres Koalitionslateins ist. Nicht der taktische Vorteil darf jetzt für die SPD zählen, sondern das Ringen um gemeinsame Lösungen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit; hier ist die Bundesregierung bisher mit all ihren Maßnahmen, die arbeitsmarktpolitisch wirksam sein sollten, gescheitert. Ich nenne nur beispielhaft: Schlechtwettergeld, Ladenschlußzeiten, private Arbeitsvermittlung. Am ungeeignetsten hat sich die Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle erwiesen. Nein, es

müssen Lösungen gefunden werden zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, zur Senkung der Lohnnebenkosten, zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommensgruppen, zu neuen Impulsen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, zum Erhalt des Sozialstaats -. Lösungen übrigens, die nicht mehr nur einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

(Beifall bei der SPD)

Opfer verlangen und Einschränkungen erwarten und Erwartungen an den Staat zurückschrauben - wie sollen das eigentlich Menschen akzeptieren in einer Gesellschaft, in der täglich berichtet wird über Milliardengewinne von Unternehmen und Banken und in der gleichzeitig täglich die Arbeitslosigkeit steigt? Wie erklären Sie das eigentlich Ihren Wählerinnen und Wählern?

(Beifall bei der SPD)

Nein, wenn das nicht jedenfalls in Lösungsansätzen geht, dann droht uns ein aggressives politisches Klima in dieser Republik, wie wir es noch nicht erlebt haben. Es verschwindet nicht nur das Vertrauen in die Demokratie, sondern allemal das in die Parteien.

Keine Haushaltsdebatte in diesem Parlament hat so deutlich die Landesgrenzen politischer Möglichkeiten und Abhängigkeiten vom „großen Bruder Bonn“ aufgezeigt wie unsere Beratung zu den Haushalten 1996 und 1997. Das können Sie doch nicht einfach verschweigen, Herr Dr. Hennig! Niemand hat bisher gesagt, daß es nicht auch hausgemachte Ursachen gibt. Aber die Ursachen aus Bonn so einfach unter den Tisch fallen zu lassen, ist billig und nicht richtig.

(Beifall bei der SPD)

Zwei Nachschiebelisten, Belastungen des kommenden Haushaltsjahres, ja der kommenden Haushalte: Wir werden diese Belastung entweder weiter vor uns auftürmen oder aber umfassende Einschnitte und Veränderungen in Angriff nehmen.

Übers Knie brechen konnten wir das nicht, auch die Fraktionen nicht. Aber sie beteiligen sich intensiv, sie unterstützen die Regierung, erwarten aber auch mutige und zügige Entscheidungen spätestens im Mai.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Nach intensiven Diskussionen legen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nun ihre Haushaltsentwürfe vor. Beide Fraktionen waren sich in dem Anspruch einig, die politischen Schwerpunkte ihrer **Reformpolitik** zu sichern und die **Modernisierung des Landes** voranzutreiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das öffentliche Ringen um das Profil des ersten rot-grünen Haushalts hat sich gelohnt. Wir mußten zwar auf dem Teppich bleiben, anstatt hochfliegende Pläne umzusetzen. Wir konnten aber Konturen deutlich machen, statt opportunistische Klientelinteressen zu befriedigen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

- Wenn Sie jetzt Widerspruch anmelden, dann kann ich nur sagen: Politische Akzente zu setzen, ist etwas anderes als Klientelinteressen zu befriedigen, und ich könnte Ihnen gute Beispiele aus Ihren Anträgen geben, denen ich das vorwerfen könnte. Aber ich erspare mir das.

(Holger Astrup [SPD]: Jede Menge!)

Wir konnten Schwerpunkte bilden, statt leichtfertig den Rasenmäher anzusetzen, und wir haben mit guten Nerven nach **Lösungen** gesucht, statt hektisch für weiteren Wirrwarr zu sorgen. Wir haben aber auch noch viel vor uns. Mehr als drei Jahre harte Arbeit in Parlament und Regierung, in dieser **Koalition**, mehr als eine Unwägbarkeit durch die Steuerreform und den Euro, mehr als eine Strukturreform hier im Lande, mehr als einen Schritt zur Modernisierung des öffentlichen Sektors und mehr als ein Gespräch, ja mehr als einen Streit mit Verbänden, Vereinen und Interessenvertretungen.

Ich verspreche hier nicht, daß wir auf jede Frage in den nächsten Monaten eine Antwort finden. Ich verspreche nicht, daß wir jede Kürzung zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder zurücknehmen. Ich verspreche nicht, daß wir nicht auch in Bereichen sparen, in denen es Menschen wehtut, die es ohnehin nicht leicht haben. Aber: Ich verspreche, daß wir sparen und kürzen und streichen und konsolidieren und Strukturen verändern, nicht als Selbstzweck, sondern für ein Ziel;

(Beifall bei der SPD)

Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein erhalten und neue schaffen, Bildungschancen verbessern, soziale Gerechtigkeit verteidigen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Bildungschancen verbessern, wie können Sie das?)

Meine Damen und Herren, um Brot und Butter wollen wir uns kümmern, nicht um die Crème de la Crème, das überlassen wir dann gerne der F.D.P.

(Beifall bei der SPD)

Der **Haushalt** eines Landes kann nicht auf alle Ängste und Sorgen eingehen, die die Mehrheit der Menschen hier in Schleswig-Holstein drücken und bedrücken und die eine explosive Mischung erzeugen können: Sorgen um die Rente, die Ängste vor dem Euro, vor dem Kursverlust der DM und ihrem Ende 1999, das Gefühl von Ungerechtigkeit bei den derzeitigen Eckwerten der Steuerreform und vor allem die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta
übernimmt den Vorsitz)

Wem diese Gruppen egal sind, der kann ja mal schauen, in welchen Bereichen von mittlerem und oberem Management Menschen mittlerweile auch von Arbeitsplatzverlust bedroht sind. Deshalb muß erst recht an allen Ecken und Enden des Haushalts das Bemühen um Gerechtigkeit, das Bemühen um zukunftssichere Arbeit in Schleswig-Holstein erkennbar sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]

Haushaltspolitik kann die Finanz- und Steuerpolitik des Bundes nicht kompensieren, aber die Litanei „Theo, wir haben kein Geld“ hilft auch nicht weiter; ich erspare sie mir, weil erstens immer auch vor der eigenen Tür gekehrt werden muß und weil ich zweitens hoffe, daß die Wählerinnen und Wähler sie uns bald ersparen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wer weiß: Wenn sich Herr Waigel jetzt der Rechtschreibreform annimmt, steigt er vielleicht zum Helden der Nation auf.

Der Haushalt des Landes muß in aller Bescheidenheit und aller Deutlichkeit in der Zukunft mehr als bisher

Auskunft darüber geben, was wir denn tun, was in unserer Kompetenz und Verantwortung liegt und was wir nicht mehr werden tun können.

Dabei wird die Regierung auch um der eigenen Glaubwürdigkeit willen bei sich selbst anfangen. Förderprogramme müssen nicht in Ministerien abgewickelt werden, Computer, Kraftfahrzeuge und Material müssen nicht von Beamten beschafft werden, und die Bewirtschaftung und Unterhaltung von Gebäuden ist auch in anderer als in staatlicher Regie vorstellbar.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Dieses Beispiel steht für viele andere. Kreative Lösungen und mutige Entscheidungen sind gefragt. Daran wird gearbeitet, daran werden wir arbeiten, und dafür werben wir um Zustimmung.

Ich werbe schon jetzt um Ihre Zustimmung, wenn wir den Bestand von Unternehmen und Arbeitsplätzen durch die Instrumente, die wir geschaffen haben, sichern wollen, durch Bürgschaftsbank, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft und Investitionsbank. Wir entwickeln flexible und intelligente **Modelle der Kooperation**, damit sich der Schritt zur Selbständigkeit und die Übernahme von Verantwortung auch rechnen. Mit diesen Instrumenten entlasten wir die Landesverwaltung und bieten auch den Kommunen neue Möglichkeiten, die in den gleichen Zwängen stecken wie wir und deren Handlungsfähigkeit wir erhalten wollen.

Stimmen Sie zu, wenn wir eine nachhaltige **Qualitätsoffensive** und eine **Existenzgründungsoffensive** einleiten, finanziell abstützen und damit neue Arbeitsplätze schaffen! Wir können in Zukunft auch in diesem Land nicht mehr nur auf abhängige Erwerbsarbeit setzen. Wer nicht den Mut hat, das zu sagen, kann auch den Mut zur Selbständigkeit nicht einfordern.

(Beifall bei der SPD)

Wir flankieren diese Maßnahmen durch ein umfassendes Qualifizierungs- und Innovationsprogramm, um den mutigen Schritt zur Existenzgründung abzusichern. Ein Netz von Beratungsangeboten sichert guten Rat und damit die Zukunftsfähigkeit der Existenzgründer und -gründerinnen. Intelligente Produkte und neue

Dienstleistungen sind das, was im Lande gefragt ist; wir wollen dazu ermuntern und das unterstützen.

Stimmen Sie zu, wenn wir den **Wohnungsbau** und die **Eigentumsförderung** antizyklisch auf hohem Niveau fortsetzen, wenn wir diese Schlüsselbranche in Schleswig-Holstein nicht wegbrechen lassen! Auch hier müssen wir weg von schematischen Vorgaben, auch hier kann mit flexiblen Lösungen mehr erreicht werden, als zunächst erwartet wurde.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Stimmen Sie zu, wenn wir bei „**Arbeit für Schleswig-Holstein**“ alle Möglichkeiten des Landes ausschöpfen werden und Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren! Das ist möglich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch in Zukunft möglich, weil es trotz der Kürzungen in diesem Bereich einen realen Zuwachs gibt. Wir konnten mehr Arbeitsplätze schaffen als so manches andere Bundesland. Wir konnten die Zahl der Erwerbstätigen erhöhen. Es ist gut, daß wieder mehr Jugendliche und Frauen in Arbeit und Brot sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Stimmen Sie zu, wenn wir die **Umweltwirtschaft** exportfähig machen und Ökowiirtschaft und Ökotechnik fördern! Wir investieren deshalb auch in mehr Umweltbildung und schaffen nicht nur neue Stellen im Freiwilligen Sozialen und im Ökologischen Jahr, sondern stärken gleichzeitig die Umweltakademie. Mit den Menschen in der Region werden wir unsere integrierten Schutzkonzepte weiterentwickeln, im Eider-Treene-Sorge-Gebiet und an der Westküste, und umsetzen.

Stimmen Sie zu, wenn wir die Standortvorteile des Landes bei den neuen **Kommunikationsmedien** für die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze nutzen! Der Zuschlag für Schleswig-Holstein für das Projekt „RISI“ ist ein Zeichen dafür, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der SPD)

Stimmen Sie zu, wenn wir neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen, neue Stellen schaffen und freiwerdende wiederbesetzen, um das hohe Niveau der **Bildungsangebote** in Schleswig-Holstein zu erhalten - das lasse ich von Ihnen nicht weiter schlechtreden -, um damit in die Zukunft zu investieren!

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Da müssen Sie mal die Eltern fragen!)

Ich frage mich, wo der qualitative Unterschied zwischen Ihrem Konzept, das 40 Stellen mehr fordert, und dem der SPD ist.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: 40 Stellen sind der Unterschied! - Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU] - Holger Astrup [SPD]: Qualitativ, nicht quantitativ!)

Dazu gehört für uns auch der Einstieg in das Programm der betreuten Grundschule. Wir erweitern damit die pädagogischen Möglichkeiten der **Schule** und erleichtern den Familien die wichtige Arbeits- und Zeitplanung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie den Blick auch einmal über den Tellerrand des Landes wagen, würden Sie feststellen, daß die Probleme der Strukturen, der Profile, der Attraktivität, der Arbeitsfähigkeit der **Hochschulen** nicht nur in Schleswig-Holstein gegeben sind, sondern daß das ein bundesweites Problem in allen Ländern ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Gucken Sie sich doch einmal an, was in anderen Ländern an Streichungen, Kürzungen und radikalen Maßnahmen bei den Hochschulen stattfindet! Das ist doch kein schleswig-holsteinisches Problem! Sie machen es sich einfach zu leicht.

(Beifall bei der SPD - Thorsten Geißler [CDU]: Gucken Sie mal die Zahlen an!)

- Lassen Sie uns sachlich darüber streiten, Herr Geißler! - Stimmen Sie zu, wenn wir mit den Hochschulen gemeinsam an der Steigerung der Attraktivität, der Effizienz und der Profilierung arbeiten! Die Eigeninitiative der Hochschulen - etwa

nach dem hervorragenden Beispiel der Fachhochschule Kiel - ist hier genauso gefordert, wie klare Vorgaben und Entscheidungen von Parlament und Regierung gefordert sind.

Aber ich sage auch: Wir werden angesichts der knapper werdenden Mittel das Tempo des Hochschulausbaus in Schleswig-Holstein wohl ein wenig drosseln müssen, und wir werden gleichzeitig konzentrieren und kooperieren. Das heißt, eine Bestandsgarantie für alle Studiengänge an allen Hochschulstandorten in Schleswig-Holstein kann es nicht geben.

Das Tempo steigern müssen wir in der länderübergreifenden Kooperation.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Warum bauen wir nicht ein norddeutsches Hochschulprofil, gewissermaßen einen Wissenschaftsdeich zwischen Emden, Flensburg und Greifswald? Wir werden auch die positiven Erfahrungen anderer Länder und anderer Bereiche mit Budgetierung und Globalisierung von Haushalten auf die Hochschulen im Lande übertragen. Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, was das bedeutet. Das bedeutet einen Verzicht auf Einfluß, den eine Landesregierung damit eingeht. Das bedeutet mehr Verantwortung für die Hochschulen, auch für die Folgen von Globalhaushalten, aber es bedeutet eben auch mehr Freiheit.

Wir werden bei den **Universitätskliniken** des Landes die Überführung in eine neue Rechtsform möglichst unter einem gemeinsamen Dach oder mit einer gemeinsamen Klammer überprüfen und auch hier Konzentration und Arbeitsteilung anstreben. Es geht nicht mehr anders.

(Beifall bei SPD und SSW sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Stimmen Sie zu, wenn wir die **Kulturförderung** im Lande auf einem hohen Niveau stabilisieren wollen! Wir stärken damit die Identität des Landes und sichern unser reiches Kulturerbe. Dazu zählen wir auch die **Minderheiten**, für die wir mit unseren Haushaltsanträgen zusätzliche Mittel bereitgestellt haben.

Aber ich bin mir bewußt, daß wir in Zukunft neue Wege werden gehen müssen, mit den Kulturschaffenden und den Verbänden gemeinsam neue

Strukturen entwickeln müssen, um die Pflege der Kulturlandschaft dauerhaft abzusichern. Wir werden nicht von Jahr zu Jahr wieder über jeden einzelnen Zuschuß beraten müssen, und der Rasenmäher und die Gießkanne sind dafür keine geeigneten Werkzeuge; auch hier müssen wir neue Wege und Modelle von Finanzierung finden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Stimmen Sie doch ausnahmsweise einmal zu, wenn wir die **innere Sicherheit** stärken und ausbauen wollen! Wir stehen an der Seite unserer Polizei. Da lassen wir uns auch von Ihnen nicht überholen,

(Beifall bei der SPD)

wenn es darum geht, diesen Arbeitsbereich neuen Anforderungen anzupassen und sie mit neuer Technik, neuer Ausstattung und modernen Methoden zu versehen. Es ist zu einfach, nur die Köpfe zu zählen, wenn ein anderes Konzept dahintersteht.

(Beifall bei der SPD)

Polizeibeamtinnen und -beamte leisten qualifizierte Arbeit, und sie können sich auf unsere Unterstützung verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole gern, was ich hier schon in der ersten Lesung gesagt habe: Wer die Polizei stärken, mit neuer Technik versehen und die Reiterstaffel erhalten will, wer den Katastrophenschutz finanzieren und die **Feuerschutzsteuer** nicht anpassen will, der verliert die Maßstäbe in einer Situation, die er vorher selber so dramatisch beschrieben hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Sie haben, um das zu begründen, zu einer pathetischen Wortwahl gegriffen,

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

die nicht einmal ein Feuerwehrmann benutzen würde.

(Holger Astrup [SPD]: Die sind in ihrer Wortwahl besser!)

Mit den Feuerwehrleuten und ihren Verbänden waren so viel sachlichere Gespräche möglich.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Daß sie von der Lösung, die wir jetzt gefunden haben, nicht begeistert sind, kann ich sehr gut verstehen. Aber ich kann Ihnen sagen: Wir haben uns redlich Mühe gegeben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Heh! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Redlich ist das nicht, was Sie machen!)

und wir hoffen, wir geben ihnen zumindest das, was sie von uns gefordert haben: Planungssicherheit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir konzentrieren uns in Zukunft auf die Kernkompetenzen des Landes und auf die Kernaufgaben von Politik heute.

Wir setzen die **Modernisierung des öffentlichen Sektors** fort. Schon jetzt hat Schleswig-Holstein - das mögen Sie wieder nicht hören - bundesweit in Sachen Verwaltungsreform einen guten Namen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Unsinn!)

Lesen Sie doch einmal das „Handelsblatt“ oder die „Wirtschaftswoche“. Darin wird sachlicher darüber berichtet, als Sie das hier vorgetragen haben. Das ist auch ein Standortfaktor,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was wollen Sie bis Mai vorlegen?)

den wir pflegen und ausbauen müssen.

In unserer **Gesellschaft** vollzieht sich nicht nur ein tiefgreifender Struktur-, sondern auch ein **Wertewandel**. Es gibt einen Willen - ich sage lieber „Willen“ als „Trend“ - zu mehr Eigenverantwortung und Individualität,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber!)

den Willen, sich staatlicher Überregulierung zu entziehen. Ich halte dies für ein Zeichen gewachsener gesellschaftlicher Emanzipation, was ich positiv werten

will, das wir in Politik umsetzen müssen und das nicht gleichbedeutend mit Ellenbogengesellschaft sein muß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diskutieren wir also darüber, was der Staat in Zukunft leisten will, was er leisten kann und was andere besser leisten können.

Führen wir diese Strukturdebatte nicht ausschließlich vor dem Hintergrund finanzieller Knappheit, sondern getragen von dem Willen, **Schleswig-Holstein** umfassend zu modernisieren!

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Neun Jahre regieren Sie!)

Wir sind nicht eine Bundesrepublik in Kleinformat. Wir sind ein Land mit eigenen Zuständen und Zuständigkeiten. Wir sind ein Land voller unschätzbaren und einmaliger Natur. Wir sind ein Land mit neuen Chancen in einem veränderten Europa und mit einer starken Stellung im Ostseeraum. Wir sind ein Land voller Kultur und Tradition. Wir sind ein Land mit lebendigen Minderheiten und einer toleranten Mehrheit.

Auf dieses Land sind wir stolz. Für dieses Land machen wir unsere Politik.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Die Zeiten sind schwierig.“ - So beginnen seit längerem staatstragende Reden und Leitartikel - oder zumindest weisen sie darauf hin. Fragt sich frau: für wen eigentlich?

Die Zeiten sind schwierig für Arbeitslose. Sie tauchen nur noch als Lasten- und Kostenfaktoren auf. Sie werden verleumdet als Arbeitsunwillige und, als wenn das noch nicht genug wäre, von der Bonner Regierung in immer neue Kürzungen ihrer gerade mühsam aufrechterhaltenen Lebensgrundlagen gehetzt.

Die Zeiten sind schwierig für **Menschen**, die mit Kindern leben wollen, weil ständige Verteuerungen

einerseits und Kürzungen von Sozialhilfe, BAföG und so weiter andererseits die gesellschaftlichen Lasten privatisieren, statt sie abzufedern. Dabei werden unsere Städte immer unwirtlicher, und dies ganz besonders für ältere Jugendliche.

Die Zeiten sind schwierig für Flüchtlinge in Deutschland, weil sie zu Sündenböcken für eine seit Jahren verfehlte Politik gemacht und mit unzähligen Schikanen bis hin zur Abschiebehaft gequält werden.

Für manche Politikerinnen und Politiker werden die Zeiten anscheinend schwierig, weil sie, von welcher Farbe auch immer, in Argumentationsnöte kommen. Sie haben immer neue Zumutungen an die große Zahl von Menschen zu richten, die sich gerade mit den letzten Hiobsbotschaften mehr schlecht als recht eingerichtet haben. Aber das ist das Geschäft von Politikerinnen und Politikern, nur müßte mindestens einige Ernsthaftigkeit dahinter zu spüren sein und das Bemühen, Lasten gerecht zu verteilen.

Die Zeiten sind nicht schwierig für Menschen mit gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen. Sie finden genug Möglichkeiten, sich von jeder Solidarität mit den Schwächeren und von der Verantwortung für einen aufwendigen Lebensstil, der zu weltweiten Zerstörungen führt, loszusagen.

Die Zeiten sind nicht schwierig für die Funktionäre der sogenannten Sozialpartner. Sie nehmen sich heraus - ohne genauen Blick für die Verflochtenheit der Verhältnisse -, immer weiter zu polarisieren und für nichts als die jeweiligen eigenen Pfründe zu sorgen.

Die Zeiten sind nicht schwierig für die Menschen mit Vermögen. Sie können trotz all dieser Ungereimtheiten sicher sein, daß sie jederzeit genügend Fürsprecher finden, die sich schützend vor ihre in dreistelligen Milliardenbeträgen anwachsenden Reichtümer stellen.

Vor diesem Hintergrund hatten wir einen **Haushalt** auszuhandeln, der unserem Anspruch gerecht würde, sozial, ökologisch und dabei gleichzeitig sparsam zu sein. Das haben wir unseren Wählerinnen und Wählern versprochen. Das wollten wir machen.

Wir glauben, daß Schleswig-Holstein trotz aller Finanzschwierigkeiten ein Land sein sollte, in dem arbeitslose Menschen eine Chance auf selbstbestimmte Hilfe haben und Flüchtlinge zumindest Gehör finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen Frauen ermutigen, trotz aller entgegenstehender Schwierigkeiten eigene Lebensentwürfe und Zukunftsperspektiven und eine eigenständige Sicherung der Existenz zu wahren.

Wir wollen, daß Kinder und Jugendliche über Belange mitbestimmen können, die sie zuallererst angehen, wie etwa die politischen Schwerpunkte in ihrer nächsten Umgebung, den Gemeinden oder den Schulen.

Wir wollen, daß eine zukunftstaugliche Technologie- und Wirtschaftspolitik auf die Stärken des Landes setzt, anstatt sie andauernd an den Tropf von Subventionen zu hängen.

Vor allem aber wollen wir eine Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die auf mutige Weiterentwicklung, auf Eigenverantwortung und den zielgenauen Mitteleinsatz ausgerichtet ist.

Wir halten es für ein gutes Zeichen, daß wir einen starken Zuwachs an Kindern haben, wenn wir auch gewünscht hätten, daß sich eine vorausschauende Politik früher darauf eingestellt hätte.

Wir brauchen gerade in diesen schwierigen Zeiten Modelle für Reformen an den Hochschulen und Schulen des Landes. Wir brauchen die Öffnung von Schule und Hochschule für den gesellschaftlichen Diskurs und für die verschiedenen Individualitäten und deren Interessenausgleich.

Es ist immer mißlich, **Reformpolitik** und **Sparen** miteinander koppeln zu müssen. Leider haben wir keine Wahl und müssen beides bewältigen, die Reform von Systemen und ihre bessere Effektivität.

Nach unserer Meinung ist es dringend erforderlich, die Stundengebermittel zu erhöhen, um das Problem der Unterrichtsausfälle besonders am Jahresende aufzufangen. Wir werden an diesem Thema weiterarbeiten und es in unsere Überlegungen zur Autonomie der einzelnen Schulen einbeziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besonders froh sind wir aber, daß es über den Koalitionsvertrag hinaus gelungen ist, schon in diesem Jahr die betreute Grundschule zumindest teilweise zu sichern, so daß wir im nächsten Jahr an dieser Stelle nicht von vorn beginnen müssen.

Was wir nicht brauchen, ist eine energieaufwendige Risikotechnologie, deren Gefahren in einer Generation gar nicht abzuschätzen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind nun einmal da!)

Weder die Gentechnik noch die Atomtechnologie sind gut für unser Land und für diejenigen, die nach uns kommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein solcher Unsinn!)

Was wir nicht brauchen, sind eine weitere Versiegelung des Bodens und ein Ausbau teurer, folgenschwerer Straßenbauprojekte.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Kommen Sie zum Haushalt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon versteht sie auch nichts!)

Die Studie über die Umweltauswirkungen des demographischen, sozialen und kulturellen Wandels in Schleswig-Holstein bis zum Jahre 2010 hat uns das noch einmal deutlich vor Augen geführt und sagt uns, was wir zu leisten haben.

Dringend brauchen wir **Konzepte**, wie dem zunehmenden Flächenverbrauch durch die Vereinzelung der Gesellschaft zu begegnen ist. Im Jahre 2010 werden immerhin 20 % mehr Fläche in unserem Land durch Wohnungsbau versiegelt sein als 1992. Immer mehr einzelne Menschen leben in immer größeren Wohnungen, die noch in meinen Kinderzeiten Familien beherbergten, deren Mitgliederzahlen heute schon ans Sagenhafte grenzen.

Wir brauchen für dieses Problem ein intelligentes und behutsames **Management**. Dies ist ein Vorhaben, das nicht nur in einer Abteilung eines Ministeriums zu leisten ist. Wir sind froh, daß wir eine Ministerin haben, die sich intensiv und fachkundig damit beschäftigt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer ist das?)

Wir werden weiter daran arbeiten, den Koalitionsvertrag umzusetzen, um die Wohnungsbauförderung wirklich zukunftstauglich zu gestalten.

Besonders wichtig erscheint uns an dieser Stelle, daß die Fragen des Wohnungsbaus, der Städteentwicklung, der Gleichstellung der **Frauen** und die Interessen der Jugendlichen zusammengefaßt sind. Wir setzen auf die Dialogbereitschaft und auf die reichhaltigen Erfahrungen von Frauen aller Altersgruppen, um so Lebensfähigkeit und Menschenfreundlichkeit unserer Städte besonders für die Jugendlichen zurückzugewinnen. Wer gewohnt ist, auch unter schwierigsten Bedingungen für andere zu sorgen, scheint uns besonders qualifiziert dafür zu sein, angemessene und stimmige Zuschnitte für Wohnungen und Quartiere zu entwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Außerdem sind Frauen in diesem Bereich, obwohl hauptbetroffen - Jugendliche natürlich auch -, massiv ausgegrenzt und ständig unterrepräsentiert. Daß hier eine verblendete und durch das berühmte „old boys network“ gekennzeichnete Übereinstimmung von konservativer Seite zu hören ist, die genau diesen innovativen Ansatz verhindern möchte, verwundert nur diejenigen, die gegenüber deren Sonntagsreden und charmanter Beteuerung, sie hätten ja nichts gegen Frauen, gelegentlich schwach werden. Übrigens: Frauen und Jugend unter einem Dach - gibt es eine sinnfälligere Interessenverbindung?

Die ländliche Strukturierung großer Teile unseres Landes wird durch die Verbesserung der ökologischen Landwirtschaft sowohl den Bedürfnissen der Menschen gerecht wie auch der Tatsache, daß nur eine **ökologische Umsteuerung** gerade der Landwirtschaft mit dazu beiträgt, das zerstörte Gleichgewicht zwischen der industrialisierten Welthälfte und der armgemachten Hälfte, den sogenannten Entwicklungsländern, wiederherzustellen.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Deshalb ist es gut, daß sich endlich ein Konzept zur Beibehaltung der Förderung ökologischer Landwirtschaft durchsetzen ließ.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Durch eine bessere Vermarktung wird es die Landwirtschaft wesentlich leichter haben, sich umzustellen, und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Schleswig-Holstein können wesentlich

besser als bisher mit hier angebauten und gewachsenen gesunden Lebensmitteln versorgt werden.

Zum Kapitel der ökologischen Vorsorge gehört auch die Schiffsöleentsorgung. - Das stimmt schon, Herr Hennig, da haben Sie ausnahmsweise einmal ins Schwarze getroffen. Es bleibt das Geheimnis unseres überaus verehrten Koalitionspartners, wie sich kompetente Politik unter der Überschrift „Modellregion Schleswig-Holstein“ darstellt, ohne eigene Anstrengungen in diesem Bereich zu unternehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na, Herr Neugebauer!)

Spätestens bei der nächsten Ölkatastrophe an einem unserer Strände höre ich förmlich die betroffenen Reden, daß etwas geschehen müsse. Daß wir an dieser Stelle keine Übereinkunft treffen konnten, ist besonders auch deswegen befremdlich, weil durchaus die Möglichkeit besteht, aus einem Teil der Abwasserabgabe - Herr Hennig, da sind wir anderer Meinung als Sie, und deshalb stimmen wir Ihrem Antrag nicht zu - die Mittel in Höhe von 500 000 DM bei hälftiger Finanzierung zur Verfügung zu stellen. Nur einfach immer in solche Löcher hineinzupieken, reicht nicht.

Aber **grüne Politik** ist nicht nur Umweltpolitik. Sie sieht auch die Notwendigkeit, im sozialen Bereich für mehr Perspektiven und Gerechtigkeit für Menschen zu sorgen, die beständig in Gefahr stehen, ausgegrenzt zu werden. Besonders wichtig ist uns dabei, daß wir die Alternativen zum Strafvollzug wieder in den Vordergrund rücken konnten. Gerade unter dem Aspekt eines humanen Umgangs mit straffällig gewordenen Jugendlichen und unter der Prämisse dezentraler Angebote ist es notwendig, den eingeschlagenen Reformweg nicht abubrechen. Erstmals ist es gelungen, in Schleswig-Holstein die Förderung der in der Straffälligenhilfe ehrenamtlich Tätigen einzuführen. Dies ist ein guter Einstieg, um es auch gegenüber den Ehrenamtlichen nicht immer bei den Sonntagsreden und Ordensverleihungen zu belassen.

Selbstverständlich braucht es wesentlich mehr Phantasie und Anstrengungen, um ehrenamtlich geleistete Arbeit in der Erwerbsbiographie, zum Beispiel von Frauen, sichtbar und bewertbar zu machen. Aber immerhin, ein Anfang ist gemacht. Erstmals ist die Förderung innovativer Projekte von Arbeitsloseninitiativen in das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ aufgenommen worden, ebenso wie die Vernetzung von Beschäftigungsinitiativen durch die Beschäftigungsgesellschaft Schleswig-Holstein.

Um neue **Konzepte** zur Schaffung von **Arbeitsplätzen** für Menschen, die bereits arbeitslos geworden sind, geht es auch bei der gelungenen Absicherung der Entwicklung von Konzepten für soziale Wirtschaftsbetriebe, um Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen. Zusammen mit der Sicherung der Arbeit von Drogenberatungsstellen ist das ein guter Beitrag, um Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit von Frauen und Männern in unserem Land zumindest ansatzweise angemessen zu beantworten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ich will es bei dieser beispielhaften Aufzählung belassen. Die Konturen sind klargeworden: Mehr Gerechtigkeit für diejenigen, die drohen an den Rand der Gesellschaft zu geraten, und ökologische Entwicklung dieses Landes.

Abschließend möchte ich noch zwei Beispiele für die **ökologische Zielsetzung** unserer Politik geben. Wir wollen uns eben nicht darauf beschränken, zu kontrollieren und zu reparieren, sondern wir wollen mit den Möglichkeiten unseres Landes und unserer Gesetzgebungskompetenz ökologisches Wirtschaften ermöglichen, das von vornherein die Umweltbelastungen menschlicher Aktivität einbezieht und bewertet.

(Beifall bei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir haben in Schleswig-Holstein gerade angefangen, das Mittel des Ökoaudits zu nutzen. Es findet langsam Akzeptanz bei aufgeschlossenen, die Zukunft verantwortlich planenden Unternehmerinnen und Unternehmern. Aber ein solches Konzept macht nur Sinn, wenn es auch Möglichkeiten zur Steuerung gibt. Solche Möglichkeiten sind auf Landesebene nun einmal Abgaben. Wir werden uns also darauf verständigen müssen, solche Abgaben zur Gesunderhaltung unseres Landes und seiner Menschen zu bejahen. Will man zum Beispiel am Ziel der Abfallvermeidung festhalten - aus unserer Sicht gibt es dazu keine Alternative -, muß man verstärkt Aufklärung und Beratung fördern. Das aber läßt sich nur über eine Abfallabgabe erreichen.

Was bedeutet das für unseren Umgang mit nicht nachwachsenden Rohstoffen und besonders für unsere

Abfallpolitik? - Jedenfalls ist ein populistisches Streichen von Abgaben im Bereich von Abfall und Energie konzeptions- und verantwortungslos -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

besonders unter dem Aspekt weiterer, von der CDU vorgeschlagener Streichungen, wie zum Beispiel bei der Förderung der ökologischen Technik und Wirtschaft, der Erstellung innerbetrieblicher Abfall- und Wirtschaftskonzepte und beim Ökoaudit. Das ist nicht nur umweltpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch Politik von vorgestern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer zukunftstauglich wirtschaften will, muß knappe Güter teurer machen und auf **Zukunftstechnologien** setzen. Das wird selbst in manchen Oppositionskreisen gelegentlich eingeräumt. CDU und F.D.P. sollten sich zum Beispiel einmal mit dem Bund junger Unternehmer unterhalten. Die sind deutlich weiter als Sie.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Unser Land braucht auch den Respekt seiner verantwortlichen Politikerinnen und Politiker vor seiner **Natur** und seiner ursprünglichen Schönheit. So sehen wir es als unverständlich an, daß die CDU, die uns doch in unzähligen Anträgen, Briefen und Veranstaltungen immer wieder aufforderte, die Überlegungen zum Zustand des Nationalparks „Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer“ transparent und diskutierbar zu machen, jetzt beim Nationalpark eben die Gelder streichen will, die dazu dienen, aufzuklären und zu informieren. Das ist scheinheilig und unseriös. Es offenbart, daß es der CDU in ihrer Gesamtheit nie wirklich um das empfindliche Gleichgewicht an der Westküste ging.

Eine solche Politik wird zu Recht in der Bevölkerung als wenig vertrauenswürdig eingeschätzt. Sie entlarvt sich zum großen Teil selbst als grandioses Ablenkungsmanöver, um sich dem eigentlichen Geschäft zu entziehen, das wir Politikerinnen und Politiker zu leisten haben, nämlich Vertrauen zu erwecken für die schwierigen gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse, die vor uns liegen. Für solche Politikerinnen und Politiker werden die Zeiten

hoffentlich noch schwieriger. Ihr Treiben muß gestoppt werden. Sie müssen an ihr Versprechen erinnert werden, das Wohl des Landes zu mehren, und sie müssen in Argumentationsnöte kommen, wenn sie Menschen die nächsten Hiobsbotschaften zu übermitteln haben.

Es ist nicht leicht, in solchen Zeiten verantwortlich Politik zu gestalten. Es erfordert große Anstrengungen und manche schlaflose Nacht. Ich denke, wir haben unser Erstlingswerk vorgelegt. Wir hätten es gern etwas üppiger gehabt, aber die Zeit des Wünschens ist vorbei. Die Zeit des Arbeitens und Sparens ist gekommen. Ich wünsche unserem **Haushaltswerk** dennoch, daß es sich bewähren möge und Menschen überzeugt, den gesellschaftlichen Wandel mit uns in die Hände zu nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann ein Wandel werden zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu Respekt vor der uns umgebenden Natur und zu mehr Aufmerksamkeit für Menschen aus anderen Erdteilen, die an unserem Reichtum an Gütern und an demokratischer Verfaßtheit teilnehmen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Der Herr Abgeordnete Kubicki hat jetzt das Wort.

Bis er das Rednerpult erreicht hat, nutze ich die Zeit, um Besucherinnen und Besucher des Gymnasiums in Satrup und der IGS Bad Oldesloe auf der Tribüne zu begrüßen.

(Beifall)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsberatungen sind generell die Stunde der Abrechnung der Opposition mit der Regierung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na denn mal los!)

So war es heute morgen, und so ist es immer wieder in den Medien zu vernehmen, wenn es darum geht, die finanzielle Situation des Landes und deren Entwicklung zu diskutieren. Aber abgerechnet wird durch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, durch die

Wählerinnen und Wähler, nicht durch Debatten in diesem Hohen Hause, mögen sie noch so scharf, Kollege Hennig, noch so freundlich, Kollegin Erdsiek-Rave, oder so wenig überzeugend sein, Kollegin Fröhlich.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben Ihren Änderungsantrag doch noch nicht einmal vorgelegt!)

Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben die Ministerpräsidentin dieses Landes in ihrer übergroßen Mehrheit nicht für kompetent genug gehalten, Bundeskanzlerin zu werden und damit Helmut Kohl abzulösen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie sind es auch nicht! - Heiterkeit - Zurufe)

Das erstaunt mich nicht. Sie haben aber ebenso Heide Simonis als Finanzministerin dieses Landes in besserer Erinnerung denn als Ministerpräsidentin. - Dies überrascht mich schon.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Erklären kann ich mir das nur damit, daß in der Erinnerung langsam alles Negative verschwindet und nur das Positive verbleibt.

(Konrad Nabel [SPD]: Davon werden Sie auch profitieren!)

Vergessen ist offensichtlich, daß Heide Simonis als Finanzministerin und als Ministerpräsidentin es zu verantworten hat, daß Schleswig-Holstein sich bei der Steigerung der **Staatsverschuldung** im Vergleich der westdeutschen Flächenländer von 1988 bis einschließlich 1996 auf einen einsamen ersten Platz vorgearbeitet hat. Damit hat die Sozialdemokratie nicht nur den finanziellen Handlungsspielraum dieses Landes unglaublich verengt, sondern sie hat auch zu verantworten, daß die Zukunftsfähigkeit unseres Landes langsam aber sicher verspielt wurde. Herr Kollege Neugebauer, deshalb erscheint es mir nur konsequent, daß diese Spieler künftig auch das Glücksspiel in Schleswig-Holstein in die eigene Hand nehmen wollen.

Die Einschätzung der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner darüber, daß Heide Simonis eine bessere Finanzministerin gewesen sei, denn eine gute Ministerpräsidentin, kann natürlich auch etwas mit der

Überzeugungskraft ihres Nachfolgers, Claus Möller, zu tun haben. Er hat es zu verantworten, daß nicht nur - wie ich meine - begründete Zweifel an der **Berechenbarkeit und Solidität** der Bonner Haushaltsführung in der Bevölkerung aufkamen, sondern ebenfalls an der Berechenbarkeit und Solidität der schleswig-holsteinischen Haushaltsführung. Noch nie zuvor wurde ein Entwurf für das kommende Haushaltsjahr durch die Entwicklungen im laufenden Haushaltsjahr innerhalb von nur wenigen Wochen zu einem Stück Papier ohne Wert.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das hat Bonner Ursachen!)

Der totale „Haushaltsgau“ im Jahre 1996 hätte wenigstens etwas Gutes gehabt, wenn die Landesregierung die Konsequenzen aus deren Fehlern im vergangenen Jahr gezogen hätte. Die angeblich so soliden Zahlen des ersten Haushaltsentwurfs, die wir im Oktober 1996 debattierten, hielten nur wenige Wochen. Die hektischen Aktivitäten der Landesregierung erinnerten an die Geschichte vom Hasen und Igel. Kaum hatte der Finanzminister geglaubt, er sei am Ziel angekommen und habe die Deckungslücke geschlossen, da tat sich schon die nächste auf.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zwei Nachschiebelisten waren nötig, um wenigstens auf dem Papier einen verfassungsgerechten Haushalt vorzulegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen doch, daß im laufenden Haushaltsvollzug für das Jahr 1997 erneut eine **Deckungslücke** auftreten wird, die der Finanzminister bis zum Ende dieses Jahres nicht wird schließen können. Wenigstens für das Protokoll will ich festhalten, daß nach meiner Einschätzung am Ende des Jahres 1997 ein Fehlbetrag von mindestens 200 Millionen DM festzustellen sein wird, und wir damit die verfassungsrechtliche Grenze der Kreditaufnahme im Haushaltsvollzug deutlich überschreiten werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Schauen wir mal!)

Ich werfe Ihnen überhaupt nicht vor, daß Sie die Steuermindereinnahmen für 1996 in Höhe von 103 Millionen DM und für 1997 in Höhe von 185 Millionen DM aus der November-Steuerschätzung nicht rechtzeitig etatisiert haben. Ich werfe Ihnen auch nicht vor, daß Sie es nicht verhindert haben, daß der

Haushalt 1996 mit einem Minus von sage und schreibe 367 Millionen DM abschloß. - Übrigens habe ich gehört, daß Sozialdemokraten dies dem Finanzminister vorgeworfen haben sollen. Was ich Ihnen aber vorwerfe, sind die falsche Weichenstellung für 1997 und der untaugliche Versuch, durch öffentliche Erklärungen von den eigentlichen Ursachen dieses finanziellen Desasters ablenken zu wollen. Dabei verhehle ich nicht, daß viele dieser Ursachen ihren Ursprung auch in Bonn haben.

Die lautstarke Klage darüber, daß die Steuereinnahmen ganz fürchterlich gesunken seien und deswegen ein so hohes Haushaltsdefizit in 1996 entstanden sei, ist leider nur die halbe Wahrheit. Die Steuereinnahmen sind zwar gegenüber 1995 gesunken, doch kommt es darauf nicht entscheidend an. Unter Einbeziehung der Zahlungen für den Länderfinanzausgleich und der Bundesergänzungszuweisungen hatte das Land Schleswig-Holstein im Jahre 1996 nicht weniger, sondern mehr Geld als 1995 zur Verfügung, um genau zu sein, 125,7 Millionen DM oder 1,3 % mehr. Dem immer skeptischen Kollegen Neugebauer empfehle ich die Lektüre des Umdrucks 14/469, in dem die Regierung selbst diese Zahlen nennt. Zugegebenermaßen sind **1,3 %** kein üppiger **Zuwachs**. Für eine Landesregierung aber, die von einer angeblichen Sparkommissarin geführt wird, sollte ein Plus von 1,3 % aber allemal ausreichen. Daß dies nicht der Fall war, hat etwas damit zu tun, daß der Einstieg in eine strukturelle Verbesserung der Haushaltssituation schlicht verschlafen wurde, während sich die Rahmenbedingungen staatlichen Handelns dramatisch wandelten.

Die Ergebnisse der Enquete-Kommission **Verwaltungsreform** liegen seit Ewigkeiten vor, doch es ist nichts passiert, außer daß die Landesregierung ein millionenschweres **Leitbild** entwickelte, ohne die entsprechenden Strukturen in der Verwaltung zu ändern. Jetzt, da der Landesregierung die Schulden über den Kopf wachsen, will sie endlich aktiv werden. Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, daß die Ministerpräsidentin in dieser Frage ausgerechnet von den Grünen zum Handeln getrieben werden muß. Die Erfahrungen aller **Reformvorhaben** zeigen, daß in der Anlaufphase zusätzliches Geld nötig ist. Eine Reformrendite wird sich erst nach mehreren Jahren einstellen. Deshalb schrillen bei uns sämtliche Alarmglocken, wenn Sie uns Glauben machen wollen, eine Funktionalreform führe zu einer Entlastung des Haushalts schon im Jahre 1997 oder im Jahre 1998.

Genauso wenig, wie bei der Reform der Verwaltung, mit der Sie nicht vorangekommen sind, hat sich etwas aus Ihrer Aktion **Ausgabenkritik** ergeben. Die Haushaltsprobleme, vor denen Sie stehen, sind hausgemacht. Das kann an der Entwicklung der Bediensteten in der schleswig-holsteinischen Verwaltung abgelesen werden. Zwischen 1988 und 1996 stieg die Zahl der Bediensteten um insgesamt 4200 Stellen. Der Einstieg in den Ausstieg aus den permanenten **Personalsteigerungen** ist - trotz vollmundiger Ankündigungen, innerhalb von vier Jahren 1600 Stellen sparen zu wollen - noch nicht einmal ansatzweise geschafft und auch nicht abzusehen. Das „Einhausen“ auf Beamte von der Ministerpräsidentin kann konkrete Konzepte nicht ersetzen. Ein Konzept ist es nicht, die Personalkostenansätze in 1997 für verbindlich zu erklären, die Personalverstärkungsmittel im Haushaltsplan 11 von rund 48 Millionen DM im Jahre 1996 mit einem Schlag auf Null herunterzufahren und die Wiederbesetzungssperre generell auf zwölf Monate auszudehnen. Das Einfrieren der Personalmittel und eine Wiederbesetzungssperre sind bürokratische und inflexible Instrumente, die nicht über einen längeren Zeitraum angewendet werden können, wenn die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gehalten werden soll. Die zufällige Altersstruktur einer Verwaltung entscheidet künftig über die Möglichkeit der Aufgabenerfüllung, nicht die Notwendigkeit der Aufgabe. - Das können wir doch so nicht wollen. Das kann doch unter keinem politischen Gesichtspunkt zutreffend und richtig sein.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber falsch, wir haben eine sechsmonatige Sperre! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ach, Herr Kollege Hentschel!

Die Verwaltung ist angehalten, die ihr übertragenen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Wenn Sie aber die Personaldecke immer weiter ausdünnen, ohne die Aufgaben zu verringern, dann ist dies auf Dauer unzumutbar.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenig überzeugend!)

Die Antwort kann nur heißen, weniger Personal für weniger Aufgaben. Aber auch hier werden Sie der Opposition entgegenhalten, sie sehe alles viel zu schwarz und Heide Simonis habe ja bereits den Joker

zur Senkung der Personalkosten aus dem Ärmel gezogen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben recht, Sie müssen nur einen konkreten Vorschlag machen!)

- Herr Hentschel, Sie haben ja in letzter Zeit häufig unter Beweis gestellt, was Sie von der Sache verstehen. Sie sollten sich vielleicht ein bißchen zurückhalten.

Die Ministerpräsidentin hat ernsthaft vorgeschlagen, die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sollten einen vierzehntägigen **unbezahlten Sonderurlaub** nehmen. Ist die Debatte über die Streichung des Buß- und Bettags als Feiertag bereits vergessen? Es waren doch Sozialdemokraten dieses Hohen Hauses, die erklärten, daß den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Schleswig-Holstein als Kompensation für die Pflegeversicherung die Streichung eines Urlaubstages nicht zugemutet werden könne. Nun sollen die Landesbediensteten zur Sanierung des Haushalts einen Verzicht auf 14 Tage Bezahlung erklären? Ist das jetzt der Einstieg in die flächendeckende Forderung der Sozialdemokratie auf Bundes- und Landesebene, eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich einzuführen oder aber eine Arbeitszeitverlängerung bei gleichem Lohn vorzunehmen? Habe ich das so zu verstehen, oder gibt es hier eine Differenzierung zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft? Wenn ja, mit welcher Begründung, wo ist sie tragfähig?

Meine Fraktion wirft den regierungstragenden Fraktionen und insbesondere der Ministerpräsidentin die völlige Konzeptionslosigkeit ihrer Politik vor, die in dem Haushalt ihren Niederschlag findet. Das größte und drängendste Problem ist die **Beseitigung der Arbeitslosigkeit**, darüber gibt es in diesem Hohen Hause - glaube ich - keine unterschiedlichen Meinungen. Es reicht auch für Sozialdemokraten und Grüne auf Dauer nicht, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, mit dem Finger nach Bonn zu zeigen. Schon Gustav Heinemann hat gesagt: „Wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt damit gleichzeitig mit drei Fingern auf sich selbst.“

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Danke gleichfalls!)

Sie haben einen wesentlichen Teil der Arbeitslosigkeit im Lande Schleswig-Holstein zu verantworten, oder jedenfalls mitzuverantworten. Für diese Feststellung habe ich einen der besten Zeugen, den ich mir

wünschen kann, den Wirtschaftsminister dieses Landes, Peer Steinbrück. Er hat in der letzten Woche in einem dpa-Gespräch wörtlich ausgeführt, mit der Investitionsquote von nur noch 11,1 % im Etatentwurf 1997 sei die Schmerzgrenze bereits überschritten. Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit im Norden habe auch mit dem Rückgang bei den **öffentlichen Investitionen** zu tun. Die öffentlichen Haushalte dürften zwar nicht aus dem Ruder laufen, doch dies könne nicht wie bisher zu Lasten der Investitionen gehen, sondern man werde sich über einschneidende strukturelle Maßnahmen in der Tat unterhalten müssen.

Frau Kollegin Erdsiek-Rave, ich wiederhole den entscheidenden Satz noch einmal:

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ich bin in der Lage, das auch beim ersten Mal zu verstehen!)

Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit im Norden hat auch mit dem Rückgang bei den öffentlichen Investitionen zu tun. Und dann stellen sich Sozialdemokraten und Grüne hierhin und erklären, daß ein Haushalt, der die niedrigste Investitionsquote seit Bestehen dieses Landes aufweist, ein zukunftsweisender Haushalt sei. Wirtschaftsminister Peer Steinbrück erinnert mich allerdings hinsichtlich seiner Durchsetzungskraft mehr und mehr an das Tigerfell aus dem beliebten Kultstück „Dinner for one“. „James“ Steenblock tritt ihm beständig an den Hinterkopf, während „Miss Sophie“ Simonis verkündet: The same procedure as every year. Denn der Wirtschaftsminister hat doch im Kabinett auch der mittelfristigen Finanzplanung zugestimmt, in der die Investitionsquote bis zum Jahr 2000 tendenziell auf 10 % gesenkt werden soll.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Er war schon einmal witziger!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Situation ist schlimm genug. Ich habe mir nicht vorgenommen, erneut eine Büttendrede zu halten, die ich in Vertretung von Peer Steinbrück bereits am Rosenmontag halten durfte. Aber ich kann das gerne tun, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, weil ich denke, daß man Predigten vielleicht auch mit Büttendreden begegnen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind den Sozialdemokraten dieses Landes außerordentlich dankbar dafür, daß sie die geplanten Mittelkürzungen im Bereich der **Universitäten** und **Fachhochschulen** weitgehend zurückgenommen haben. Aber wir haben

kein Verständnis dafür, daß die Leistungsfähigkeit unserer Schulen und Hochschulen nicht verbessert wurde.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Angelika Volquartz [CDU])

Dies ist doch das einzige Kapital, das langfristig zu einer Rendite führen kann. Wenn wir heute lesen, daß die Ausbildung in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern bei der Bewertung im internationalen Vergleich auf einen Platz im Mittelfeld zurückgefallen ist, so ist dies bereits mehr als besorgniserregend. Wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, daß nicht mit uns gemeinsam ernsthafte Versuche unternommen werden, nach Lösungsmöglichkeiten zur Befriedigung des zusätzlichen Lehrbedarfs aufgrund steigender Schülerzahlen zu suchen. Wir haben ebenfalls kein Verständnis dafür, daß es nicht ansatzweise die Bereitschaft gab, unserem Vorschlag zu einem Programm „**Computer an die Schulen**“ zu folgen. Es ist schon peinlich, daß in einem Bereich, der nach unserer Auffassung zur Grundversorgung gehört, die Ministerpräsidentin um Sponsoren bittet.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Was ist denn dabei?)

- Herr Rossmann, daß ausgerechnet die Sozialdemokraten in diesem Bereich nicht das Notwendige tun und damit für die Zukunft bei den Schülerinnen und Schülern, die nichts dafür können, zu einer sozialen Differenzierung beitragen, das ist erbärmlich angesichts der Situation und der Position, die die Sozialdemokraten bisher eingenommen haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

„dpa“ hat am 18. Februar 1997 gemeldet, daß die deutschen Schulen anderen Nationen im Internet hinterherschauen. Im Vergleich der Industrieländer schneiden die deutschen Schulen bei der Ausstattung mit Computern und Internet-Zugängen weltweit schlecht ab. Im statistischen Durchschnitt müssen sich 63 deutsche Schüler einen Computer teilen, während es nach einer Studie des europäischen Medieninstituts in Frankreich nur 30, in Großbritannien, je nach Altersstufe, 10 bis 20 und in Amerika nur 9 Schüler sind. Nur 2 % der deutschen Schulen können bislang die Möglichkeiten des Internets als weltweitem Computerverbund nutzen. In den USA ist jede zweite öffentliche Schule und in Schweden und Finnland sind

sogar Zweidrittel der Schulen bereits am Netz. In einer Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der die Beherrschung von Kommunikations- und Datenverarbeitungstechniken immer wichtiger, die Produktzyklen immer kürzer und der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel immer schneller werden, ist absehbar, wie lange es dauert, bis dieser Nachteil im Bereich der Ausbildung im internationalen Vergleich zu einem erheblichen wirtschaftlichen Nachteil wird, der die gesamte Gesellschaft erfaßt. Deshalb richten wir den dringenden Appell an Sozialdemokraten und Grüne, wenigstens im laufenden Jahr mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, ob wir diese globalen Herausforderungen nicht auch in Schleswig-Holstein sehr schnell und damit wirklich zukunftsweisend durch eine bessere Ausstattung der Schulen aufgreifen und auf sie reagieren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann ohne Panikmache feststellen, daß die kommenden Jahre die finanzpolitisch schwierigsten in der Geschichte des Landes werden. Von Jahr zu Jahr werden die Belastungen, die aus dem Vorjahr übernommen wurden, größer. 1997 müssen 185 Millionen DM aus 1996 ausgeglichen werden, mindestens die gleiche Summe wird im Jahr 1998 noch einmal fällig. 185 Millionen DM Vorbelastung für 1998 - dies ist eine gewaltige Zahl, die sich rasch vergrößern kann, wenn es dem Finanzminister nicht gelingt, die in den Haushalt 1997 eingestellten **Veräußerungserlöse** tatsächlich zu erzielen. Schafft er es nicht, wofür einiges spricht, da bereits jetzt eine Veräußerung an die Landesbank oder an eine Landesbanktochter als Treuhänderin mit Rücknahmeverpflichtung durch das Land bei unzureichender Veräußerungsmöglichkeit diskutiert wird, dann fehlen ihm mindestens 95 Millionen DM an Einnahmen.

Weitere **Einnahmeausfälle** durch ein verringertes Steueraufkommen sind ebenfalls sicher. Außerdem bestehen weitere Risiken aus der Umsetzung der Nachschiebeliste. Die angeblichen Einsparungen sind ja größtenteils globale Ausgabenkürzungen, die erst noch erwirtschaftet werden müssen. Angesichts des Desasters aus 1996 ist jedenfalls im Bereich der Personalkosten schon jetzt sicher, daß diese Kürzungsbeträge nicht erwirtschaftet werden können. Ich wäre dankbar, wenn nachher beispielsweise der Justizminister dies für den Bereich der Justiz auch öffentlich verkündete und nicht nur unter der Hand verbreiten ließe.

Wir haben schon bei der ersten Lesung des Haushaltsplanentwurfs gewarnt. In Zeiten knapper Kassen müssen Prioritäten gesetzt werden. Sie haben es

vorgezogen, Ihren haushaltspolitischen Gemischtwarenladen nicht zu entrümpeln, und Sie haben vor allen Dingen keine Zukunftssignale gesetzt. Das ist das Entscheidende: Es gibt keine Signale für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Wenn ich die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Fröhlich, richtig verstanden habe, dann ist für sie Gentechnologie ja kein Zukunftsmodell. Sie befindet sich damit interessanterweise in völligem Gegensatz zu Feststellungen der Sozialdemokraten auf Bundes- und, wie ich meine, auch auf Landesebene.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das spricht eher für mich!)

Sie verwalten den Mangel. Sie fördern die Arbeitslosigkeit, statt ihr entgegenzuwirken. Sie lassen die Schulen und Hochschulen des Landes im Stich und verbauen damit der jungen Generation Schleswig-Holsteins in erheblichem Maße Zukunftschancen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sprüche!)

Der erste rot-grüne Gemeinschaftshaushalt trägt zu Recht das Motto: Völker, höret die Signale, auf zum letzten Gefecht! Sie können eine Zustimmung zu diesem Haushalt von der F.D.P.-Fraktion im Ernst nicht erwarten.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann hätten wir auch etwas falsch gemacht! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Ach, Frau Heinold! Sie haben vieles falsch gemacht. Das wird die Zukunft zeigen, das werden auch die Wahlergebnisse zeigen. Wir sind da in völliger Ruhe und Gelassenheit und warten einmal die weitere Entwicklung ab.

Die F.D.P.-Fraktion hat, anders als in den Vorjahren, darauf verzichtet, ihre Haushaltsanträge, die im Finanzausschuß beraten worden sind, noch einmal zur Abstimmung zu stellen, weil wir nicht nur der Landtagsverwaltung viel Aufwand und Zeit ersparen wollten, sondern auch die knappe Zeit, die das Parlament zur Beratung wichtiger Fragen hat, nicht über Gebühr für Abstimmungen nutzen wollten.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Drittmittel, Studiengebühren - all das haben Sie darinstehen, ohne daß sich das deckt! Das wissen Sie ganz genau!)

- Herr Rossmann, Sie haben eigene Finanzpolitiker, die Ihnen das vielleicht erklären können. Auch ich erkläre es Ihnen gerne privatissime. Daß ausgerechnet Sie von Haushaltsfragen sehr viel verstehen, wage ich zu bezweifeln, aber sei es drum.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident, ich war zwar beim letzten Satz, aber ich gestatte die Zwischenfrage des Kollegen Hentschel besonders gerne, weil ich dazu beitragen möchte, daß er etwas dazulernt.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kubicki, stimmt es, daß Sie die Endfassung Ihrer Haushaltsänderungsanträge nicht mehr eingereicht haben, weil die gesamte Deckung nicht stimmt?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Kollege Hentschel, dies stimmt nicht. Ich weiß auch nicht, wer Ihnen dies erklärt haben soll. Ich bin, wie gesagt, gerne bereit, nicht nur der Union, sondern auch Ihnen klarzumachen, wie Haushaltstechnik funktioniert.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Alles nur Frechheiten!)

- Herr Rossmann! - Die zweite Nachschiebeliste der Regierung, die eine Reihe von Vorschlägen der F.D.P. ja bereits mitbeinhaltet, hat die Vorschläge in den Titeln, sowohl was die Einnahme- wie auch die Ausgabeseite angeht, überhaupt nicht berührt. Das heißt, im Ergebnis passiert dabei überhaupt nichts.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muß nur 100 Millionen herausrechnen!)

- Ich muß keine 100 Millionen herausrechnen, weil die Deckung der 100 Millionen Mindereinnahmen des Finanzministers auch nur durch globale Ausgabenkürzungen vorgenommen worden ist, die ich

einfach nur übertragen muß. Er kann doch von uns nicht erwarten, daß wir etwas herausrechnen, was er selbst nicht herausrechnet.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es fehlen 100 Millionen!)

- Quatsch! - Aber noch einmal: Es zeigt mir, daß die sozialdemokratischen und grünen Finanzpolitiker noch einiges dazulernt müssen. Ich bedauere wirklich, daß der Kollege Astrup nicht mehr im Finanzausschuß sitzt. Denn viele der Fehler, die der Kollege Neugebauer bereits erklärt und erkannt hat, wären dann nicht aufgetreten. Herr Kollege Neugebauer, wer nicht einmal Titelbezeichnungen in Haushalten richtig verwenden kann, der sollte sich hier zurückhalten.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde jetzt nichts zur Forsa-Analyse der letzten Woche sagen. Ich habe mir natürlich überlegt, wie ich das auffassen soll, daß dem SSW dieselbe Kompetenz - 1 % der Befragten - zur Lösung der Probleme dieses Landes zugesprochen wird wie der F.D.P. und den Grünen. Ich denke schon, daß wir mehr leisten können als das.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten ist es mit dem Geld wie mit dem Mist: Es bringt keine Freude, wenn es nicht verteilt wird.

(Heiterkeit und Beifall)

Diese Weisheit des englischen Philosophen Francis Bacon aus dem 16. Jahrhundert trifft, finde ich, sehr gut auf unsere heutige Situation zu.

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland stehen alle vor der Herausforderung, trotz großer Haushaltsprobleme soviel Geld wie möglich unter die Leute zu bringen, damit nicht alle Aktivitäten und gewachsenen Strukturen zerstört werden. Das gilt auch für diesen Landeshaushalt. Damit ist nicht gemeint, daß jede Gruppe oder jede Klientel nach dem

Gießkannenprinzip gleichermaßen mit Mitteln aus dem Landeshaushalt bedient werden sollte. Vielmehr muß die gesellschaftspolitische Verantwortung der Landesregierung für die Zukunft aller Bürger durch den Haushalt zum Ausdruck kommen. Für den SSW heißt dies, daß vor allem die Bereiche Bildung, Jugend und Soziales nicht völlig dem Diktat der knappen Kassen untergeordnet werden dürfen. Aber auch in der Umwelt- und Energiepolitik sollte der Haushalt weiterhin Reformwillen ausdrücken - zugegeben, ein sehr schwieriges Unterfangen bei der angespannten Haushaltslage.

Der für die Zukunft des Landes so wichtige Balanceakt zwischen notwendigen Zukunftsinvestitionen und Reformen auf der einen Seite und dem Sparzwang aufgrund der weiter anwachsenden Schulden auf der anderen Seite war für die Landesregierung dieses Jahr ein besonders schwerer Kraftakt. Zu dramatisch waren die Steuerausfälle, die im Verlauf der Haushaltsberatungen auftraten. Das Ergebnis ist dementsprechend mager ausgefallen. Die Investitionen nehmen ab, die Schulden steigen trotzdem bis an die Grenze des Zulässigen, das Tafelsilber des Landes wird für kurzfristiges Löcherstopfen verbraucht. Viele Zuschüsse an Organisationen und Institutionen im Lande sind gekürzt worden. So richtig glücklich kann man mit diesem Haushalt nicht werden.

Um den vorgelegten Landeshaushalt fair zu beurteilen, muß man aber auf die **gesellschaftlichen Rahmenbedingungen** eingehen. Die finanziellen Probleme des Landes sind nur zum Teil hausgemacht. Die Landesregierung hat nur zu einem Fünftel bis zu einem Siebtel die Kontrolle über die Ausgaben des Landes. Und die Einnahmen sind sehr davon abhängig, welche Steuer- und Finanzpolitik auf Bundesebene betrieben wird.

Nach Auffassung des SSW sind die Probleme des Landes Teil der **generellen Strukturkrise der öffentlichen Hand**. Diese Strukturkrise hat viele Ursachen. Außer einer verfehlten Steuerpolitik, wie beispielsweise die Abschaffung der Vermögensteuer, ist besonders die steigende **Arbeitslosigkeit** das alles überragende Problem unserer Gesellschaft.

Im Januar 1997 wurden in Deutschland die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1933 registriert. Ich kann mir die Bemerkung nicht ganz verkneifen, Herr Kollege Dr. Hennig, daß der Aufbau der Gesellschaft nach 1945 wohl doch eine gesamtpolitische Leistung war, in erster Linie auch deshalb, weil die breite Bevölkerung und auch die Flüchtlinge auf Lohnforderungen ganz verzichteten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Diese Rekordarbeitslosigkeit, die wir heute haben, ist eine Schande für die sogenannte soziale Marktwirtschaft und hat fatale Wirkungen auf die Finanzkraft von Bund, Ländern und Kommunen. Die Folgen der Arbeitslosigkeit bekommen wir durch weitere Steuermindereinnahmen und höhere Ausgaben der öffentlichen Kassen schmerzlich zu spüren. Ob man das nun „Bündnis für Arbeit“, „Konzertierte Aktion“ oder „Runder Tisch“ nennt - wir müssen doch endlich parteiübergreifend neue Wege und Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finden. Die positiven Erfahrungen beispielsweise in den Niederlanden oder in Dänemark zeigen, daß man viel weiter kommt, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen an einem Strang ziehen. Warum ist das nicht in Deutschland möglich?

Ein dänischer Finanzminister hat einmal in den siebziger Jahren über die Situation nördlich der Grenze gesagt: „Wir stehen vor dem Abgrund.“ Diese Beschreibung ist meiner Meinung nach heute leider sehr bezeichnend für den Zustand dieser Republik. Die führenden Kräfte in Deutschland müssen endlich zusammenfinden, um die großen Probleme zu lösen. Es hilft keinem, wenn der Bundesfinanzminister mit immer neuen Sparmaßnahmen verzweifelt versucht, die Kriterien für die kommende **Währungsunion** einzuhalten. Dieser Spagat, der sich dämpfend auf die Konjunktur auswirkt, kann nicht gelingen. Nicht einmal die Wirtschaft glaubt daran. Auch der Chef der Deutschen Bank, Herr Kopper, sagt, Waigel spare Investitionen, Wirtschaft und Arbeitsplätze kaputt. Sogar der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft schlägt vor, die Währungsunion bis auf weiteres zu verschieben. Dieser Meinung schließen wir uns an. Der SSW setzt sich schon seit langem dafür ein, daß das Sparen für Maastricht ein Ende haben muß. Und wir fordern, daß die anstehende Steuerreform des Bundes nicht zu Steuererleichterungen für Besserverdienende verkommt.

Das Steuersystem muß den großen Einkommensunterschieden Rechnung tragen, das heißt, daß auch in Zukunft die stärksten Schultern die größten Lasten zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund beurteilen wir es als positiv, daß die Landesregierung einen Haushalt vorgelegt hat, der versucht, dem sozialen und ökologischen Kahlschlag in Schleswig-Holstein entgegenzuwirken.

Es ist zwar bedauerlich, daß die Mittel für aktive Arbeitsmaßnahmen in Schleswig-Holstein durch die Nachschiebeliste gekürzt worden sind. Trotzdem gibt die Landesregierung in diesem Jahr immer noch mehr Geld für das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ aus als im Jahre 1996.

(Beifall bei der SPD)

Nur eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**, die den Arbeitslosen durch Weiterbildung und Umschulung wieder die Möglichkeit gibt, sich für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren, ist eine zukunftsweisende Politik und findet die Unterstützung des SSW.

(Beifall bei der SPD)

„Wissen ist Macht“ - das gilt nicht erst, seitdem die sogenannte Globalisierung der Weltwirtschaft eingesetzt hat. Aber in Zukunft wird es für die westlichen Industrieländer immer wichtiger werden, den Bildungsbereich verstärkt zu fördern, um den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs gerecht zu werden. Leider ist der **Bildungsbereich** nur teilweise von den Sparmaßnahmen der Landesregierung ausgenommen worden. Wir begrüßen dabei, daß die Nachschiebeliste der Landesregierung und der Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal eine Erhöhung der Mittel für den Hochschulbereich zur Folge hatte. Dabei sollte aber allen klar sein: Die Hochschulen in Deutschland bedürfen grundlegender Strukturänderungen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Daher sollten die vorgeschlagenen Einsparungen zum Anlaß genommen werden, Änderungen im **Hochschulbereich**, das heißt in der Organisation, im Unterricht, in der Forschung, bei den Einnahmequellen und im Personalbereich durchzuführen. Überall sollten die Hochschulen versuchen, neue Wege zu gehen, um das Niveau der Lehre und der Forschung zu verbessern. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die Hochschulen des Landes zu reformieren.

Wir sind aber nicht besonders glücklich über die Höhe der vorgeschlagenen Kürzungen. Besonders die BU Flensburg ist nach Meinung des SSW insofern hart von den Kürzungen betroffen, als sie als jüngste Universität des Landes noch nicht auf soliden Füßen steht. Auch für die BU Flensburg sind in der Nachschiebeliste Verbesserungen vorgenommen worden, und der Start des Berufsschullehrer-Studienganges ist nun gesichert. Allerdings können die bisher unzureichenden Arbeits- und Studienbedingungen nur durch einen weiteren Ausbau verbessert werden.

Auch im **Schulbereich** steht das Land angesichts steigender Schülerzahlen vor großen Herausforderungen. Es ist daher ein positives Zeichen, daß im Haushalt 1997 neue Lehrerstellen ausgewiesen sind. Um die Probleme im Schulbereich längerfristig zu lösen, müssen wir hier ebenfalls neue Ansätze und Ideen finden. Arbeitszeitkonten für Lehrerinnen und Lehrer oder flexiblere Arbeitsbedingungen bei der Anstellung von Angestellten sind hier die Stichworte. Bei der Lösung der Probleme der Schule müssen die betroffenen Eltern, Lehrer und Schüler in die Diskussion einbezogen werden. Das gilt besonders für das Projekt KLAUS. Meiner Meinung nach gibt es hier noch Änderungsbedarf, und die Landesregierung sollte die geäußerte Kritik ernst nehmen.

Für den **Landesteil Schleswig** begrüßen wir, daß die Mittel für das Regionalprogramm nicht weiter gekürzt worden sind. Wir sind ja bescheiden. Die neuesten Arbeitslosenzahlen sind für unseren Landesteil weiterhin niederschmetternd. Die Stadt Flensburg und der Kreis Nordfriesland gehören mit Arbeitslosenquoten von über 17 % beziehungsweise 15 % zu den am stärksten belasteten Regionen im Land. Auch bei den Neuansiedlungen von Unternehmen schnitt der Norden 1996 am schlechtesten ab. Der Bedarf an Investitionen zum Abbau der Strukturschwäche ist also weiterhin vorhanden. Dabei bedürfen die Verbesserung der Bestandspflege und die Bestandsweiterentwicklung der Unternehmen im Landesteil Schleswig der besonderen Förderung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Wenn nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Schleswig-Holstein sparen müssen, können die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe nicht völlig ausgenommen werden. Das nimmt der SSW zur Kenntnis. Wir haben uns mit unseren Anträgen auch stark zurückgehalten. Wir sind allerdings weiterhin der Meinung, daß die **finanzielle Gleichstellung der Minderheiten** noch nicht erreicht ist. Deshalb können wir unter keinen Umständen überdurchschnittliche Kürzungen für unsere Vereine und Institutionen akzeptieren. Daher begrüßen wir, daß die Regierungsfraktionen zumindest teilweise unserem Änderungsantrag betreffend die **dänischen Landwirtschaftsvereine** zugestimmt haben, und wir begrüßen, daß unser Antrag vom letzten Jahr, der der Haushaltssperre zum Opfer gefallen war, für den Haushalt 1997 von den Regierungsparteien übernommen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Die von CDU und F.D.P. vorgelegten Änderungsvorschläge haben es dem SSW trotz einiger Bedenken leichtgemacht, dem Haushaltsentwurf der Landesregierung zuzustimmen. Die Alternative von CDU und F.D.P. war für uns als Ganzes nicht akzeptabel. In einigen Bereichen haben die beiden Parteien zwar Vorschläge gemacht, die auch der SSW ohne weiteres unterstützen kann. Ich denke beispielsweise an die Erhöhung der **Werftenhilfe** oder an die Zuschüsse im **Hochschulbereich**.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dann können Sie dem ja zustimmen!)

Doch die vorgeschlagene Finanzierung dieser Vorschläge lehnt der SSW ab. Zum einen ist diese sehr kurzfristig angelegt wie bei der Umwandlung von Angestelltenstellen in Beamtenstellen oder bei der Abschaffung des Pensionsfonds, zum anderen sind die Vorschläge sozial und ökologisch unverantwortlich,

(Beifall bei der SPD)

wie beispielsweise bei der vorgeschlagenen **Abschaffung der Stelle der Bürgerbeauftragten**. Hätten wir, wie vom SSW immer wieder verlangt, einen echten Ombudsman, dann wäre uns viel besser damit gedient, und wir hätten uns vielleicht überlegen können, ob wir den Eingabenausschuß benötigen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Eben, wir haben einen echten Eingabenausschuß! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und der steht in der Verfassung!)

- Es scheint ja kein Problem zu sein, Verfassungen zu ändern!

Weiterhin problematisch ist die **Abschaffung der Abfallabgabe**, wie von der CDU und auch von der F.D.P. verlangt, oder die **Abschaffung der Landeswasserabgabe**. Völlig unsozial wird es, wenn die **Langzeitstudenten** die Kürzungen in der **Hochschule** ausgleichen sollen, wie von der F.D.P. vorgeschlagen.

Insgesamt wird der SSW die Änderungsvorschläge von CDU und F.D.P. deshalb ablehnen, wobei wir aber im Einzelfall einigen guten Ansätzen zustimmen können.

Trotz aller Bedenken wird der SSW den Haushalt für 1997 mittragen, ganz nach dänischer parlamentarischer

Tradition, wie ich hinzufügen möchte. Insgesamt sind wir der Meinung, daß die Landesregierung mit dem vorgelegten Haushalt unter Berücksichtigung der schlechten Rahmenbedingungen noch das Mögliche für das Land herausgeholt hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, Herr Dr. Hennig, weil Ihnen das dienstgradmäßig zusteht, mich heute wenigstens ein bißchen aufzuregen. Aber nachdem ich Ihre Rede zum fünften Male gehört habe, will mir das einfach nicht gelingen. Das einzige, worüber ich mich wenigstens ein bißchen aufregen könnte, ist Ihr Mut, mit dem Sie bei der Beschreibung der Lage Bonn so ganz aus Ihrem Gedächtnis herausgenommen haben. Das existiert offensichtlich gar nicht mehr und beweist für mich, daß Ihnen der Blick für die großen Zusammenhänge hier in Kiel wohl endgültig abhanden gekommen ist; in Bonn mögen Sie ihn ja vielleicht noch gehabt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich auch nicht einmal mehr über die Nebelkerzen aufregen, die geworfen werden, um von den eigentlichen Problemen unserer Republik abzulenken. Da werden von Ihnen die Polizeipferde geritten. Da wird Haschisch rauf und runtergeredet.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das kommt bei mir nicht vor!)

Da werden Computerfehler hin- und hergeschoben, wobei es jedem einmal passieren kann, daß man, wenn man von einer Sache nichts versteht, einen Fehler macht. Da werden 100 Millionen DM, die der F.D.P. fehlen, hier mit Fehlern des Finanzministers erklärt. Was kann der eigentlich dafür, daß ihr nicht rechnen könnt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es fehlen keine 100 Millionen! Völliger Unsinn!)

Da äußert sich Herr Waigel zur Rechtschreibreform. Endlich hat er mal ein Thema gefunden, von dem er glaubt, er würde als Bayer etwas davon verstehen! Da werden Wortspiele mit KLAUS betrieben. Da wird auf

der rot-grünen Landesregierung in Anspielung auf die Farbenlehre herumgeklopft. Da wird jedem, der hier vorbeikommt und ein Transparent in der Hand hält, alles versprochen, was auf dem Transparent steht.

Nur ein Thema kommt bei Ihnen nicht vor: die **Massenarbeitslosigkeit**,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

die Massenarbeitslosigkeit, die unser Land wirklich an den Rand des gesellschaftlichen Zusammenhalts treibt und ihn kaputt macht.

(Beifall bei der SPD)

- Ich habe Ihre Rede schriftlich vorliegen gehabt. Das Wort „Arbeitslosigkeit“ ist einmal vorgekommen, ein einziges Mal auf den vielen Seiten!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist nicht wahr! Das ist überhaupt nicht wahr!)

Von Ihnen ist nichts gesagt worden, was Sie denn tun wollen als Opposition, die Sie ja Einfluß in Bonn haben, wo Sie nicht Opposition sind,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie wollten sich doch nicht erregen!)

daß unsere **sozialen Sicherungssysteme** uns nicht um die Ohren fliegen, weil der Druck der steigenden Arbeitslosenzahlen jeden Tag neue Berechnungen notwendig macht und solche Berechnungen angestellt werden, daß sogar Herr Biedenkopf sich mit Grausen zur Seite wendet, weil die Annahmen, die Blüm bei der Rentenversorgung macht, derart horrend sind, daß es schon weh tut. Es ist kein Wort gesagt worden, was Sie tun wollen, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wieder ein bißchen zu festigen, damit die Kluft zwischen den Reichen und den Armen, zwischen denen, deren Anzahl in den letzten drei Jahren um 40 % gestiegen ist, nämlich den Einkommensmillionären, und denjenigen, die immer weniger haben, etwas geringer wird. Danach muß sich Haushaltspolitik und die Diskussion in einem Parlament ausrichten.

Man muß, glaube ich, kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, daß die Zahl von 4,7 Millionen registrierten Arbeitslosen - dazu kommen noch all die anderen, die aufgefangen sind in AB-Maßnahmen, die wegfallen sollen, oder die nicht mehr

registriert werden, weil die Kommunen sich um sie kümmern sollen - noch steigen wird. Selbst der Bundeskanzler ist in der Zwischenzeit weit davon entfernt zu leugnen, daß wir unter Umständen sogar 5 Millionen Arbeitslose haben könnten.

Der Höchststand der Nachkriegszeit steigt und steigt und steigt, und von Ihnen regt sich kein Mensch darüber auf! Sie erwarten nur, daß sich das Land Schleswig-Holstein - wie durch ein Wunder an diesem Trend sozusagen vorbeischwingend in ein Paradies hinein, keinerlei Haushaltsprobleme habend, keinerlei Arbeitslosenzahlen habend, keine Pleitewellen habend - anders verhält, als uns das von Bonn zum Teil geradezu zwanghaft vorgegeben wird. Woher der Bundeskanzler die Vision nimmt, die Arbeitslosenzahl ließe sich bis zum Jahr 2000 halbieren, ist mir persönlich ein Rätsel. Sie reden doch sonst so gern von Visionen, Herr Dr. Hennig. Visionen sind doch Ihr Lieblingsthema. Von welcher Basis möchte er denn halbieren, von der des Jahres 1983 oder des Jahres 1997 oder des Jahres 1998? Er ist ja nicht einmal in der Lage, den Anstieg zu stoppen, geschweige denn irgend etwas zu halbieren.

(Beifall bei der SPD)

Mit der **Politik des Kaputtsparens**, der einseitigen Lastenverteilung auf die Schultern derjenigen, die eh schon die höchsten Abgabenlasten zu tragen haben, ist auf die Dauer die Arbeitslosigkeit nicht zu bekämpfen. In Wirklichkeit strampelt sich die Bonner Regierung ab, den Euro um jeden Preis, ohne soziale Absicherung, termingerecht durchzuboxen, um der Gefahr zu entgehen, erst als letzte eintreten zu dürfen.

Wenn Sie uns unsere unsolide Haushaltspolitik vorwerfen - Sie dürfen das gern mitschreiben; es könnte ja noch einmal gebraucht werden -, dann will ich Ihnen folgende Zahlen entgegenhalten: Die **Kreditfinanzierungsquote** im Landeshaushalt Schleswig-Holstein ist seit den Jahren 1981, 1982, 1983 von 14,6 % auf zur Zeit 8,497 % gesunken, während die des Bundes von 10,2 % in 1995 auf 13,2 % in 1996 und auf 12,8 % im Entwurf 1997 gestiegen ist, und das wird weitergehen, denn dieser Haushalt ist ja jetzt schon Makulatur; das wissen Sie.

Sie beklagen bei uns also ein Problem, das überall das gleiche ist: Durch falsche Schwerpunktsetzung in der Politik, nämlich durch die mangelhafte Bekämpfung der **Massenarbeitslosigkeit**, werden in unser Haushalts- und Sozialversicherungssystem Löcher gerissen, die nicht mehr zu stopfen sind. Und dann wird verzweifelt

gestrampelt wie der Frosch, der in das Milchglas gefallen ist, um doch noch auf dem Butterfaß den **Euro** einführen zu können.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war ein grüner Frosch!)

- Es gibt auch rote Frösche, habe ich mir sagen lassen. Die strampeln vielleicht sogar noch schöner!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wen meinen Sie denn damit?)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Ihre Art von Politik und Ihre Vorstellung von der Gesellschaft. Nichts wird unternommen von Ihnen, auch nicht ansatzweise, um den Trend zu neuen Rekordarbeitslosenzahlen umzukehren. Der Kahlschlag in der aktiven Beschäftigungspolitik wird von Ihnen nicht beklagt. Wenigstens Herr Kubicki war fair genug zu sagen, daß es auch in Bonn Probleme gibt, die sich bei uns leider Gottes nicht verhindern beziehungsweise bekämpfen lassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Erhebliche!)

- Ja, sogar erhebliche!

Wer den Arbeitsmarkt sich selbst überläßt, läßt immer mehr Menschen im Stich. Wer Arbeitslosigkeit finanziert, statt Arbeit zu finanzieren, der gefährdet nicht nur den Zusammenhalt der Gesellschaft. Letztlich wird es dazu kommen, daß der Glaube der Menschen in die Demokratie, in unsere Rechtsform und in die Form, in der wir leben wollen, verlorengeht. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Themen in Bonn sind zur Zeit: Steuerreform, Reform der Sozialversicherungssysteme, der Arbeitslosenversicherung, und da hat der Bundeskanzler noch den Mut zu sagen, Thema des Jahres wäre - nach vier Nullrunden in der Tarifpolitik! -, auch weiterhin Verzicht zu leisten.

Wissen Sie, wenn ich als Reicher, Wohlhabender, gerade 9 Milliarden DM Vermögensteuer geschenkt bekommen habe, kann ich sehr gut auf ein bißchen was verzichten. Wenn ich Einkommensmillionär in Hamburg bin, der keine Steuern bezahlt, verzichte ich gern auf alles, was ich sonst nicht mehr essen kann, weil meine Leber schon nicht mehr mitmacht. Es ist eine Unverschämtheit, da den Arbeitslosen und

Sozialhilfeempfängern zu empfehlen, sich ein bißchen zusammenzureißen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir eine **Steuerreform** brauchen, was ich überhaupt nicht bestreite, dann müssen wir die Normalverdiener bereits ab 1998 spürbar entlasten. Wir müssen die Investitionen begünstigen und den Wildwuchs an Steuervergünstigungen und die Steuerschlupflöcher beseitigen. Und wir müssen den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft vorantreiben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Dann muß das gehalten werden, was versprochen worden ist, nämlich die Arbeitskosten von **versicherungsfremden Leistungen** zu entlasten, anstatt sie nach oben zu treiben, indem jetzt beispielsweise der Rentenversicherungsbeitrag auf 20,3 % steigt, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Und es muß solide gegenfinanziert werden. Ein Loch von 44 Milliarden DM ist kein Schönheitsfehler, sondern macht aus dem Jahrhundertwerk, über das Herr Kohl und Herr Waigel sich im gegenseitigen Jubel gar nicht mehr beruhigen können, in der Zwischenzeit ein Flickwerk der schlimmsten Art. Dagegen ist alles, was wir bisher erlebt haben, nur ein kleiner Versuch. Jetzt endlich wissen wir: Die in Bonn wissen nichts, sie können nicht mehr weiter, sie können nicht einmal mehr rechnen, und die kleinlaute Art, mit der der Herr Bundeskanzler jetzt bereit ist, mit uns zu reden, zeigt mehr als alles andere: Die sind am Ende.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wissen Sie, das Gegenteil wird eintreten!)

Es wäre schön, wenn man schon vor der Bundestagswahl erfahren könnte, wer zu den Gewinnern oder Verlierern der Steuerreform gehört. Es wäre gut zu erfahren, ob das Wort vom Februar 1996 noch gilt, daß die **Mehrwertsteuer** nicht erhöht wird. Und es wäre gut zu wissen, ob der Brief, den der Herr Bundeskanzler im März an alle Rentnerinnen und Rentner hier in Schleswig-Holstein geschrieben hat und in dem er die Sicherheit jeder einzelnen Rente schriftlich versprochen hat, noch gilt. Ich frage mich heute noch, woher er eigentlich die Adressen hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Und das Porto!)

Da gibt es doch so etwas wie den Datenschutz. Aber bitte, er hat es jedem einzelnen schriftlich bestätigt. Gilt das noch, oder gilt das nicht mehr? Gelten die 62 % von Norbert Blüm oder gilt das Wort des Herrn Bundeskanzlers? Das würde ich gern wissen, damit auch die Wählerinnen und Wähler erfahren, was sie von unseren Vorschlägen erwarten könnten und was sie von Ihren Vorschlägen zu halten haben. Ich könnte mir vorstellen, daß es einer Rentnerin schon sehr imponiert, wenn sie einen Brief vom Herrn Bundeskanzler bekommt, und daß sie sagt: „nen feinen Kerl is er.“ Aber wenn sie so „belohnt“ wird, ist er kein feiner Kerl, sondern das ist Wahlschwindel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir brauchen und worum sich die Landesregierung bemüht, ist ein **Pakt für mehr Beschäftigung**, eine konzertierte Aktion von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Wir müssen so ehrlich sein, den Menschen zu sagen: Wir werden das Arbeitsvolumen der sechziger und siebziger Jahre nicht mehr haben, in denen die Arbeitgeber den roten Teppich herausgekehrt haben, wenn nur irgendein Arbeitnehmer draußen vorbeikam.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist alles Unsinn!)

Wir werden uns zu ganz neuen Formen der **Arbeitsverteilung** aufraffen müssen. Ich meine, die Gewerkschaften sind dabei vorangegangen und haben die ersten Beispiele gebracht. Da gibt es doch Bewegung auf einer Seite, wo Sie sie doch am wenigsten erwartet hätten.

(Beifall der SPD)

Statt dessen lesen wir in der Zeitung von Rekordgewinnen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei der Landesbank?)

und heute steht wieder im „Handelsblatt“, daß Babcock, obgleich die einen riesen Gewinn eingefahren haben, weitere Arbeitsplätze abziehen will.

Da macht Siemens den Rekordgewinn seines Lebens und zahlt keine Steuer. Es ist, als ob unter den Managern in Deutschland eine Art Fieber, ein Bazillus ausgebrochen sei, nach dem Motto: Wer entläßt mehr Leute? Anschließend sitzen sie vielleicht allein an ihren

großen Schreibtischen mit ihren vielen Telefonen und haben nicht mal mehr eine Sekretärin, die ihnen die Gespräche durchstellt.

Was ist das für eine Verantwortung den Arbeitnehmern gegenüber, die den Reichtum in diesem Lande überhaupt erst mit erarbeitet haben und durch ihre Leistung mit ermöglichen?

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Abbau von rund 1,8 Milliarden - Milliarden; das ist kein Versprecher! - Überstunden in Deutschland muß endlich angegangen werden, damit wieder mehr Menschen in Lohn und Brot kommen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sagen Sie mal den Polizeibeamten! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wieviel Arbeitsplätze bauen Sie denn beim Land ab?)

Wir brauchen eine **Teilzeit- und Mobilzeitoffensive**; das sagt in der Zwischenzeit sogar der Bundeskanzler. Und wenn wir im öffentlichen Dienst damit endlich anfangen und die ersten Vorschläge machen, dann merke ich an dem Hohngeschrei auf der rechten Seite dieses Hohen Hauses, daß Sie nichts begriffen haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Sie haben gar nichts begriffen. Hören Sie doch endlich einmal auf, in John-Wayne-Manier hier im Lande den Bundeskanzler zu imitieren. Gehen Sie lieber raus und schauen sich einmal an, was im Lande passiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: John Wayne wäre gar nicht so schlecht!)

Da würden Sie von Dräger bis sonstwohin merken, was dort an Teilzeitmodellen möglich ist, und Sie werden erkennen, was jetzt in der Bundesrepublik an Zwangsurlaub notwendig und möglich ist, um Arbeitsplätze zu erhalten. Da werden über Weihnachten ganze Betriebe geschlossen. Es wird nicht gezahlt; die Leute bleiben zu Hause, und sie machen es aus lauter Solidarität zu ihren Kolleginnen und Kollegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen Sie jetzt bei uns auch einführen?)

Daß es gesetzlich schon längst möglich ist, vierzehn Tage unbezahlten **Urlaub im öffentlichen Dienst** zu nehmen, muß man als Jurist natürlich nicht wissen, Herr Kubicki, aber man kann dann natürlich um so leichter darauf herumhauen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und warum machen Sie das jetzt, Frau Simonis?)

Es gibt das Wort des sogenannten „Zeitwohlstandes“, das die Dänen erfunden haben, die bei diesen Dingen der Flexibilisierung der Arbeitszeit sehr, sehr viel weiter sind als beispielsweise die Deutschen, die stur nach Schema F nach dem Motto handeln: Das haben wir immer so gemacht. Paragraph 1 der Dithmarscher Grundordnung!

Schließlich haben Unternehmer wie Träger in der Zwischenzeit begriffen, daß sie durch flexible Arbeitszeiten, durch Teil- und Mobilzeiten die Arbeitnehmer sehr viel besser nach anfallenden Spitzenzeiten oder nicht Spitzenzeiten und entsprechend dem Nachfrageanfall einsetzen können. Selbst in der **Bauindustrie** werden inzwischen Vorschläge gemacht, die im Sommer erarbeiteten Überstunden im Winter nicht durch den Kahlschlag beim Schlechtwettergeld zu bestrafen, sondern durch ein **Zeitkonto** auszugleichen. Jeder in dieser Republik denkt ein bißchen nach, nur Sie nicht. Schade, daß Sie in Bonn an der Regierung sind.

(Beifall bei der SPD)

Aber: Wer Teilzeitmodelle ausbauen will, wie die Bundesregierung dies jetzt auch fordert,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Auf Seite 8 kommt Ihr erstes Wort zum Haushalt!)

der muß ran an die Struktur unserer **Rentensysteme**. Ist Ihnen eigentlich gar nicht aufgefallen, daß es Wahnsinn ist, wenn Blüm ein Modell verspricht, das darauf aufbaut, daß wir im Jahre 2030 75 % Beschäftigung haben werden? Er wird es allerdings nicht mehr erleben, und deshalb kann er es ja auch versprechen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Warum soll er das nicht mehr erleben?)

Das ist, Leute am Nasenring durch die Manege zu ziehen. Das wird nie kommen. Und das bedeutet, unsere Renten müssen neu berechnet werden

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben gerade gesagt, es soll so bleiben!)

- an den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer darf nicht gerüttelt werden - in einer gesamtgesellschaftlich finanzierten Grundsicherung, wie wir sie beispielsweise in den skandinavischen Ländern erkennen, und mit zusätzlicher Vorsorge durch Lebensversicherung und ähnliches, die dann allerdings nicht besteuert werden dürfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war die F.D.P.-Forderung seit langem! Sie sind ihr früher entgegengetreten!)

Was ist das schon wieder für ein Trick, den Sie sich da haben einfallen lassen? Erst treiben Sie die Leute in die Versicherung rein, und dann wollen Sie deren Versicherung besteuern. Wir sind dagegen, daß Sie sie versteuern wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vor zwei Jahren waren Sie noch der gegenteiligen Auffassung!)

Es wäre Wahnsinn, den Leuten zu empfehlen, eine Altersversicherung selbst aufzubauen, wenn dann der Waigel das Geld auf diese klammheimliche Weise bekommt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Als die F.D.P. das wollte, waren Sie dagegen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen mit den Arbeitnehmern nicht nur den Überstundenabbau und den Teilzeitausbau besprechen, sondern wir müssen uns insgesamt auch - Herr Dr. Hennig war schon nahe daran, indem er das unbezahlte Ehrenamt erwähnt hat - das **Arbeitspotential im gemeinwirtschaftlichen Sektor** jenseits von dem, was wir heute in Privatwirtschaft und Staat machen, ausbauen.

Warum ausgerechnet die F.D.P. beim Sponsoring immer so empfindlich reagiert, will mir überhaupt nicht in den Kopf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist überhaupt nicht wahr!)

Das muß eine persönliche Macke von Herrn Kubicki sein. Die Gesamt-F.D.P. war immer für Sponsoring. Er hat etwas dagegen; oder es steht zumindest im Stehsatz in Ihrer Rede. Es steht immer drin, und dann kommt es auch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eine solche Formulierung ist nicht mehr mit Ihrer Würde vereinbar, Frau Simonis!)

Ich finde es gut, daß uns Unternehmen Geld spendieren, damit wir an den Schulen Computer zur Verfügung haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde das gut.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es ist jedenfalls besser, als dieses Geld nach Luxemburg zu tragen und dort auf den Banken zu verstecken.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, daß wir uns um den **ersten Arbeitsmarkt** genauso zu kümmern haben, wie um den zweiten und wie um den Dienstleistungssektor. Da gibt es genug Vorschläge vom Wirtschaftsminister - das hätten Sie sagen sollen, Herr Kubicki - wie beispielsweise den Ausbau des **Technologietransfers**, den Ausbau von **Telekommunikation**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles nur Schlagworte!)

- Nein, das sind Programme, mein Lieber, die von Ihrer Regierung in Bonn auferlegt worden sind. Aber wenn Sie meinen, das seien alles nur Schlagworte, dann ist das vielleicht so. Einverstanden!

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne weiter den Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur**, die **Existenzgründungsoffensive**, Impulse für den **ökologischen Umbau der Wirtschaft**,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Vergessen Sie die Ökosteuer nicht!)

die Fortsetzung unseres **Programms „Arbeit für Schleswig-Holstein“**, ein neues **Bündnis für Ausbildung**.

Wir können keine Beschäftigungswunder vollbringen - das haben wir nie behauptet -, aber wir können dazu

beitragen, und wir können auch helfen, daß junge Menschen einen Ausbildungsplatz erhalten, auch wenn hinterher nicht immer ein Arbeitsplatz garantiert werden kann. Immerhin ist es uns im vergangenen Jahr gelungen, 121 Unternehmen in Schleswig-Holstein anzusiedeln und 2300 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Ulrike Rodust [SPD])

Das gelang in einer Zeit, in der eine Pleitewelle über uns hinwegschwappte, die die größte war, die es in der Nachkriegszeit gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Organisation der **Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein**, gegen die Sie im übrigen auch waren, ähnlich wie gegen die Investitionsbank, ist es uns inzwischen gelungen, gerade an gefährdeten Gewerbe- und Industriestandorten wie in Wedel vernünftige Lösungen zu finden, um diese Standorte nicht total absaufen zu lassen, wenn dort ein Betrieb dichtmacht.

(Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein ist es auch nicht durch Zufall gelungen, eine von 23 **Modellregionen** in Europa für den **Ausbau der Telekommunikation** zu werden. Das geschah nicht aufgrund eines Schlagwortes, sondern aufgrund solider Arbeit, die wir hier geleistet haben. Dazu gehört natürlich auch das Sponsoring in Schulen mit den dazugehörigen Soft- und Hardwareausrüstungen, damit etwas von unten nachwächst und aufgebaut werden kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen Sie auch Lehrersponsoring einführen?)

Gegen den Abwärtstrend in Bonn können wir uns nicht abschotten. Aber Schleswig-Holstein hat sich ganz gut und tapfer und wacker im letzten Jahr geschlagen. Dazu gehört auch, daß trotz all Ihrer Unkenrufe Schleswig-Holstein eines der ganz wenigen Länder ist, die nach wie vor in das **Bildungswesen** investieren. Andere bauen jede zweite Stelle ab oder errichten Wiederbesetzungssperren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frau Fraktionsvorsitzende der SPD hat schon darauf hingewiesen: Wer so tut, als ob nur Schleswig-

Holstein Probleme mit den Hochschulen hätte, der hat leider nichts von der Diskussion in der Bundesrepublik gehört, 1993 angestoßen vom Herrn Bundeskanzler, aufgegriffen von Herrn Professor Biedenkopf und fortgeführt vom Wissenschaftsrat: Die **Hochschulen** müssen sich nämlich dringend strukturell ändern, wenn sie international und national im Wettbewerb nicht untergehen wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist kein Problem Schleswig-Holsteins, das ist ein Problem der ganzen Bundesrepublik. Das, was von den Fachhochschulen vorgeschlagen wurde, ermutigt mich zu glauben, daß Bewegung darin ist. Das, was allerdings die **Bildungswissenschaftliche Universität in Flensburg** gemacht hat, läßt mich fragen: Wieso haben sie eigentlich eine Autonomie, wenn sie sagen: Landesregierung, geh du voran, dann können wir euch verdreschen!

(Beifall bei der SPD - Angelika Volquartz [CDU]: Ja, das Geld haben Sie doch gestrichen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In der Autonomie kriegt man nicht automatisch mehr Geld!)

Es ist mir aufgefallen, daß sich die Flensburger Universität vor ihrer Aufgabe drücken wollte, zunächst selber eigene Strukturen vorzustellen und zu beschreiben. Wir werden weiter in Personal und Gebäude an den Hochschulen und Schulen investieren, wenn auch nicht mehr in dem Tempo, das wir uns vorgenommen haben. Das tut mir sehr leid, aber wenn kein Geld da ist, ist kein Geld mehr da. Wir werden die garantierte Autonomie an den Universitäten und in den Schulen nicht dazu verwenden, um, wie wir immer mißverstanden werden, sozusagen Arbeit von uns abzuwälzen, sondern es hat sich in der Zwischenzeit sogar bei Lehrern herumgesprochen, daß man auf diese Art und Weise an den Hochschulen und in den **Schulen** Schwerpunkte setzen kann. Ich bewundere ausdrücklich den Mut des Schülervertreters, dessen Namen ich nenne, weil ich mitbekommen habe, daß er von einigen Landesvertretern fertiggemacht wird: Daniel Gröschl. Er hat gesagt, das, was die Landesregierung vorgeschlagen habe, sei in der Sache richtig.

(Beifall bei der SPD)

Ich appelliere an all die Landesvertreter und Lehrer: Wie wollen wir eigentlich mutige Staatsbürger heranziehen, wenn man sich einen, der seine Meinung

sagt, zur Brust nimmt und ihn so richtig durch die Mangel dreht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Die Schülerinnen und Schüler, für die Herr Gröschl gesprochen hat, haben begriffen: Das starre Festhalten an herkömmlichen Strukturen und Vergünstigungen, die es heute noch im Bildungs- und Hochschulbereich gibt, sind in Zeiten finanzieller Schwäche nicht mehr zu bezahlen, es schadet Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten. Das muß man mit denen diskutieren dürfen.

(Beifall bei der SPD - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses, glauben, wir sparen zu unserem Vergnügen, und wenn Sie glauben, daß die Menschen, die draußen demonstrieren, kommen, um sich zu bedanken, weil wir Ihnen das Geld mit vollen Händen nachgeworfen haben, dann liegen Sie daneben und sehen nicht mehr, was in der Wirklichkeit passiert. Die kommen, um sich zu beschweren, weil sie nämlich spüren, daß wir sparen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie kommen kurz zum Schluß auf den Haushalt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: An der falschen Stelle!)

Wenn Sie Verbesserungsvorschläge machten, die wirklich durchgerechnet sind - wenn sie durchgerechnet sind; ob sie politisch richtig sind, ist die zweite Frage -, wären wir die letzten, die darüber nicht reden würden. Aber wenn Sie von der CDU jetzt den Mut haben, den **Verfügungsfonds der Ministerpräsidentin** noch einmal um 175 000 DM auf 300 000 DM zu kürzen, nachdem Herr Barschel das Vierfache zur Verfügung hatte, dann verfolgen Sie einen ganz anderen Zweck, als zu sparen; ich spreche in eigener Sache, ohne mich zu schämen.

(Zurufe von der CDU)

Sie wollen den Ministerpräsidenten nämlich auf Null stellen, um ihn am Gängelband halten zu können. Sie wissen doch genau, was mit diesem Fonds finanziert wird. Ich mache mir doch damit keinen schönen Tag, sondern ich unterstütze Aktivitäten von Schülern, von Menschen, die zum Beispiel nach Polen fahren oder

Lebensmittel nach Kaliningrad - Königsberg, Herr Dr. Hennig! - transportieren. Aus diesem Fonds bezahle ich kleine Summen, mal sind es 1000 DM, mal 3000 DM. Und das wollen Sie den Leuten wegnehmen? Na prima! Herzlichen Glückwunsch! Dann erklären Sie das denen, wenn ich demnächst einen Absagebrief schreiben muß.

Auch die Stiftung Pommern bekommt dann nichts mehr, und das **Schleswig-Holstein Musik Festival** kann ich auch nicht mehr unterstützen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hennig [CDU])

Wenn zum Beispiel ein junger Mann dort hinfahren und spielen will, kann er das nicht, weil er sein eigenes Flugticket nicht bezahlen kann. Sie werden es nicht glauben: Da bezahlt die Staatskanzlei etwas. Sie brauchen nicht immer alles zu wissen; das wird kontrolliert. Aber ich finde es gut, daß ich das machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Hätten Sie doch 1987 den Mut gehabt, Uwe Barschel seine 1,3 Millionen DM zu kürzen, dann würde ich sagen, Sie haben recht gehabt. Aber damals haben Sie ganz brav dagesessen und alles abgenickt, was er Ihnen vorgelegt hat.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was hat er denn damit gemeint?)

Der Herr Abgeordnete Kubicki konnte sich gar nicht genug über die Kosten, die wir bei der **Modernisierung des öffentlichen Dienstes** aufgewandt haben, auslassen. Ich finde es spannend, daß die von der CDU eingesetzte Kommission heute einen Riesentamam und einen Kongreß mit 2000 Fachleuten veranstaltet, um durch Herrn Professor Scholz erklären zu lassen: Wir brauchen ein neues Leitbild. Ich konnte da nur sagen: Guten Morgen, meine Herren, wir brauchen einen abgespeckten öffentlichen Dienst, wir brauchen Aufgabenkritik. Guten Morgen, die Herren, Sie haben schon begriffen, was wir vor drei Jahren schon erkannt haben. Darüber unterhalten Sie sich jetzt, ob Sie das brauchen. Mein Gott, wie weit sind Sie hinten.

(Zuruf von der SPD)

Wie der Schwanz an der Kuh, CDU und F.D.P. kommen am Ende, wenn vorne schon das Hauptfell verteilt ist.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Was haben Sie denn eigentlich gemacht?)

Sie sind damit beschäftigt, das nachzuholen, was diese Gesellschaft dringlich braucht und was wir eingeleitet haben. Fallen Sie bei dem eiligen Hinterherlaufen nicht auf den Hintern, denn das tut weh. Aber das kann schon jemandem passieren, der nicht mehr in Ruhe nachdenken kann.

(Zurufe von der CDU)

Damit, daß Sie im Leben nicht begreifen, was ein Budget ist, werde ich mich langsam abzufinden haben. Denn die Zahl der Köpfe, die Sie immer zählen, Herr Dr. Hennig, ist absolut falsch; das wird morgen noch der Finanzminister klarstellen. Daß es Teilzeitbeschäftigte gibt und damit die Zahl der Köpfe steigt, obwohl die Planstellen sogar abnehmen können, das will in Ihren Kopf nicht hinein.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Das ist nicht der Grund, nein!)

- Doch, das ist der Grund! Das wird morgen der Finanzminister darlegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was meinen Sie, wie der schon in andere Bereiche verschoben hat! - Widerspruch von der SPD)

- Ich will nicht wieder meine Redezeit damit vergeuden, daß ich wiederum vergeblich versuche, Ihnen beizubringen, was die **Budgethoheit im Personalbereich** bedeutet. Sie können in einem Bereich am Ende mehr Köpfe haben und trotzdem gespart haben, wenn Sie **Teilzeitbeschäftigung** machen. Aber da Sie sowieso nichts vom öffentlichen Dienst und seiner Modernisierung verstehen, wie wir heute wieder gesehen haben, werde ich nicht noch einmal versuchen, Ihnen das zu erklären.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Das sind die Talkshow-Reden, die ich gemeint habe! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist unter Ihrem Niveau, Frau Simonis! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie wollen ja jetzt schon das Ergebnis vom Mai hören, habe ich einem Zwischenruf entnommen.

Wir werden **Landesbehörden** neu strukturieren, und es ist sehr gut, daß darauf hingewiesen wurde, wo man das machen kann. Aber wer glaubt, daß man mit Mitarbeitern einfach ab morgen anders arbeitet, ohne mit ihnen zu reden und ihnen die Möglichkeit zu geben, selber Ideen zu entwickeln, der hat eine Vorstellung von Personal, die sehr viel mehr mit dem alten preußischen Königreich als mit der Gegenwart gemein hat.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir werden uns über die **Verlagerung von Aufgaben** in zwei Sätzen verständigen müssen. Wir werden Ihnen das rechtzeitig sagen. Natürlich müssen weiterhin Programme übertragen werden, da hat es Stockungen gegeben. Da muß etwas geschehen.

Was die Landesregierung tun kann, wird sie tun, um gestaltungsfähig zu bleiben. Es ist verdammt schwer, wenn aus Bonn jetzt schon Signale kommen, daß **Haushaltssperre** und **Haushaltsbewirtschaftung** zumindest schon in der Pipeline sind; ob sie gleich kommen, weiß ich nicht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das haben wir auch schon im Lande!)

- Ja, sicher! Ich habe ja nichts gegen Haushaltssperren, ich habe nur etwas dagegen, daß dies schon im Februar überlegt wird, obwohl der Haushalt erst zum 1. Januar in Kraft getreten war. Dann ist doch mit dem Haushalt etwas nicht in Ordnung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Wissen Sie, Herr Kubicki, wenn in Ihrer Rechnung 100 Millionen DM fehlen, ist es klar, daß der Haushalt nicht stimmt, aber das ist Ihre Rechnung, nicht unsere.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden versuchen, **Personal- und Verwaltungskosten** durch eine effizientere Organisation zu vermindern, und das ist nicht einfach. Sie aber hetzen Ihre Mitarbeiter im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein auf.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das nehmen Sie mal zurück! Das ist ja eine Unverschämtheit!)

Waren Sie nicht beschäftigt, als die Hauptpersonalräte nicht mit uns reden wollten? Sie waren glücklich, daß sie nicht gekommen sind.

Wir reden mit den Leuten, worüber geredet werden muß, und da gibt es auch einmal Streit, weil es nicht einfach ist, sich von lieb gewordenen Sachen zu verabschieden und neue Methoden des Arbeitens und der Verantwortungsübernahme einzuführen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsén [CDU])

Meine Damen und Herren, nachdem ich Ihnen heute zugehört habe, bin ich bereit, zu glauben, daß auch bei Fehlern, die wir machen, die wir zugeben, die rot-grüne Koalition am Ende doch das Bessere für Schleswig-Holstein ist.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, daß jetzt die Fachsprecher reden. Es beginnen die Sprecher für Soziales, Jugend, Frauen und Wohnen. Zunächst hat das Wort Herr Abgeordneter Geerds.

(Unruhe)

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion konzentriert sich mit ihren Haushaltsanträgen im Sozial- und Jugendbereich darauf, die Leistungsfähigkeit bei den Verbänden zu verstärken. Unser Ziel ist es, insbesondere im Sozialbereich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Ausbildungssituation zu optimieren.

Wir halten es für dringend geboten, die Qualifizierung in der Altenpflege auszubauen. Es macht keinen Sinn, in Bonn die Pflegeversicherung auf den Weg zu bringen, wenn nicht gleichzeitig in den Ländern die Ausbildung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern optimiert wird. Wir wollen den Haushaltsansatz in diesem Bereich um eine Million DM anheben.

Um mehr für die berufliche Orientierung junger Menschen zu tun, wollen wir auch in diesem Jahr mehr Geld für das Freiwillige Soziale Jahr geben. Wenn uns die Träger dieser Maßnahme Jahr für Jahr mitteilen, daß die Nachfrage nach Plätzen immer noch sehr viel größer ist als das Angebot, und wir gleichzeitig wissen, daß 50 % der Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres später eine berufliche Tätigkeit in diesem Bereich anstreben oder annehmen, macht es Sinn, die Mittel hier deutlich aufzustocken.

(Beifall bei der CDU)

Eine weitere wichtige Aufgabe sieht die CDU-Fraktion darin, die **Familienpolitik** zu stärken.

(Beifall bei der CDU)

Während diese Landesregierung Mittel für alle möglichen Projekte zur Verfügung stellt, sagen wir bewußt, daß aus unserer Sicht eine Aufstockung der Mittel für Familienerholungsmaßnahmen gegenüber dem Koalitionsentwurf vonnöten ist.

Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande sind es leid, daß die Redner der Koalition immer so tun, als ob all das Gute von den Sozialdemokraten komme, während die Union für den Abbau zuständig sei.

(Frauke Walhorn [SPD]: So ist es aber leider, Herr Geerds!)

- Darum hören Sie jetzt weiter gut zu! - Wenn Sie die Regierungsverantwortung in Bonn einmal mit übernehmen sollten, dann sollen doch auch die Herren Lafontaine und Schröder und Frau Hildebrandt herausgehobene Positionen übernehmen.

(Ursula Röper [CDU]: Um Gottes willen!)

Da bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß Herr Lafontaine den Sozialhaushalt des Saarlandes um 13,6 % reduziert, Herr Schröder seinen Sozialetat in Niedersachsen um 7,3 % und Frau Regine Hildebrandt als zuständige Ministerin in Brandenburg 29,8 % wegrasiert. Das ist die Wahrheit sozialdemokratischer Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU - Ursula Röper [CDU]: Das ist der Unterschied zwischen Reden und Handeln! - Ingrid Franzen [SPD]: Was macht die CDU?)

Daher appelliere ich von dieser Stelle gerade an die Sozialdemokraten, immer schön redlich zu bleiben.

Aber es gibt auch Gemeinsamkeiten, wenn ich mir unsere Anträge zum Jugendbereich vor Augen führe. Gemeinsam fordern CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - bei der F.D.P. weiß man das heute nicht mehr so genau - mehr Mittel für die Stärkung des Ehrenamtes, wenn wir die Erstattungsbeträge für Verdienstaufwände in Härtefällen anheben. Genauso gibt es Übereinstimmung darin, daß wir einen weiteren Bildungsreferenten im Bereich des Landesjugendringes benötigen. Ich finde das positiv.

Die CDU unterstützt die Einrichtung eines Kinderschutzzentrums an der Westküste. Ich möchte aber auch hier deutlich sagen, daß all diejenigen, die sich um die Trägerschaft beworben haben, eine faire Chance verdienen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die CDU-Fraktion will ein **Kinderschutzzentrum**, das eine familienorientierte Arbeit für die betroffenen Kinder leistet. Es müssen in so einem Kinderschutzzentrum für alle Formen der Gewalt Angebote vorhanden sein. Uns ist es wichtig, daß wir uns für einen Träger entscheiden, der natürlich in erster Linie das Wohl der Kinder vor Augen hat. Wir wollen nicht, daß mit einer solchen Einrichtung die Familie grundsätzlich in Frage gestellt wird.

(Ingrid Franzen [SPD]: Was ist denn Familie?)

Gerade nach unserer guten Debatte zum Thema „Mißbrauch von Kindern“ sollten wir trotz vieler unterschiedlicher Positionen an dieser Stelle gemeinsame Sache machen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU] - Unruhe)

Ich finde, diese Gemeinsamkeiten sind ein gutes und wichtiges Signal, gerade wenn ich an die Jugendverbandsarbeit in Schleswig-Holstein denke. Bei den **Jugendverbänden** entstehen allerdings immer mehr Irritationen. Wenn die Jugendministerin den Neujahrsempfang des Landesjugendringes dazu nutzt, um den Schwerpunkt ihrer Rede auf die offene Jugendarbeit zu legen, dann ist das mehr als eine Provokation.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tja, so muß das wohl sein!)

Die Landesjugendverbände leisten in Sachen Frauen- und Mädchenförderung eine vorbildliche Arbeit. Aber die ständigen Ermahnungen der Ministerin in dieser Frage gehen langsam schlichtweg auf die Nerven.

(Ingrid Franzen [SPD]: Das ist gut!)

Wenn Frau Ministerin Birk während eines Gesprächs mit dem Landesjugendring die Frage stellt, „weshalb der Landesjugendring nicht seinen Geschäftsführer zugunsten einer Frauenstelle zu entlassen bereit ist“, ist die Grenze des Erträglichen in der Tat überschritten.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das Jugendministerium ist aus Sicht der CDU-Fraktion bei Frau Birk in wirklich schlechten Händen. Jugendpolitik muß in diesem Lande wieder mehr sein als Gleichstellungsrhetorik, wie sie seit einem Jahr gepflegt wird.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Haushalt muß sich an dem Ziel, den Sozialstaat zu sichern und sich für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen, messen lassen. Oberste Priorität für die Sicherung des Sozialstaates hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die **aktive Arbeitsmarktpolitik** wird fortgesetzt. Im Haushalt 1997 stehen jetzt 60 Millionen DM für das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ bereit. Mit diesen Mitteln soll Langzeitarbeitslosen und anderen am Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Personen gezielt geholfen werden. Die Finanzmittel für „Arbeit für Schleswig-Holstein“ werden somit um 5 Millionen DM erhöht.

Ein zentrales Anliegen in diesem Bereich ist die Förderung der Jugend. Für die Förderung von Jugendlichen sollen 4,4 Millionen DM gezielt bereitgestellt werden, um Mittel des Arbeitsamtes und

Landesmittel miteinander zu verknüpfen, um Arbeitsförderung für Jugendliche noch effektiver zu betreiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ bleibt Schwerpunkt einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein. Meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P., dem haben Sie nichts entgegenzusetzen. Wer die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einschränken will, wer das Schlechtwettergeld für die Beschäftigten im Baubereich streicht, wer die Mittel für den Reha-Bereich kürzt, wer die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit ständig zusammenstreicht, der bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, der hat sie mit zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen weiter für eine Politik, die Arbeitsplätze schafft und den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen wieder eine Perspektive bietet.

Wir als SPD setzen uns weiter für ein kinder- und jugendfreundlicheres Schleswig-Holstein ein. Die Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten werden ausgebaut und gestärkt. Das Wahlalter wird bei der nächsten Kommunalwahl auf 16 Jahre herabgesetzt.

(Ursula Röper [CDU]: Das wollen die Jugendlichen „auch so gern“!)

In dem Haushalt 1997 wird der Bereich der **Kinder- und Jugendpolitik** weiter gezielt gestärkt. Einige Hervorhebungen seien hier genannt: verstärkte Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit in der Jugendarbeit, verstärkte Unterstützung der Jugendverbände in Schleswig-Holstein. Der Haushaltsansatz zur Förderung der Arbeit der Jugendbildungsreferentinnen und Jugendbildungsreferenten wird um 76.000 DM angehoben. Die Arbeit und Tätigkeit der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung wird von uns geschätzt und anerkannt. Wir glauben, hier durch eine gezielte Anhebung des Haushaltsansatzes um 30.000 DM eine Sicherung der zukünftigen Arbeit zu erreichen. Der Kinderschutz muß - wie auch eben der Kollege Geerds erwähnt hat - ein Schwerpunkt unserer Politik sein, das Kinderschutzzentrum Westküste muß auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anhebung der finanziellen Mittel für Jugendliche, die sich über das **Freiwillige Soziale Jahr** Einblick in die Berufswelt verschaffen, beziehungsweise Jugendliche, die dort mit einem hohen Maß an sozialer und gemeinschaftlicher Verantwortung tätig sind, hat gezeigt, daß der Weg des Ausbaus in diesem Bereich richtig ist. Für weitere 50 Stellen im Bereich des Freiwilligen Sozialen Jahres werden Mittel bereitgestellt. Auch dies ist ein richtiger Schritt.

Der Bereich der Politik für Menschen mit Behinderung wird gestärkt durch die Schaffung eines jetzt hauptamtlichen Beauftragten für Menschen mit Behinderung.

(Beifall bei der SPD)

Dies stärkt die Anwaltsfunktion, die dieser Beauftragte bisher ehrenamtlich schon überzeugend ausgefüllt hat. In dem Bereich ist die Anwaltsfunktion - gerade bei der heutigen Gesetzgebung - dringend notwendig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kinder- und Jugendbeauftragte ist bisher den Einsparungen für 1997 zum Opfer gefallen.

(Beifall des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

Ich bin mir aber sicher, daß auch diese wichtige Funktion noch im Jahr 1997 wieder neu aufgerufen wird und dann für den nächsten Haushalt geordnet werden kann.

Die Anstrengungen zum Bau von weiteren Plätzen in **Kindertagesstätten** werden auch 1997 fortgesetzt. Mit 25,1 Millionen DM wird die Schaffung von Plätzen in Kindertagesstätten 1997 gefördert. Das sind noch einmal 1,1 Millionen DM mehr als 1996.

Der Landeszuschuß für das pädagogische Personal steigt um 4 Millionen DM auf 79 Millionen DM.

Diese wenigen Zahlen machen deutlich: Der für das Haushaltsjahr 1997 vorgelegte Haushalt wird dem Ziel einer solidarischen und einer sozialen Gesellschaft gerecht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hilfe für die, die sich nicht selbst helfen können, der Schutz von Minderheiten, die Gleichstellung von Mann und Frau, der Schutz von Verfolgten und Flüchtlingen sind für Grüne kein Luxus, dessen man sich einfach entledigen kann, wenn die Kassenlage nicht mehr stimmt. Das ist zwar nicht einfach, aber Solidarität, soziale Gerechtigkeit und **Humanität** sind Werte, die zu verteidigen und einzufordern sich lohnen. Das sieht die Opposition offensichtlich anders.

Die Tendenz der CDU-Anträge ist - wie auch in anderen Bereichen des Haushaltes - im sozialen Bereich, im Frauenbereich und im Jugendbereich immer gleich: willkürliche Streichungen im allgemeinen Verwaltungsbereich - das interessiert die Öffentlichkeit nämlich nicht besonders -, die dem Zweck dienen, die eigenen Vorschläge „seriös“ zu finanzieren.

Minderheiten in dieser Gesellschaft haben bei der CDU keinen Platz.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit! - Ursula Röper [CDU]: Aufblähung von Bürokratie statt direkter Hilfe!)

Ein Referat von Lesben und Schwulen brauchen wir nicht. Statt 360.000 DM für längst überfällige Maßnahmen zugunsten dieser seit langem diskriminierten Bevölkerungsgruppe sollen 50.000 DM für Maßnahmen im Bereich „Gewalt gegen Lesben und Schwule“ übrigbleiben. Als ob die Diskriminierung allein in Gewaltübergriffen bestünde und dies mit einer Broschüre „Haut keine Schwulen!“ zu lösen wäre!

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ähnlich hoch im Kurs stehen Flüchtlinge bei der CDU. „Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge gemäß IMK-Beschluß“ heißt es lapidar im CDU-Antrag. Humanität ist für diese Christenpartei offensichtlich eine reine Kostenfrage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, niemand kann hier ernsthaft behaupten, daß es verantwortbar ist, alle Bürgerkriegsflüchtlinge zum 1. April nach Bosnien zurückzuschicken.

Ein weiterer Schwerpunkt der CDU ist die Frauen- und Mädchenförderung - Schwerpunkt in dem Sinne, daß dort schwerpunktmäßig Kürzungen vorgesehen worden sind, die man nur als den Versuch einer gesellschaftlichen Rückwärtsentwicklung werten kann, getreu dem Motto: Die Frau am Herd ist Goldes wert.

Nachdem sie bei Frauen, Mädchen, Lesben, Schwulen und Flüchtlingen ordentlich geplündert haben, haben sie noch ein paar Mark für die Jugendverbände übrig. Dieser Betrag ist in der Höhe allerdings nicht wesentlich höher als das, was Grüne und SPD fordern.

Vielleicht unterstelle ich der CDU auch böse Absichten,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das tun Sie
gern!)

und ihre Haushaltsvorschläge sind gar nicht ernstgemeint, sondern sollen uns nur verwirren. Ich meine nicht die Nullen, die zuweilen ganz tückisch sind, sondern ich drücke damit meine Verwunderung darüber aus, daß die CDU zu einem zentralen Punkt ihrer Landespolitik nicht eine einzige Forderung stellt, sondern in diesem Bereich quasi eine Kürzung mittragen will.

Die CDU steckt viel Fleiß und Schweiß und Fraktionsgelder in ihre Öffentlichkeitsarbeit zur **Drogenpolitik**. Weg mit dem Modellversuch, mehr Prävention, mehr Aufklärung, mehr Beratung, heißt die Parole der CDU.

(Beifall bei der CDU)

In den Haushaltsforderungen der CDU sucht man nach dem Mehr vergeblich; nur das Weg ist zu finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Dieses schlichte „Weg“ wäre noch verständlich, wenn die Mittel für den Modellversuch im Haushaltsentwurf zusätzlich zu den bisherigen Mitteln bereitgestellt werden sollten. Aber das ist nicht so. So bedeutet der CDU-Antrag 150.000 DM weniger für präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen. Das können die

Kolleginnen und Kollegen der CDU doch nicht ernsthaft wollen! Oder liege ich da falsch?

Letztlich kann ich die Frage der Ernsthaftigkeit der CDU-Anträge nicht beantworten.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber Sie
reden schon mal dazu!)

Das müssen Sie selber tun. Aber ich weise Sie darauf hin, daß Sie zumindest die Möglichkeit haben, in diesem Punkt nachzubessern, indem Sie dem Erhöhungsantrag von Grünen und SPD in diesem Bereich zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Ansonsten mache ich mir keine Illusionen über Ihre Haltung. Man kann die Anträge der CDU bis auf wenige nicht ernst nehmen. Die Politik, die dahintersteht, ist aber ernstgemeint, unsozial, frauenfeindlich und inhuman.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Franzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das alles ist
bisher schlicht dümmlich! - Dr. Ottfried
Hennig [CDU]: Dümmlich und gemein!)

Frau Abgeordnete Franzen, Sie haben das Wort, wenn Sie es haben wollen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident, Sie haben mich überrascht; aber ich nehme gern das Wort.

Ich möchte etwas über Frauenpolitik und Wohnungsbau sagen. Für die SPD steht fest: Auch bei Sparzwang, bei nicht sprudelnder Konjunktur, bei Massenarbeitslosigkeit, bei Globalisierung und weiteren Debakeln - denken Sie sich welche aus, die an den Wänden stehen - wird die SPD die **Frauenpolitik** für unverzichtbar halten und weiter fördern.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen nicht den Weg der CDU, den uns unsere Kollegin Schmitz-Hübsch in Harrislee vorgetragen hat. Sie hat gesagt, erst einmal die sonstigen Probleme lösen, dann könnten die Frauen wieder rankommen. Meine Damen und Herren, das ist keine Politik, die wir machen können. Die Politik der Berg- und Talbahn in der Frauenpolitik, die es viele Jahre in der Bundesrepublik gegeben hat, wird es mit der SPD nicht geben.

Ich möchte meine Zeit nutzen, Ihnen einige Highlights im Frauenhaushalt, aber auch im Gesamthaushalt vorzustellen.

Dazu gehört für uns unverzichtbar die Vernetzungsstelle für Gleichstellungsbeauftragte, und zwar für die haupt-, neben- und ehrenamtlichen. Da sind sie alle drei zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Frauen brauchen eine Vernetzungsstelle auf Landesebene. Sie brauchen eine Stärkung. Sie sind mutige Wächterinnen und Vorkämpferinnen in ihren Kommunen. Sie sind das Salz in der Suppe, von der CDU längst bekämpft, gerichtlich verloren, von uns für unverzichtbar erklärt.

Ich will deutlich - auch über den Haushalt hinaus - sagen: Wir werden überlegen müssen, ob wir sie gesetzlich weiter stärken müssen. Es gibt keine Vertretungsregelung im Gleichstellungsgesetz - den Schuh ziehe auch ich mir an -, und wir hören immer wieder Klagen darüber, daß sie in den sogenannten informellen Gruppen keine Beteiligungsrechte bekommen. Frau Kollegin Fröhlich, ich will an dieser Stelle nicht Ihr hübsches Wort gebrauchen. Es ist eben so: In der Euro-Region sitzt vielleicht zufällig eine Frau; auch in den Landesteilgremien sind keine. Wir werden uns dieser Themen annehmen.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich komme zu Ihren Anträgen. Mir hat eines gefehlt, was auch mit Glaubwürdigkeit zu tun gehabt hätte. Im Bereich Bildung mußten Fortbildungs- und Weiterbildungsmittel gekürzt werden. Davon waren die Landfrauen mit 50.000 DM betroffen. Das haben Sie sehr wohl gewußt. Das haben Sie uns machtvoll mit 500 Landfrauen hier vor dem Hause demonstriert. Es hat nicht nur Frauen, sondern auch Männer Ihrer Fraktion gegeben, die sich gleich in die erste Reihe gestellt haben. Das fand ich ganz besonders sinnvoll.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Wo hat man einen Antrag von Ihnen gesehen? - Nothing! Stimmen Sie unserem Antrag im Einzelplan 16 zu! Wir haben die 50.000 DM gerettet. Sie machen kleine Peanuts. Das ist nicht der Rede wert und entspricht nicht dem Anliegen der Landfrauen. Das will ich hier deutlich sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt die sogenannten lila Fäden in allen Einzelhaushalten. Ich kann das hier nur kurz im Detail aufzählen. Die Existenzgründerinnen, die betreute Grundschule, die Quotierung im HSP III,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für wen ist die Rede eigentlich?)

Gelder für obdachlose Frauen, eine Frauenquote in den ASH-Programmen, Aufstockung auch für ausländische Frauengruppen. Das ist etwas ganz Wichtiges. Da sollten wir keine inhaltlichen Vorgaben machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für wen reden Sie eigentlich, Frau Franzen?)

Meinetwegen können die da auch Trachtenkleider nähen. Das ist mir egal. Sie müssen aber extra Gelder bekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, daß diese lila Fäden in den Einzelhaushalten ausbaufähig sind. Für das erste Jahr aber sind wir durchaus zufrieden.

Ich komme jetzt zum **Wohnungsbau**. Wir werden den Wohnungsbau fortsetzen, zwar gekürzt auf 4.000 Wohneinheiten, aber auf hohem Niveau. Wir haben mit der vereinbarten Förderung sehr viel flexiblere Instrumente eingeführt. Wir haben eine geringere Mitfinanzierung für die Kommunen. Ich bitte, das auch einmal in die Kommunen zu tragen. Das lesen Sie sonst nirgends.

Wir hatten zum Beispiel im Wohnungsbaujahr 1996 ein deutlich höheres Ergebnis, als wir angestrebt hatten, nämlich statt 5.000 Wohneinheiten 5.400. Ich glaube, die eingesetzten Instrumente werden weit mehr als die angestrebten 4.000 Wohneinheiten bringen.

Für die SPD-Fraktion sage ich: Wir wären innerhalb des Programmes durchaus bereit, wenn es denn im Mietwohnungsbau nicht so greift, auf den Bereich des Eigentumsbaus kostengünstig, sozial, familienfreundlich und für junge Familien umzusteuern. Auch das könnte mehr Wohnungsbau geben.

Herr Kubicki, die F.D.P. hat ja nun 1000 zusätzliche Wohneinheiten im Haushalt; die CDU schweigt sich aus, wie wir das schon von Herrn Clausen gewohnt waren. Aber - hier bitte ich um Aufklärung - Sie haben das an den dritten Förderweg geknüpft.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, ausgerechnet!)

Das kann ich nicht glauben. Ich habe deshalb noch einmal in die Vorlage hineingeguckt, damit ich hier nicht etwas Falsches sage. Das heißt nämlich, daß Sie null Ahnung haben; denn der dritte Förderweg ist wirklich nicht mehr am Markt zu belegen; der dritte Förderweg ist eine echte Fehlinvestition, der dritte Förderweg produziert jetzt schon Leerstände, produziert Konkurse, und er ist eine Verschwendung von Finanzen und Ressourcen. Deshalb ist das unsinnig. Ich sage Ihnen das hier so deutlich. Sie dürfen es mir gern erklären.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Sie sind nachher an der Reihe, Herr Kubicki, nicht jetzt, oder stellen Sie eine Zwischenfrage.

Lassen Sie mich jetzt noch einmal auf die Diskussion im Rahmen der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs eingehen, die Sie in der Ihnen eigenen Art geführt haben und die ich eigentlich als sehr unfair empfunden habe. Sie haben uns mit diesem Wohnungsbauprogramm für die Arbeitslosigkeit im Bauhandwerk verantwortlich gemacht - ausschließlich uns.

Dank eines aktuellen Besuches von Heide Moser auf einer Baustelle ist dieses Feld ja einmal in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Wir haben massive Zunahmen bei der Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter. Das ist so. Wir haben im Januar 1997 6500 **arbeitslose Bauarbeiter** gehabt. Das waren 2800 mehr als im Januar des Vorjahres. Aber die Gründe dafür müssen Sie sich dann auch einmal von jemandem erklären lassen, dem Sie vielleicht eher glauben als mir. Das ist Herr Fiedler, der ein anerkannter langjähriger Vertreter der Arbeitsamtsinteressen ist. Der hat gesagt:

„Die Gründe liegen in der nicht akzeptierten Ersatzregelung zum Schlechtwettergeld. Die hinterlassen tiefe Spuren.“ - So Herr Fiedler im Originalton.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind auch Gründe!)

Das sage ich Ihnen hier einmal. Die Tarife werden nicht eingehalten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völlig unbestritten!)

die Leute werden einfach auf die Straße gesetzt, und dann landen sie natürlich wieder vor den Türen der Arbeitsämter, die auch nichts gespart haben. Statt Ausgaben von 700 Millionen DM bis 900 Millionen DM muß man heute mit 2 Milliarden DM rechnen.

Wer will eigentlich bei diesen Verhältnissen noch auf dem Bau lernen, meine Damen und Herren? Aber das auf den Rückgang im Wohnungsbau zurückzuführen, der ja auch dem Bedarf entspricht - es hat ja überhaupt keinen Zweck, Wohnungen am Markt vorbei zu bauen -, möchte ich hier und heute noch einmal mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist erfreulich, daß sich die Regierungsfaktionen dieses Hauses noch dazu durchgerungen haben, einige Titel im **Jugendhaushalt** aufzustocken. Allerdings gilt generell für diesen Bereich, daß das allgemeine Fortführen der Vorjahresausgaben zu Leistungsminderungen führen wird, weil die Personalkosten steigen. Auf Dauer wird hier also auch eine Politik des Status quo Schäden anrichten, deren Folgen wohl kaum abzuschätzen sind, wenn man die präventive Funktion der Jugendarbeit berücksichtigt.

Was mir gar nicht gefällt, sind einige Neubildungen in diesem Haushalt. Ich halte es grundsätzlich für bedenklich, viele Sondertöpfe für die Mädchenarbeit aufzumachen und sie so in Konkurrenz zur übrigen Jugendarbeit zu stellen.

Eine erfolgreiche Geschlechterpolitik fängt nicht da an, wo man Parallelstrukturen aufbaut. Für mich muß das Ziel bleiben, die bestehenden nicht geschlechtersegregierten Strukturen im Sinne der Gleichstellung zu verändern. „Reservate“ für Mädchen mögen in manchen Fällen sinnvoll sein. Generell muß es aber darum gehen, sowohl mit Mädchen als auch mit Jungen geschlechterbewußte Arbeit zu machen.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Nur so können wir das Ziel eines gleichwertigen und gleichberechtigten Zusammenlebens erreichen.

(Ursula Röper [CDU]: Das wollen wir auch lieber!)

Die Vielzahl von zusätzlichen Maßnahmen scheinen mit an einer Krankheit zu leiden. Sie sind von daher problematisch, daß sie Ergänzungen der bisherigen Strukturen darstellen. Dadurch sind sie aber auch wenig widerstandsfähig. Für eine eventuell anders ausgerichtete Landesregierung wäre es einfach, diese - so sage ich einmal - grünen Zweige wieder abzuschneiden. Wenn man nicht den Stamm, die grundlegenden Strukturen, verändert, kann alles viel schneller rückgängig gemacht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Birk.

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Meine Damen und Herren! Nachdem die Vorrednerinnen und Vorredner schon so vorzüglich meinen Haushalt im Detail vorgestellt haben, kann ich mich auf wenige Linien beschränken. Offensichtlich hat dieses neue kleine Haus mehr Aufmerksamkeit erregt, was die Details angeht, als manches andere, und ich hoffe, daß es denjenigen, an die sich diese Politik richtet, zugute kommt.

Wir haben in der Situation der Frauenarbeitslosigkeit einiges an Fakten gehört. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß anderswo Forderungen gestellt werden, die dort offensichtlich kein Gehör finden. So wird beispielsweise bundesweit von den Frauenbeauftragten,

den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gefordert, daß endlich eine Verknüpfung von Beschäftigungspolitik mit der Qualifizierung von Frauen stattfindet. Es wird eine Quotierung bei den Existenzgründungsprogrammen gefordert und eine Förderung von Frauen bei der Vergabe von Subventionen und Krediten seitens der öffentlichen Hand.

Das sind Dinge, die wir ganz konkret mit der Haushaltsplanung 1997 begonnen haben. Wir haben dazu die ersten Schritte eingeleitet. Wir haben im Haushalt festgehalten - dort ist es genau nachlesbar -, was mit den Ansätzen an Fördermaßnahmen geschehen soll. Das sind Antworten auf das Bonner Desaster.

Wir haben auch erste Erfolge einer solchen gezielten Orientierung der **Frauenförderung** in der **Arbeitsmarktpolitik**. Erstmals bei den Januar-Zahlen liegen in Schleswig-Holstein die Anteile der Frauen an AB-Maßnahmen über denen ihrer Erwerbslosigkeit. Das kann nicht hoch genug geschätzt werden. Das fällt allerdings nicht vom Himmel, und es bedarf einer genauen Analyse, ob denn beispielsweise nur die neuesten Maßstäbe der Bonner Politik dafür sorgen, daß nicht noch einmal mehr erwerbslose Frauen in der Statistik nicht auftauchen, sondern als „stille Reserve“ unsichtbar bleiben.

Um genau so etwas zu überprüfen und diejenigen, die im zweiten und im dritten Arbeitsmarkt, aber auch im ersten Arbeitsmarkt als Akteure tätig sind, zu mahnen, brauchen wir ein Controllingreferat, das in Zusammenarbeit mit der Kollegin Moser beziehungsweise mit den Akteuren, die durch das Sozialministerium gefördert werden, darauf sieht, daß es tatsächlich auch künftig qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen gibt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf die Existenzgründungen und die Förderung des Landes für Frauen in diesem Bereich sind wir schon an anderer Stelle ausführlich eingegangen. Ich will das deshalb hier nur noch einmal erwähnen.

Das grüne Profil beschränkt sich aber nicht nur auf die Frauenförderung mit Arbeitsmarktinstrumenten. Wir wollen tatsächlich auch eine neue Dialogkultur mit den Betrieben. Deswegen halten wir es für wichtig - wir freuen uns, daß wir hier mit den Sozialdemokraten an einem Strang ziehen -, die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ nicht nur quantitativ zu fördern, sondern auch in

ihrer Stellung als Agierende in örtlichen Bündnissen für Arbeit und Ausbildung zu stärken;

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

denn sie haben das Know-how in langjähriger Beratungsarbeit nicht nur für die einzelne ratsuchende Frau, die den Wiedereinstieg in den Beruf plant, sondern auch das Know-how für die Betriebe, wenn es darum geht, genau das umzusetzen, was die Ministerpräsidentin erwähnt hat: flexible Arbeitszeitmodelle, flexible Modelle für die Zeiten des Erziehungsurlaubs gerade auch in kleinen und mittelständischen Betrieben.

Wenn wir nun den Blick auf den Arbeitsmarkt allein werfen würden, sähen wir nur die halbe Frauenrealität. Frauen sind aber gerade dort besonders diskriminiert, wo ihre Arbeit unsichtbar bleibt. Deswegen ist es wichtig, das Zusammenbringen von Beruf und Arbeit im Alltag auch räumlich zu ermöglichen. Auch hierzu gibt es bundesweit Forderungen. Gerade in den letzten Tagen wurde in Hamburg von einem Frauenbündnis im dortigen Wahlkampf die Forderung erhoben: Schafft in der **Städtebauförderung** endlich die Nähe von Wohnen und Arbeit! Dieses ist ein Kriterium unter mehreren, das in unserem neuen Wohnungsbauförderungsprogramm Vorrang erhält.

Wer also städtebaulich sinnvolle Projekte plant, wer innerstädtischen Raum trotz der hohen Kosten, die dies verursacht, bei sozialen Wohnungsbauprojekten bevorzugt, soll dafür zuerst gefördert werden und soll dafür auch aus dem Wohnbaulandentwicklungsfonds Unterstützung erhalten, den wir mit 4 Millionen DM aufliegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dies ist natürlich nur eine kleine Möglichkeit, den Verzerrungen beim Bodenwert, die wir auf Bundesebene leider durch keinerlei Gesetzesmaßnahmen gestoppt finden, entgegenzuwirken.

Wir haben nicht nur in bezug auf die Fördertechnik im Finanziellen, auf die Frau Franzen eingegangen ist, sondern auch in bezug auf die Grundrisse erstmalig Anforderungen gestellt, die dafür sorgen sollen, daß sich Frauen, Männer und Kinder in Wohnungen in Lebensformen wiederfinden, die ihren heutigen Beziehungen entsprechen. Wenn Sie von der CDU das

familienfeindlich nennen, dann kann ich nur sagen: Sie wissen nicht, wie vielfältig Familie heute gelebt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir können doch nicht einseitig nur diejenigen Verbände und Vereine fördern, die sich bisher um Familie gekümmert haben. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, daß die Förderung dieser Unterstützung für Familien erhalten bleibt, und zwar in ihrer Gesamtheit. Aber das heißt auch, daß wir diejenigen, die dabei zu kurz gekommen sind, die beispielsweise jahrelang eine Lebensgemeinschaft als Gleichgeschlechtliche führen und die in dieser Lebensgemeinschaft auch Kinder erziehen, nicht immer wieder beiseite schieben, wenn es darum geht, ihre Lebensformen zu unterstützen.

Dies gilt auch für die **Jugendarbeit**. In der Tat habe ich mich sehr intensiv mit den Verbänden über das Thema Gleichstellung auseinandergesetzt. Ich begrüße es sehr, daß sich die Verbände inzwischen selber Leitlinien gegeben haben, um tatsächlich nicht immer nur durch ein Mehr an Geldern, sondern gerade angesichts knapper Kassen durch eine Umverteilung den Frauen und Mädchen mehr gerecht zu werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bin in dieser Situation glücklicherweise nicht alleine, weil es zunehmend auch mehr Wohlfahrtsverbände gibt, die dies fordern und auch aktiv tun. Insofern ist es vielleicht der Erwähnung wert, daß der DPWV in den Verbänden mit einem Programm zur Schulung und Fortbildung für eine emanzipatorische Mädchen- und Jungenarbeit - ich betone: auch Jungenarbeit - endlich Neuland betritt, was wir gerne unterstützen.

In der Zusammenschau können wir sagen: Die Demokratisierung von Jugendlichen, die Verbreiterung des Gehörs für die berechtigten Anliegen der Frauen hat die abgeschottete Nische zu verlassen und muß mit den sogenannten großen Themen der Wirtschafts-, der Wohnungsbau- und der Verkehrspolitik verknüpft werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit dies geschieht, damit mehr Akteurinnen und Akteure dies einfordern, braucht es eine verlässliche Finanzierung eines Frauennetzwerkes. Daher ist es nur konsequent, die Gleichstellungsbeauftragten, eine in der

vorletzten und letzten Legislaturperiode neugeschaffene wichtige Institution dieses Landes, durch uns finanziell zu unterstützen, gerade dann, wenn sie vielerorts in den Kommunen aufs Abstellgleis geschoben werden sollen. Insofern kann es nicht als Klientelpolitik, sondern muß als gezielte Förderung von sozialen Netzwerken verstanden werden, wenn wir beispielsweise erstmalig Frauen mit Behinderung, die sich gemeinsam mit Nichtbehinderten eine neue Kommunikationsstruktur schaffen, dazu auch die finanzielle Unterstützung geben.

Wir haben in Schleswig-Holstein, von vielen anderen Bundesländern bewundert, inzwischen ein **Netzwerk unter Frauen** geschaffen, das sehr schnell und sehr flexibel - inzwischen insbesondere auch unter den eher konservativen Frauenverbänden - Kommunikation pflegt. Diese Organisation hat dafür gesorgt, daß die wenigen Mittel, die ein Landeshaushalt im Wohnungsbau, in der Arbeitsmarktpolitik, der sozialen Jugendpolitik zur Verfügung hat, zielgerichtet zunehmend mehr Frauen zugute kommen.

Natürlich könnte Frauenpolitik aus dem ganzen Hause etwas mehr Rückenwind gebrauchen. Daß aber immerhin nicht nur der Status quo gehalten wurde, sondern daß in diesen Zeiten der Etat für diesen Bereich um 50 % erhöht worden ist, das ist, denke ich, ein Zeichen für eine rot-grüne Koalition, das es nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern hervorzuheben gilt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe mit einem Blick auf die Uhr, daß die Zeit für meine Rede zu Ende ist. Ich wünsche Ihnen guten Appetit und hoffe, wir sehen uns hier nach der Mittagspause gestärkt wieder.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Jetzt liegen zu diesem Bereich wirklich keine Wortmeldungen mehr vor. Wir unterbrechen die Sitzung für die Mittagspause. Um 15:00 Uhr wird sie mit dem Bereich Bildung und Kultur fortgesetzt.

(Unterbrechung: 13:06 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere heutige Landtagssitzung fort. Ich rufe den Themenbereich „Bildung“ - Schule, Hochschule, Weiterbildung und Kultur - auf.

Haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, wer beginnt?

(Angelika Volquartz [CDU]: Die Mehrheitsfraktion! - Widerspruch bei der SPD - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Opposition!)

- Jetzt habe ich zwei widerstreitende Meinungen gehört. Ich erteile zunächst der Frau Abgeordneten Volquartz das Wort.

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Anfang dieses Monats wurden die Schleswig-Holsteiner in einer Meinungsumfrage nach den wichtigsten Problemen im Lande befragt. Bei den Antworten steht natürlich die Arbeitslosigkeit an erster Stelle, aber in der Gruppe der zur Zeit wichtigsten Probleme taucht auch diese Landesregierung auf.

(Peter Zahn [SPD]: Was?)

Die gleiche Zahl von Bürgern, die meint, die **Landesregierung** sei ein aktuelles Problem, meint dies auch von der **Bildungspolitik**. Dann stellt sich natürlich die Frage: Ist die Landesregierung nicht auch das Problem der Bildungspolitik? - Dafür, daß Unsicherheit und Unruhe, Verärgerung und Proteste die Atmosphäre an unseren Schulen prägen, ist diese Landesregierung verantwortlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Unter Mißachtung des Schulgesetzes und des Elternwillens versucht sie, ihre unausgegorenen rot-grünen Ziele durchzusetzen. Der monatelange Versuch, die Grundschulstrukturen am Schulgesetz vorbei gegen den erklärten Willen vieler Eltern in Seth bei Segeberg zu zerstören, ist kein Beispiel für Bürgernähe, sondern für Regieren vom grünen Tisch aus.

In einer Zeit rapide steigender Schülerzahlen, in der es darauf ankommt, daß motivierte Lehrerinnen und Lehrer bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt werden, bringt diese Landesregierung unter dem Namen

KLAUS ein Programm auf den Markt, das als Fortsetzung der Beamtenbeschimpfung mit anderen Mitteln einen landesweiten Proteststurm ausgelöst hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Günter Neugebauer [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Unvernünftig ist es, in Zeiten angespannter Finanzen teure **Angestelltenstellen** aus ideologischen Gründen durchzudrücken. Das soll sich übrigens auch schon in den Reihen der Sozialdemokraten langsam herumsprechen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Hier aber nicht!)

Bundesweit - auch im sozialdemokratisch regierten Niedersachsen - hat man in Gutachten festgestellt, daß **Beamte** kostengünstiger sind.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig! - Günter Neugebauer [SPD]: Dauerhaft!)

- Genau, dauerhaft! Das ist richtig festgestellt worden, Herr Neugebauer; vielen Dank, daß Sie das noch einmal unterstreichen.

„Es ergibt sich ein krasser Widerspruch zwischen Ihrer Aussage, daß sich an der **Qualität der schulischen Bildung** trotz der angespannten finanziellen Situation nichts geändert habe, und der Realität, die uns der Schulalltag unserer Kinder liefert.“ Das schreibt oder sagt nicht etwa die Opposition, Frau Böhrk, sondern das schreibt der Elternbeirat der Reventlouschule in Kiel an die Ministerin.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unerhört!)

Deshalb ist es verwunderlich, daß Sie, Frau Erdsiek-Rave, sich hier hinstellen und sagen, es habe sich nichts an der Qualität des Unterrichts geändert. Das sehen Eltern, Lehrer und Schüler aber ganz anders.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In Bayern erhalten die Schüler bis zu einem Jahr mehr Unterricht,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ein sehr vernünftiges Land, mit sehr viel größeren Klassen!)

und hier wird die Situation von der zuständigen Ministerin weiterhin schöngeredet, so auch von Frau Erdsiek-Rave.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayern hat Klassenfrequenzen von 33 Schülern!)

Unsere Alternativen sind klar und finden ihren Niederschlag in unseren Haushaltsanträgen.

(Zuruf von der SPD: Da müssen die Lehrer mehr arbeiten!)

Wir wollen im **Schulbereich** insgesamt 190 **Planstellen** - 40 mehr als die Regierung - und weitere 120 aus den überversorgten Gesamtschulen in den Bereich des gegliederten Schulwesens verlagern.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens eine ganz interessante Rechnung: Wenn man an alle Schultüren der Gesamtschulen ein Schild mit dem Hinweis „gegliedertes Schulwesen“ heften würde, dann könnten wir glatt 27 Millionen DM einsparen. So sähe die Situation aus, und die könnten wir alle brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie Ihre rot-grünen Spielereien. Wir fordern: Stoppen Sie den Innovationspool.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das kann doch gar nicht ernst gemeint sein! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Elternwille! - Weitere Zurufe)

Lassen Sie die Finger von den Schulassistenten, und nehmen Sie alle - -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Volquartz, einen Moment bitte! Ich möchte doch um etwas mehr Ruhe bitten; Frau Volquartz hat das Wort,

(Ursula Kähler [SPD]: Wenn sie aber so einen Quatsch redet!)

und ich möchte nicht, daß die Rednerinnen und Redner hier schreien müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Abgeordnete Volquartz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Angelika Volquartz [CDU]:

Nein, ich komme jetzt durch diese Unruhe hier wirklich ins Schleudern. - Stoppen Sie den Innovationspool, lassen Sie die Finger von den Schulassistenten, und setzen Sie alle verfügbaren Mittel und Unterrichtsstunden für die Grundversorgung in den Schulen ein; die ist ja nicht einmal mehr gewährleistet!

Stoppen Sie den Ausbau der Gesamtschulen und richten Sie keine Minioberstufen von 20 bis 23 Schülern ein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch hier hat eine Kollegin in Ihren Reihen Einsicht in dieser Frage und sagt: Es sei unverantwortlich, dies bei der herrschenden Planstellenknappheit zu praktizieren.

Sorgen Sie insgesamt für eine Bildung an unseren Schulen, die unsere Kinder fit macht für einen Ausbildungsplatz oder für ein Studium!

Bei der Verteilung der **Schulbaumittel** kann auch die auf allen Medien des Landes abgefeuerte Propagandarakete nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Akzente total falsch gesetzt sind. Es tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite des Hauses, aber es ist, wie es ist: Die Gesamtschulen sind bevorzugt worden, auch in diesem Bereich, und das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der Gefahren des Extremismus hat die **politische Bildung** besondere Bedeutung. Es ist ein Skandal, daß diese Landesregierung über die Kürzung von Haushaltsmitteln versucht, die Landeszentrale für Politische Bildung in der Arbeitsfähigkeit auf Null zu bringen. Nichts anderes hat diese Landesregierung mit ihrer Mittelkürzung geplant!

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sind Sie die Landesregierung, Frau Heinold? Ich glaube, nicht.

Die CDU will - hören Sie gut zu! - für diese wichtige Einrichtung 290 000 DM mehr zur Verfügung stellen, als der Haushaltsplanentwurf der Regierung es ausweist. An den entsprechenden Stellen bleiben die Anträge der Mehrheitsfraktion mit insgesamt 100 000 DM plus weiter hinter den Erfordernissen zurück. Frau Heinold, jetzt müssen Sie einmal anfangen zu rechnen. Die Landeszentrale ist entsetzt. Frau Erdsiek-Rave hat selber ein Gespräch in dieser Frage geführt, und meine Rechnung stimmt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD)

Aber nicht nur die Landeszentrale wollte diese Landesregierung aushebeln. Auch die Hochschulen, für die Qualifikation junger Menschen so wichtig wie für unsere Behauptung im weltweiten Wettbewerb,

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- ich sehe, das regt Sie immens auf; beruhigen Sie sich doch! -, auch die Hochschulen kämpfen gegen Kürzungen und gegen die Nichtbesetzung von Hochschullehrerstellen und das angesichts der enormen Studentenzahlen. Die zunächst geplanten Kürzungen an der Christian-Albrechts-Universität hätten eine totale Stellensperre ab 1. Januar 1997 bedeutet, also einen totalen Kahlschlag. Die linearen Gehaltsentwicklungen werden einfach ignoriert. Die Haushaltstechnik der nicht ausfinanzierten Stellen betrifft fast alle **Hochschulen** unseres Landes.

Es ist richtig - da stimme ich Ihnen zu, Frau Erdsiek-Rave -, daß über veränderte Strukturen an den Hochschulen nachgedacht und gehandelt werden muß. Aber erst den finanziellen Knebel anzusetzen und dann mit dem Denken zu beginnen, ist ganz einfach die falsche Reihenfolge.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Acht Jahre ist die SPD-Regierung dran gewesen. Acht Jahre hat sie geschlampt, acht Jahre!

(Ursula Kähler [SPD]: Nicht einmal da können Sie rechnen!)

Es war nicht irgendwer, sondern ein Dekan der CAU, der kürzlich zur Hochschulsituation erklärte: „Jeder,

der noch nicht 52 Jahre alt ist und laufen kann, läuft hier weg.“

Die Äußerung von Frau Simonis in ihrer Haushaltsrede zu den Hochschulen fand ich schon deprimierend. Ich hoffe, daß alle Hochschulvertreter sie lesen. Ermutigend kann das nicht gewesen sein, wie sie sich eingelassen hat. Aber dann gibt es vielleicht wieder Kollegen aus Ihren Reihen, die in Veranstaltungen sage, „Wir sehen das nicht so!“, und die sich genauso wie bei der Beamtenschelte für die Äußerung entschuldigen. Wir warten schon gespannt darauf, wie es in den Diskussionen zukünftig aussehen wird!

Unsere Anträge zu den Hochschulen sollen signalisieren, daß wir diesem gefährlichen Trend entgegenwirken wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die CDU will allein im Einzelplan 07 8,95 Millionen DM zusätzlich für die Hochschulen bereitstellen. Darüber hinaus fordert die CDU 1,728 Millionen DM im Einzelplan 12 für Baumaßnahmen im Hochschulbereich ein. Ich erinnere nur an den Bibliotheksbau in Kiel, wo nicht einmal mehr der Feuerschutz für die Menschen gewährleistet ist.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Dieses Geld ist dringend notwendig, Herr Kollege Neugebauer. Unterstützen Sie unsere Anträge! Unterstützen Sie damit die Hochschulen, damit Sie nicht in eine Sackgasse marschieren. Mittel für die Hochschulen sind Mittel für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Frau Erdsiek-Rave, ich muß mich noch einmal an Sie wenden. Sie wollten Schleswig-Holstein und die Hochschulen bundesweit in einen Topf werfen. Ich möchte Sie daran erinnern: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt Schleswig-Holstein bei der Personalausstattung mit weitem Abstand an letzter Stelle. So ist die Situation! So stehen wir als schleswig-holsteinische Hochschullandschaft da!

In der **Kulturförderung** nimmt der Dirigismus zu. Konstruktive Gespräche fehlen. Inhaltliche Fragen werden weder beim Denkmalschutz noch in anderen kulturellen Bereichen erörtert. Der Grenzverein muß, wie es „Der Nordschleswiger“ gestern beschrieben hat, angesichts der Entscheidung dieser Landesregierung sein Tafelsilber verscherbeln. Wenn es nach der rot-

grünen Landesregierung gegangen wäre, gäbe es die Europäische Akademie Leck nicht mehr. Es bedurfte gemeinsamer Anstrengungen der großen Fraktionen dieses Hauses, das abzuwenden. Ich bin meinem Kollegen Jost de Jager und auch der SPD-Fraktion dankbar, daß das funktioniert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion fordert für die ADS ein Plus von 200 000 DM und für den Grenzverein 120 000 DM mehr. Schließen Sie sich diesen Forderungen an, und unterstützen Sie auch die Erhöhung der Mittel für die Restaurierung des Schlosses Eutin, Frau Kollegin Todsén, um die Sanierungsarbeiten dort sicherzustellen! Blicken Sie über Ihren kulturpolitischen Tellerrand und stimmen Sie unserem Antrag zu, die Mittel für den Landesverband der Vertriebenen Deutschen zu erhöhen! - Frau Kähler, daß Sie an der Stelle eine krause Stirn machen und mehr, wundert mich nicht, wundert mich wirklich nicht.

Die CDU verhindert mit diesen und weiteren Anträgen unausgewogene Kürzungen im Kulturbereich, die von niemandem mehr verstanden werden. So schreibt unter anderem der Landeskulturverband am 4. Januar an den Bildungsausschuß - ich zitiere -:

„Die Kürzungen sind unausgewogen. Einzelne Ansätze sind verstärkt, andere in unveränderter Höhe geblieben, manche auch um geringe Beträge zurückgeführt. Aber es gibt auch Ansätze, die auf 20 vom Hundert der Mittel zurückgeführt worden sind, die noch im Jahre 1996 zur Verfügung standen. Es fällt schwer, die Überlegungen nachzuvollziehen, die zu diesem Entwurf geführt haben.“

So der Landeskulturverband und nicht etwa die Opposition.

Ich sage: Es fällt nicht nur schwer, es ist nicht zu akzeptieren, wie Schule, Hochschule, Kultur und politische Bildung in diesem Haushalt behandelt werden. Deshalb sage ich auch - wir werden nachher noch einen Änderungsantrag auf den Tisch legen - in Übereinstimmung mit meiner Kollegin Ursula Röper und meiner Kollegin Brita Schmitz-Hübsch: Wir sehen auch die außerordentliche Notlage an der Bildungswissenschaftlichen Universität in Flensburg, die durch die Übergabe von 1600 Unterschriften an den Landtagspräsidenten noch einmal dokumentiert worden ist. Die BU in Flensburg darf nicht kaputtgehen. Deshalb setzen wir dort 1 Million DM zusätzlich ein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber?

Angelika Volquartz [CDU]:

Der Haushalt darf so nicht Wirklichkeit werden. Stimmen Sie unseren ausgewogenen Anträgen zu!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe der Gemeindevertretung Süsel und Herrn Rektor Professor Haensel von der Christian-Albrechts-Universität.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Rossmann.

Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem wir uns jetzt in der Haushaltsdebatte befinden, möchte ich zunächst einmal die Grundlagen, auf der die **Alternativanträge** der CDU und der F.D.P. stehen, auf ihre Seriosität hin betrachten.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es gab ja schon beim letzten Mal in bezug auf die kleine, intelligente F.D.P. keine Meinungsverschiedenheit zwischen SPD und CDU, als wir festgestellt haben, mit dem Drittmittelklausur und den Studiengebühren, die Sie an anderen Hochschulen einnehmen, um sie an die CAU zu verlagern, kann man die Änderungsanträge nicht seriös finanzieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man erwartet ja gar nicht, daß die CDU an dieser Stelle klatscht, aber wenn sie schweigt, sagt das viel über die F.D.P.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie sind ein echter Spalter!)

Bei Durchsicht der CDU-Anträge haben wir festgestellt, daß Sie abgekupfert haben. Ich möchte nur daran erinnern, daß Sie es beim Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften hinbekommen haben, 2,41 Millionen DM bei den Ausgaben zu kürzen und voll in die Deckung einzubringen. Aber bei den 1,8 Millionen Einnahmen, die entgegenstehen, kürzen Sie nicht, obwohl dort zu 50 % vom Bund und zu 16 2/3 % von den anderen Bundesländern finanziert wird.

(Ursula Kähler [SPD]: Blaue Liste!)

Auf diese Weise druckt man ganz schnell 1,8 Millionen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist lächerlich!)

Glückwunsch! Das ist das, womit Sie unter anderem die CAU zusätzlich ausstatten wollen. Ich würde sagen, die will solch ein Falschgeld nicht haben. Deshalb sage ich auch zu Herrn Stritzl, der ja nun viel gescholten worden ist in bezug auf den berühmten Kommafehler, was ich übrigens nie ganz verstanden habe: Herr Kollege, das war Ihnen nicht vorzuwerfen, sondern Ihnen war nur die Nachlässigkeit vorzuwerfen, daß Sie die Änderungsanträge aus dem Arbeitskreis Bildung Ihrer Fraktion nicht richtig gegengelesen haben. Sie hätten auch an dieser Stelle bei Frau Volquartz lieber klar gegenlesen sollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben da ja gewisse Erfahrungen, weil wir schon aus dem letzten Jahr wissen, daß auf einmal 250 Lehrerstellen verrechnet worden waren, und wir mußten erst die CDU darauf hinweisen, eine korrigierte Fassung nachzureichen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Insoweit ist Herr Stritzl salviert, aber Frau Volquartz muß sich noch eines fragen lassen: Wie ist das eigentlich mit der sogenannten Beamtenkasse, die Sie hier als **Deckung** mit einbringen?

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Sie haben gesagt, Sie wollten 40 zusätzliche Planstellen. Im übrigen holen Sie aber 7,5 Millionen DM aus dem Bildungshaushalt heraus und bringen sie nicht in eine Pensionsrücklage und auch nicht in die Senkung der Nettokreditaufnahme ein, sondern geben dieses Geld an anderen Stellen aus, und zwar offensichtlich, um die Abfallabgabe und die Grundwasserentnahmeabgabe mit über 7,5 Millionen DM decken zu können. Da kann ich nur sagen: Das ist keine Vorsorgepolitik.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings ängstigen uns Ihre Anträge an dieser Stelle nicht, denn auch die 40 zusätzlichen Stellen, die Sie beantragen, sind das, was wir als „Anstandsplus“ der Opposition bezeichnen. Die wirklichen Planzahlen, mit denen Sie die Lehrerversorgung für die nächsten Jahre in Deckung bringen wollen, waren 600 in sechs Jahren, während wir 450 in vier Jahren haben wollten. Da bleiben wir lieber bei den 450 in vier Jahren.

(Ursula Röper [CDU]: Da sind wir ein Stück weiter!)

Im übrigen gibt es offensichtlich kein Gegenkonzept bei der CDU in bezug auf das **Konzept zur Unterrichtsversorgung**, wie es von den Koalitionsfraktionen ausgearbeitet worden ist, ausgenommen zwei Punkte: das, was Sie gegenwärtig als „Anstandsplus“ immer dazubringen und die Gesamtschulphobie. Die Gesamtschulphobie wollen wir gerne als Ihren Deckungsvorschlag in bezug auf das, was im Lehrerbereich notwendig ist, überall mitdiskutieren. Aber wenn 2100 Lehrerstellen im Kopf zu bewegen sind und Sie hier mit einer vierziger Portion hantieren, dann sagen Sie damit, daß Sie die Grundstrukturen akzeptieren müssen, weil Sie keine Alternative haben zu dem, was wir jetzt in harten Auseinandersetzungen mit der Schule vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle eine kleine Bemerkung zu den **Schulbaumitteln** einschieben, weil Sie hierzu im Lande mit Ihrem Antrag eine Legende aufbauen wollen. Zu diesem Ihren Antrag nur die folgende Information: 53 Millionen DM werden wir in diesem Jahr zur Verfügung stellen. Das ist so viel wie noch nie. Das sind 178 Projekte, und zwar 50 zusätzlich gegenüber 1996, und davon 81 zur Schulbausanierung. Ich muß ganz ehrlich sagen: Sie haben an dieser Stelle - neben dem systematischen Trend, den Schulbau allein aus Landesmitteln zu finanzieren - Ihren Antrag sehr populistisch angelegt.

Aber es passiert soviel in der Sanierung auch im Grundschulbereich, daß wir darauf genauso gut verzichten können wie auf den populistischen, im übrigen ungedeckten Antrag der F.D.P. zu den Computern in den Schulen. Dazu hat die Ministerpräsidentin heute schon alles gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Wer über die Vermögensteuersenkung 30 000 DM im Jahr allein als Vermögen zusätzlich einführt, kann sich gern als Schulsponsor oder Kultursponsor hervortun und die Mittel von dieser Absenkung - Nase wischen und so eben mal reingeschmiert bei denen, die sowieso schon zuviel haben - für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, da hat die SPD den richtigen Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Die Akzente, die wir setzen, beziehen sich auf mehr **Weiterbildung** und mehr **Eigenverantwortung**. Wir verstehen nicht, wie Sie sich da aus dem ausklinken können, was in den **Schulen** an Prozessen abläuft in bezug auf die Gestaltung der Schule, in bezug auf mehr inhaltliche Aktualität der Lehrplanentwicklung sowie auch in bezug auf die zusätzliche soziale Versorgung, was das Projekt der betreuten Grundschule angeht. Von der sozialen Seite ist dazu schon viel gesagt worden.

Ich möchte jetzt von einer anderen Seite her beleuchten, wie dieser Reformprozeß gelaufen ist. Da haben Menschen in Vorleistung mit Geld und Engagement an den Schulen Reformen verwirklicht. Wir als Land nehmen diese Impulse jetzt auf und sorgen dafür, daß dies weitergetragen werden kann. Wenn es eine gut verankerte Reformpolitik gibt, dann eine solche Reformpolitik. Wir freuen uns zusammen mit unserem Koalitionspartner, daß wir dies in dem nächsten und in den folgenden Jahren mit auf den Weg bringen können.

Ich möchte nun eine Bemerkung in Sachen **Hochschulen** machen. Da ist von der Regierung zusätzlich schon sehr viel gegenüber den ersten Kürzungsvorstellungen hineingegeben worden. Wir freuen uns, daß wir jetzt auch noch insbesondere für die Fachhochschulen zusätzliche Mittel beibringen können, sehr wohl differenziert dort, wo die Globalisierung der Mittel möglich ist - ich nenne die Fachhochschule Lübeck und die Fachhochschule Westküste, wo wir etwas Mittel zurücknehmen, weil die dort anders mit

den Mitteln wirtschaften können -, und daß wir einen Antrag in bezug auf die **Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg** rechtzeitig, begründet und gegenfinanziert in diesen Landtag eingebracht haben.

Was Sie jetzt hier abliefern, indem Sie noch einmal eben einen Zettel hinlegen, nur weil Ihnen das jetzt noch aufgefallen ist - zu allem haben Sie sich Gedanken gemacht, aber die Bildungswissenschaftliche Hochschule haben Sie in die Ecke gestellt -, finde ich wirklich beschämend.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das wieder ein Versehen gewesen sein sollte, daß Ihnen jetzt aufgefallen ist, dann wäre das wirklich lächerlich. Sie unterschreiben in Flensburg jede Resolution und machen jede Presseerklärung, aber Sie bringen es in Ihren Fachberatungen nicht hin, in bezug auf diese Hochschule rechtzeitig einen sachlich fundierten Antrag einzubringen. Da müßten bei Ihnen alle Ohren rot werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist äußerst blamabel, und es wird auch nicht dadurch besser, daß Sie das jetzt noch nachreichen und daß Sie jetzt auch das, was an allen Hochschulen bereits diskutiert wird - angefangen von einer anderen Leistungsorientierung über mehr Konzentration auf die Lehre bis hin zu mehr Finanzautonomie, neuen Konstruktionsformen - ausschließlich mit einem gebetsmühlenartigen „Mehr, mehr“, was das Geld angeht, beantworten. Das - das wissen Sie genausogut wie alle anderen - trägt nicht mehr. Man muß vielmehr die Gestaltungskräfte in den Hochschulen ermuntern, indem man sie ernst nimmt, und man muß die Hochschulen auch zu ihrem Recht kommen lassen, was die kritischen Inhalte angeht.

Uns fällt auf, daß Sie nicht nur der Region Flensburg-Schleswig neben der Bildungswissenschaftlichen Hochschule auch das Institut für Regional- und Zeitgeschichte wegnehmen wollen, sondern Sie meinen auch, auf die Frauenforschung vollkommen verzichten zu können. Es gibt ja Fortschritte. Im letzten Jahr wollten Sie auch noch auf die Friedensforschung verzichten. Aber dies gehört zusammen. Es gehören in die Hochschulen auch kritische Inhalte einschließlich einer ökologischen Forschungsorientierung, die Sie genausogut wegradieren wollen. Wir finden, daß Ihr Hochschulverständnis nicht die Höhe hat, wie sie an

den Hochschulen selbstkritisch und engagiert diskutiert wird.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Insofern bleibe ich abschließend bei der Feststellung: Ein Wandel ist mit Ihnen nicht zu gestalten.

Ich komme zu einem letzten Punkt. Auch beim Wandel der Landeszentrale für Politische Bildung hin zu einem **Budget** und zu einer **Projektorientierung** bei den Mitteln ziehen sie nicht mit, während es die Landeszentrale sehr wohl tut.

(Angelika Volquartz [CDU]: Die sind stocksauer, um das klar zu sagen! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Die Zentrale weiß genau, auf welcher verlässlichen Grundlage sie jetzt operieren kann, was die Mittel, das Personal und die mittelfristige Planung angeht und was die Förderstrukturen betrifft. Wir bekennen uns dazu, daß es schmerzhaft Eingriffe gegeben hat, sagen aber, daß der Bildungsbereich, getragen von beiden Fraktionen, mit sehr viel Geld ausgestattet worden ist. Wir sagen nicht ohne Freude gegenüber dem grünen Koalitionspartner. So, wie Bildung und Wissenschaft schon unter der SPD allein Priorität hatten,

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

behalten sie diese Priorität.

Dem Kollegen Stritzl geben wir einen kleinen Ratschlag: Wenn Sie noch einmal Haushaltsanträge einbringen, lesen Sie diejenigen, die aus dem Bildungsbereich kommen, gut durch. Ich darf Ihnen verraten, unsere Financer tun das auch mit den Anträgen, die wir einbringen.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine erste Vorbemerkung zu Frau Volquartz: Wer hier 38 Jahre

im Lande die absolute Mehrheit hatte und in dieser Zeit für die Hochschulen nichts getan hat,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf von der CDU: Oh!)

und sich heute hinstellt und nach acht Jahren einer guten Entwicklung von Hochschulpolitik

(Zuruf von der CDU: Wer behauptet das?)

- ich kann das sagen, weil ich eine gesunde Distanz zur SPD habe - heute eine solche Rede hält, Frau Volquartz, der macht sich unglaublich.

Aber gut, wir wollen uns das genau und im einzelnen ansehen. Wer die Haushaltsanträge der Opposition für den Bildungs- und Kulturbereich sieht und von Rechenfehlern befreit, findet dort alte Rezepte und überkommene Ideologien. Leider ist nicht viel mehr dazu zu sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Überschrift könnte lauten: Vorschläge zur weiteren Entsolidarisierung unserer Gesellschaft. Die F.D.P. zum Beispiel hält Personalräte für weitgehend überflüssig, erkennt für schülerische Eigenverantwortung keinen Bedarf, will Lehrer und Lehrerinnen verbeamten und Langzeitstudierende zur Kasse bitten, um Haushaltslöcher zu stopfen. Damit verabschiedet sie sich von jeglicher Hochschul- und Schulreform, die unser Bildungssystem an die gegenwärtigen Erfordernisse unserer Gesellschaft anpassen müßte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Siebürdet der kommenden Generation die Pensionslasten auf und bittet diejenigen zur Kasse, die sich am wenigsten wehren können. Wenn so Ihre bildungspolitischen Ideen für die Zukunft aussehen, dann ist es um die Bildungspolitik schlecht bestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die CDU hält nichts von Frauenforschung, von Umweltwissenschaft und von kritischer Geschichtswissenschaft. Hauptamtliche Frauenbeauftragte an unseren Hochschulen hält sie für

überflüssig und will diese Arbeit ehrenamtlich erledigen lassen; das ist natürlich immer ein probates Mittel, mit Frauen so umzugehen, sie alles ehrenamtlich machen zu lassen, da sich ja Frauen auch so schön und leicht in den Dienst nehmen lassen, nicht wahr, Herr Hennig?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stelle ich mir bei Ihnen ziemlich schwierig vor!)

Die drastischen Kürzungsvorschläge in diese Richtung überraschen dabei nicht. Wer in diesem Lande verändern und bisher sträflich vernachlässigte Aspekte forschungspolitisch stärken will, findet bei der CDU keine Mitstreiter.

Qualifizierte Mitbestimmungsrechte und fundierte Gleichstellungspolitik sieht die CDU offensichtlich als eher hinderlich an. Eine lebendige Demokratie aber lebt von praktizierter Mitbestimmung und tatsächlicher Gleichberechtigung der Frauen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das sagt Ihr Landesvorsitzender!)

Eine zukunftsweisende Bildungspolitik muß hier Schwerpunkte setzen. Schulische Eigenverantwortung ist der CDU ebenfalls suspekt. Sie könnte ja womöglich zum Abbau obrigkeitsstaatlicher Strukturen führen. In dieses Bild paßt auch die vorgeschlagene **Verbeamtung aller Lehrer und Lehrerinnen**. Mag die jüngste Reform des Dienstrechts auch noch soviel bewegt haben, es bleibt bei der besonderen Treuepflicht der Beamten zum Staat und der Verpflichtung zur vollen Hingabe. Das sind alte Zöpfe, mit denen keine moderne Schulreform zu machen ist, die den Betroffenen und Verantwortlichen mehr Spielraum geben müßte.

Zudem haben wir angesichts der Arbeitslosenzahlen die Verpflichtung, die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen. Teilzeitmodellen steht jedoch auch das reformierte Dienstrecht nicht offen genug gegenüber. Die CDU ist, das zeigen ihre Haushaltsanträge, der Garant dafür, daß es in unserer Gesellschaft streng hierarchisch und männlich zugeht.

Ich meine, daß es uns gelungen ist, in unseren Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf zu zeigen, daß wir nicht nur den Mangel verwalten. Wir sind unserer Verpflichtung zu gestaltender Politik nachgekommen. Nehmen wir beispielsweise den Bereich der freien Erwachsenenbildung. Die Förderung des Landes ist eine freiwillige, aber wichtige Leistung. Die geförderten Träger der Erwachsenenbildung leisten

einen wesentlichen Beitrag dazu, daß die für unsere Demokratie unverzichtbare politische Erwachsenenbildung auch in Schleswig-Holstein stattfindet. Wir konnten erreichen, daß im Haushalt 160 000 DM als Projektmittel dafür bereitgestellt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wahnsinn!)

- Ja, ich würde gern mehr haben, aber drucken können wir das Geld nicht, das ist auch nicht gut für die Wirtschaft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gott sei Dank!)

Deswegen müssen wir uns mit diesen bescheidenen Möglichkeiten zufrieden geben. Ich glaube aber, daß es besser ist, sich Mühe zu geben, genau hinzugucken und die Mittel genau und zielsicher zu verteilen, als wie Sie zu sagen: kein Bedarf, kein Bedarf, kein Bedarf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Eine völlige Streichung dieser Mittel konnte also abgewendet werden.

Auch bei der **Landeszentrale für Politische Bildung** ist uns meiner Ansicht nach ein erster Schritt in die richtige Richtung gelungen. Sie werden ihre Einnahmen vollständig selber für Ausgaben verwenden können. Der Etat wird somit teilweise budgetiert. Wir hätten uns auch weitergehende Modelle vorstellen können. Aber das braucht noch ein wenig Zeit. Wichtig war uns Grünen, daß der Topf der Landeszentrale, aus dem andere Verbände und Vereine Zuschüsse für politisch bildende Veranstaltungen bekommen können, wieder aufgefüllt wird. Für diese Projekte stehen dann immerhin 15 000 DM zur Verfügung. Auch das ist nur ein kleiner Tropfen, aber ich denke, besser als nichts.

Für die **Hochschulen** sind unserer Fraktion in gemeinsamen Anstrengungen ebenfalls Nachbesserungen gelungen. Aus grüner Sicht hätte ich mir zum Beispiel für die Fachhochschule Kiel noch deutlichere Entlastungen gewünscht. Alle Hoffnungen richten sich nun auf die laufende Hochschulentwicklungsplanung.

Als verantwortliche Politikerinnen und Politiker sollten wir aber auch deutlich machen, wo wir Profilbildungen wünschen. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt beispielsweise daran, daß an der Universität Kiel

ein Institut für **ökologischen Landbau** entsteht. Um dieses Anliegen zu unterstreichen, stellen wir gemeinsam mit der SPD den Antrag, die Betriebsleiterstelle für den Lindhof zu entsperren und damit die Rückführung dieses Versuchsgutes in eine ökologische Wirtschaftsweise zu unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Im Schulkapitel werden erstmals Mittel für die von uns beschlossene Arbeitskommission bereitgestellt. Damit können die ersten Schritte zur Neubestimmung der Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer unternommen werden. Ein problematischer Punkt im Schulhaushalt sind die Stundengebermittel; ich habe das vorhin schon gesagt. Die sollen dazu dienen, den **Unterrichtsausfall** an den Schulen zu mindern. Wir konnten uns mit unserem Anliegen, diese Mittel wieder aufzustocken, nicht durchsetzen. Wir befürchten, daß diese Mittel aufgrund weiterer Steuerausfälle im Herbst 1997 wieder den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. Wir werden den Unterrichtsausfall an Schulen auch im nächsten Jahr nicht kleinreden, sondern im Rahmen der von uns geforderten Schulautonomie thematisieren. Es ist unser Ziel, daß die Stundengebermittel mit in das Budget der einzelnen Schulen eingerechnet werden.

Es ist der erste Landeshaushalt, an dem wir Bündnisgrünen mitgewirkt haben. Wir haben dabei mindestens in Ansätzen gezeigt, daß wir uns der drängenden Notwendigkeit einer Steuerreform stellen. Diesen Weg werden wir weitergehen, auch wenn dies schmerzhaft Einschnitte zur Folge haben wird. Nur so wird es aber möglich sein, wieder zu mehr Bewegungsspielraum zu kommen und unsere Pflichtaufgaben wie die Sicherung des Bildungsangebotes im notwendigen Umfang zu erfüllen, wenn uns Ihre Freunde in der Regierungskoalition in Bonn nicht wieder einmal einen Strich durch die Rechnung machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Investitionen in Bildung und Wissenschaft sind heute mehr denn je die wichtigsten Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf von der SPD: Ach ja?)

Mehr als früher hängt der Wohlstand unserer Gesellschaft von den Fähigkeiten, den Lebenseinstellungen und den Kenntnissen ab, die ein anspruchsvolles Bildungssystem in den Köpfen der Menschen entwickeln kann und in Zukunft noch mehr als bisher entwickeln muß. Qualifizierte Bildung und Ausbildung entscheiden über die Lebenschancen jedes einzelnen. Von den 4,6 Millionen Arbeitslosen in Deutschland verfügt etwa jeder zweite über eine nur geringe oder gar keine Ausbildungsqualifikation. Jeder dritte einfache Arbeitsplatz, insgesamt rund 4 Millionen Stellen, sind in den letzten beiden Jahrzehnten eingespart worden. Der Anteil dieser einfachen Arbeitsplätze liegt heute bei 20 %, und Fachleute sagen voraus, daß dieser Anteil bis zum Jahre 2010 auf 10 % absinken, sich also noch einmal halbieren wird.

Daraus wird eines deutlich: Nur durch die Vermittlung eines hohen **Qualifikationsniveaus** und durch Förderung von Spitzenleistungen und Höchstleistungen in allen Lebensbereichen werden wir in der Lage sein, das bedrückende Arbeitsplatzproblem zu lösen. Nur so wird es auch eine neue Wertschöpfung in unserem Land geben, die dann noch Spielräume für soziale Umverteilung zugunsten der Schwächeren bietet.

Aus all dem ergibt sich der unbestreitbare politische Vorrang für neue, für zusätzliche Bildungsinvestitionen. Wie reagieren die verantwortlichen Regierungen in unserem Land auf diese Herausforderung? Auf allen Ebenen wird an der Bildung gespart. Das ist eine verhängnisvolle Fehlentwicklung, und dafür kritisiere ich auch die Bundesregierung in Bonn, die leider denselben Fehler begeht. Aber, meine Damen und Herren, die Hauptlast für diese Verantwortung liegt bei den Ländern, die nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Kulturhoheit haben und daher im Bereich Bildung und Kultur politisch hauptverantwortlich sind. Das ist einer der wenigen originären Kompetenzbereiche, der den Ländern noch verblieben ist.

Die rot-grüne Koalition in Schleswig-Holstein betreibt Bildungsabbau zu Lasten der Zukunft unseres Landes. Auch heute haben wir erlebt - etwa in der Rede von Frau Erdsiek-Rave -, daß auf der einen Seite davon gesprochen wird, den Hochschulausbau weiter voranzutreiben, zwar nicht mehr so schnell wie bisher, aber Sie haben ausdrücklich von „Hochschulausbau“ gesprochen, daß Sie auf der anderen Seite aber fast im

gleichen Atemzug, Frau Erdsiek-Rave, von der Schließung von Studiengängen sprechen. Wie das zusammenpassen soll, vermag niemand aus der Koalition den Bürgern in diesem Land zu erklären.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Denken Sie einmal darüber nach!)

Die Unaufrichtigkeit und Unwahrhaftigkeit,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Na, na! Vorsichtig!)

die hinter solchen Formulierungen stecken, sind es doch, die die Menschen in diesem Land zusätzlich verärgern über das, was politisch in Schleswig-Holstein passiert, Frau Erdsiek-Rave!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie sprechen in Ihrem Koalitionsvertrag davon, daß die Zahl der Studienanfänger in den nächsten Jahren um 30 % steigen wird. Gleichzeitig kündigen Sie den Abbau von Studienangeboten in Schleswig-Holstein an.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Und das, Frau Erdsiek-Rave, obwohl wir bei **Studiengängen** an Universitäten einen Studentenausportsaldo von minus 36 % gegenüber allen anderen Bundesländern aufweisen, das heißt, daß unsere jungen Leute, die an Universitäten studieren wollen, in einem überdurchschnittlichen Maß in andere Bundesländer geschickt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist die Realität, und da wollen Sie auch noch Bildungsangebote in dem Maße, wie Sie das hier ankündigen, wegrasieren. Ich wiederhole: Rot-Grün betreibt Bildungsabbau.

Das gilt auch für den **Schulbereich**. Ich erkenne an, daß Sie endlich 450 neue Lehrerstellen schaffen und eine erste Tranche von 150 Stellen in den Haushalt 1997 einstellen. Als wir im letzten Jahr zum Haushalt 1996 200 neue Stellen beantragt und gegenfinanziert haben, haben Sie, Herr Kollege Rossmann, noch behauptet, das sei nicht möglich. Angesichts des Schülerberges müssen wir mehr junge Lehrkräfte an die Schulen geben. Da könnten Sie mit dem knappen Geld viel mehr an Unterrichtskapazität bereitstellen, wenn Sie statt der teuren Angestellten - im Haushalt müssen 30.000 DM pro Lehrkraft mehr veranschlagt werden -

wieder **Beamte** beschäftigen würden. Was Sie hier an Entbeamtungspolitik in Schleswig-Holstein betreiben, dient doch nur der Profilierung einer als Kanzlerkandidatin schon gescheiterten Ministerpräsidentin.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD: Buh!)

Mit dem gleichen Geld könnte das Land in den Jahren des Schülerberges zusätzliche Lehrkräfte in erheblicher Größenordnung einstellen, um in der Zeit nach 2005, wenn die Schülerzahlen zurückgehen, Jahr für Jahr über kw-Vermerke Lehrerstellen in erheblicher Anzahl wieder einzusparen. Das wäre eine Möglichkeit der Gegenfinanzierung, um später Personalkosten zu vermeiden. Herr Kollege Rossmann, diesen Weg habe ich Ihnen bereits ausführlich in der letzten Wahlperiode dargelegt. Das wäre ein Weg, bei steigenden Schülerzahlen die Probleme an den Schulen besser zu bewältigen, als Sie das auf Kosten der Schüler und auf Kosten der Lehrkräfte machen wollen.

Ein Stichwort dazu: Im letzten Schuljahr sind 29 **Sonderschullehrer** in den Ruhestand gegangen. Von diesen 29 Pensionierungen erfolgten 20 aufgrund von Dienst-, Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit. Diesen älteren Lehrkräften, die in einem ungeheuer schwierigen Beruf extrem gefordert sind, wollen Sie nun durch **Abbau von Altersermäßigung**, durch Mehrarbeit noch mehr abverlangen, etwas aus ihnen herausquetschen. Ich frage Sie - der Kollege Arens weiß das als früherer Sonderschulkonrektor zu beurteilen -, ob das wirklich der richtig Weg ist oder ob die Sozialdemokraten hier nicht einen auch sozial ungerechten und politisch verhängnisvollen Weg gehen, der im übrigen nur dazu beitragen wird, daß die Zahl der Frühpensionierungen weiter steigt. Das wäre dann auch in finanzieller Hinsicht eine Milch-Ministerin-Rechnung. Das werden Sie noch erleben.

(Unruhe)

In der Personalpolitik, bei der Einstellung von teuren Angestellten betreibt diese Koalition indirekt ebenso Bildungsabbau, wie sie es direkt macht mit neuen Lehrplänen und anderen Pseudoreformen, durch die das Qualitätsniveau an den Schulen im Lande gesenkt wird. Schulen brauchen junge Lehrer, sie brauchen anspruchsvolle Lehrinhalte, sie brauchen ein höheres Leistungsprofil und eine Ausstattung, die den Anforderungen unserer Zeit genügt. Der Umgang mit den modernen **Informations- und Kommunikationstechnologien** ist ein

Handwerkszeug, das schon heute praktisch in jedem Berufsfeld eine unabdingbare Voraussetzung darstellt. Wenn mittlerweile in diesem Lande jede vierte Schule dank privater Spenden und dank der Initiative der Bundesregierung „Schulen ans Netz“ über einen ISDN-Zugang zu internationalen Datennetzen und über eine entsprechende Grundausstattung verfügt, kann das nur ein Anfang sein - jede vierte Schule hat heute eine solche Anbindung.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist schon mal etwas!)

Wir danken den privaten Sponsoren, deren Einsatz wir nicht gering erachten wollen. Aber es ist doch nicht nur eine bildungspolitische, sondern auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe, allen Schülerinnen und Schülern den Zugang zu den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu eröffnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch Sie wissen doch, daß nur 40 % aller privaten Haushalte über einen PC verfügen. Sie als Sozialdemokraten müßten doch am besten wissen, welche sozialen Schichten von einem Zugang zu der neuen Technik und damit auch zu ihren beruflichen Anwendungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden, wenn nicht auch der Staat für eine angemessene Grundversorgung Sorge trägt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Kollege Rossmann, ich finde es nicht sozialdemokratisch, sondern ich finde es schäbig, wenn Sie sich darüber lustig machen und es lächerlich finden, wenn wir ein Investitionsprogramm von über 10 Millionen DM Landesmitteln beantragen, das darauf ausgerichtet ist, eine flächendeckende Versorgung der Schulen mit dieser neuen Technik zu erreichen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das ist keine Mißachtung privater Sponsoren, sondern das ist die Antwort auf eine gesellschaftspolitische Herausforderung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben Vorschläge zur Gegenfinanzierung unterbreitet, wir haben eine Fülle von Streichungsanträgen beispielsweise zum Etat des Umweltministers vorgelegt. Das finden Sie natürlich nicht richtig.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt da doch einen gewissen Herrn Piecyk - oder habe ich das falsch gelesen? -, der vor ein paar Tagen genau dasselbe vorgeschlagen hat wie wir, nämlich in übermäßig ausgestattete Ansätze des Umweltministeriums hineinzugehen und da Geld lockerzumachen, um es in andere Bereiche zu schieben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott, wer ist denn Piecyk?)

Herrn Piecyk möchte ich ausdrücklich von der Kritik an den Sozialdemokraten ausnehmen, weil er nämlich erkannt hat, daß es in diesen Zeiten um politische Prioritätensetzung geht und daß wir es uns nicht mehr leisten können, jedes Schickimicki von der Eine-Welt-Politik über alle möglichen Beauftragten, Kommissionen und sonst etwas zu finanzieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das haben Sie ja in Teilen sogar selber erkannt. Wenn die Ministerpräsidentin noch in der vorletzten Landtagstagung in die Bütt geht und in einem Redebeitrag die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeauftragten in der Staatskanzlei begründet und verteidigt und ein paar Tage später, als ein neues Haushaltsloch da ist, Sie das selber wieder einsammeln,

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

dann zeigt das, wie Sie mit politischer Prioritätensetzung in diesem Hause umgehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Meine Damen und Herren, die amtierende Landesregierung geht schnurstracks einen Weg weiter, der zur Verschlechterung der Zukunftschancen für junge Menschen in diesem Lande führt. Mein Fazit

lautet deshalb: Im Bildungsbereich, wo die Sozialdemokraten in Kiel die Hauptverantwortung tragen, wird dieses Land von politischen Versagern regiert. Vor diese rot-grüne bildungspolitische Bauruine gehört ein Warnschild: Bildungsabbau verboten, Kinder haften für ihre Eltern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen, daß im Schulbereich bei diesem Haushalt einfach nicht viel mehr drin war. Auch der SSW wünscht sich dringend mehr Lehrerinnen und Lehrer. Das liegt zum einen an unseren allgemeinen bildungspolitischen Zielen, zum anderen werden gerade die **dänischen Schulen** besonders hart getroffen, wenn der Klassenquotient steigt und die Bildungsausgaben an den öffentlichen Schulen allgemein sinken. Darum werde ich mich beim Antrag der SPD zum Haushaltsgesetz, wo es um die Änderung des Schulgesetzes geht, der Stimme enthalten. Ich bin nämlich der Meinung, daß da noch Verhandlungsbedarf besteht. Ich werde an dieser Stelle Einzelabstimmung beantragen.

Doch zurück zu den Schulen! Die CDU-Lösung, einfach wieder auf Beamte umzusteigen, halten wir für viel zu kurz gegriffen. Unserer Ansicht nach ist mehr Autonomie im Schulwesen ein vielversprechender Ansatz, um wieder mehr Luft zu bekommen. Die Schulen müssen selbst Wege finden können, um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Lieber Kollege Klug, ich bin nicht der Meinung, daß EDV-Ausstattung und Internet als Allheilmittel eingesetzt werden können. Mein Schulalltag hat mir andere Erfahrungen gebracht. Ich habe an einer Schule gearbeitet, die eigentlich ganz gut ausgestattet war.

Im Zusammenhang mit den Schulen ist positiv, daß die Mittel für die Landeschülervertretung stabil gehalten worden sind. Ich bin zuversichtlich, daß wir in Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern zu einer Einigung kommen werden, wie diese Mittel am sinnvollsten zur Verfügung gestellt und verwaltet werden.

Wir begrüßen daher ausdrücklich, daß für die Landeszentrale für Politische Bildung die finanzielle Eigenständigkeit erweitert worden ist.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie, Frau Abgeordnete! - Ich bitte noch einmal um etwas mehr Ruhe. - Sie haben weiter das Wort, Frau Abgeordnete.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Mit Bedauern habe ich registriert, daß auch in diesem Jahr weitere Einsparungen bei den Wohnheimen und Wohnungen für Studierende getätigt worden sind. Dies bedeutet mittelbar eine zusätzliche Belastung für die Studierenden, die durch die neue Sozialversicherungspflicht, enge BAföG-Grenzen und so weiter ohnehin schon hart genug getroffen sind. Wenn wir wirklich Geld sparen wollen, sollten wir es den Studierenden leichter und nicht schwieriger machen. Teure Wohnungen helfen kaum, die Studienzeiten zu verkürzen. Außerdem wirkt sich der Bau von Wohnheimen und von Jugendwohnungen generell günstig auf den Wohnungsmarkt aus. Mit den Kürzungen von 500.000 DM auf 300.000 DM innerhalb der Haushaltsberatungen für 1996 und dem weiteren Senken auf 200.000 DM in 1997 gibt das Land ein falsches Signal.

Auch wenn manche CDU-Abgeordnete aus dem Landesteil Schleswig begriffen haben, wie wichtig die BU Flensburg für die Region ist, das aber bei der gesamten CDU-Landtagsfraktion noch nicht so zu sein scheint, muß ich ein bißchen weiter ausholen. Das Institut für Zeit- und Regionalgeschichte einfach an die CAU in Kiel zu verlegen, ist ein merkwürdiges Ansinnen.

(Sabine Schröder [SPD]: Das muß man schon sagen!)

Merkwürdig ist auch die Streichung der Frauenforschung.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Frau Volquartz, ich habe den Änderungsantrag der CDU noch nicht gesehen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Der kommt!)

Ich wäre vielleicht grundsätzlich geneigt, ihm zuzustimmen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hört, hört!)

Ich habe auch den Aufruf der BU Flensburg unterzeichnet.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hört, hört!)

Aber ich muß sagen: Das hat für mich etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun. Ich kann einem solchen Antrag nicht aus dem hohlen Bauch zustimmen.

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Er liegt auf dem Tisch!)

Wenn ich mir den Rest Ihrer Gegenfinanzierung angucke, meine ich, daß das kein ernstgemeinter Antrag sein kann.

(Angelika Volquartz [CDU]: Sie suchen nur eine Ausrede! Sonst könnten Sie dem zustimmen!)

Wir müßten gemeinsam Wege finden, die Universität in Flensburg für die Zukunft abzusichern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Angelika Volquartz [CDU]: Das kostet Geld!)

Vizepräsident Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen!

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Frau Präsidentin!)

- Oh, Entschuldigung! Das kann ich gar nicht wieder gutmachen. Das kostet wirklich richtig etwas in die Chauvi-Kasse.

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Das Jahr 1997 wird das Jahr der Weichenstellungen für die **Hochschulstrukturreform** sein. Die Arbeitsgruppen

sind gebildet. Sie haben ihre Arbeit aufgenommen. Sie haben die nicht einfache Aufgabe, in schwierigen Zeiten ein modernes, den Anforderungen und den finanziellen Möglichkeiten entsprechendes Angebot zu konzipieren.

Die Opposition - so habe ich wahrgenommen - hat sich für dieses Unternehmen schon munitioniert. Insgesamt sagt man, „ja, ja, Hochschulstrukturreform“, aber von der F.D.P. hört man nur, „mehr Geld“ und der Status quo solle erhalten bleiben. Die Vokabeln sind schon wie Stanzen geformt: Bildungskahlschlag, Bildungsabbau, Hochschulabbau, Ruinen. Das haben wir schon beim letzten Mal gehört.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mittlerweile ist es eingetreten!)

Bei allem Verständnis für kräftige Worte der Opposition: Wenn dabei ein bißchen Realitätssinn und nicht nur Opportunismus und Populismus wäre und wenn dabei der Wunsch wäre, diese zweifellos schwierigen Zeiten durch konstruktive Alternativen zu beleben, hätten wir gute Ergebnisse. So allerdings klinkt sich die Opposition aus einem konstruktiven Dialog aus.

(Beifall bei der SPD)

Bildung hat für das Land Schleswig-Holstein Priorität, auch wenn die Mittel enorm knapp sind.

Wir haben im gesamten Landeshaushalt ein Minus von 1,8 %. Der Schulhaushalt steigt im selben Zeitraum um 3 % an. Wir werden vom 1. August 1997 an 150 zusätzliche, neue Lehrkräfte an den Schulen haben. Um das Unterrichtsniveau hoch zu halten und auf einem hohen qualitativen Niveau zu arbeiten, werden und müssen wir von den Lehrkräften Opfer erwarten. Zu diesem Teil kommt von Ihnen, verehrte Opposition, nur warme Luft beziehungsweise Ablehnung.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die CDU fordert 40 zusätzliche Planstellen. - Frau Volquartz, wenn Sie so freundlich wären und mir Ihre Aufmerksamkeit schenken - -

(Angelika Volquartz [CDU]: Gern! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wofür?)

- Das ist doch nett!

150 neue Stellen plus 40 neue Stellen macht 190.

(Angelika Volquartz [CDU]: Richtig!)

Vom 1. August 1997 an brauchen wir darüber hinaus aber 250 **Stellen**; insgesamt rund 450 Stellen..

Unser Vorschlag zur Deckung dieses Bedarfes liegt auf dem Tisch; den lehnen Sie ab.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

- Nein, Ihr Vorschlag liegt nicht auf dem Tisch. Sie lehnen ab. Kommen Sie hierher und sagen Sie, wie Sie die fehlenden zusätzlichen 250 Planstellen zum 1. August 1997 aufbringen wollen!

Wir haben dazu einen schmerzhaften Vorschlag gemacht, der Opfer von den Lehrkräften fordert. Er ist in der Diskussion. Sie sagen nein dazu. Ihr Nein bedeutet, daß der Unterricht der Schülerinnen und Schüler vom 1. August 1997 an nach Ihrem Vorschlag um 1 % gekürzt werden müßte, sich nämlich um 250 Planstellen verschlechtern müßte.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Konsequenz Ihrer Politik.

Wir sagen nein zu dieser Politik. Genauso sagen wir nein zu den Vorschlägen des Landes Bayern, das Sie uns hier in wunderbaren Farben und als leuchtendes Beispiel dargestellt haben. Bayern hat einen Klassenteiler von 33 Kindern. Ich sage Ihnen: Diesen bayerischen Weg wird die Landesregierung in Schleswig-Holstein nicht gehen.

(Beifall bei der SPD - Angelika Volquartz [CDU]: Die Klassengrößen haben Sie heute längst!)

Die CDU des Landes will diesen Weg offensichtlich gehen, wir nicht.

Der Herr Zehetmair hat in seinem bayerischen Landesetat an zusätzlichen Planstellen für Lehrkräfte null. Diesen bayerischen Weg werden wir - mit Verlaub - nicht gehen. Wir werden in diesem Jahr 150 zusätzliche Planstellen finanzieren, in den kommenden Jahren insgesamt die 450 Planstellen plus 108 Stellen, die vor den Vorschulen kommen und nicht einbezogen werden.

Wir haben ein komplettes Konzept für die Unterrichtsversorgung für die nächsten vier Jahre. Sie

haben zur Antwort nur „so nicht“ und „nicht so“. Dieses „so nicht“ und „nicht so“ reicht nicht aus. Nein sagen reicht nicht aus, weil nein sagen bedeutet, daß die Schüler die Zeche zu bezahlen haben. Ich sage: Mit mir nicht.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Mit mir gibt es aber ein Konzept, das den Haushalt bis an die Grenzen seiner Belastung anspannt und von den Lehrkräften bis an die Grenzen ihrer Belastung Opfer fordern wird. Wir sind dabei, mit den Lehrkräften über die Ausgestaltung der 750 Planstellen, die wir von den Lehrkräften brauchen, zu sprechen.

Mein nächster Punkt betrifft die Kulturpolitik. Wir haben hier leider eine Kürzung zu verzeichnen, und zwar von minus 0,61 %. Das ist bedauerlich, liegt aber erfreulicherweise unter dem Minus des Gesamthaushalts. Wir werden in dem, was in der Zukunft auf uns zukommen wird, nachdem sich die öffentlichen Finanzen - jedenfalls nach dem, was wir in den Zeitungen lesen - auf Bundesebene offensichtlich im freien Fall nach unten bewegen, aufpassen müssen, daß die Kulturpolitik, die für die Menschen und als Standortfaktor für unser Land bedeutsam ist, ihren hohen Rang behält

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

und nicht unter die finanzpolitische Dampfwalze gerät.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Das ist uns im Jahr 1997 gelungen. Wir werden gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, daß dies auch in der Zukunft weiter so bleiben wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gibt es weitere Wortmeldungen zu dem Bereich Bildung? - Das ist nicht der Fall.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dann rufe ich jetzt den Bereich „Arbeitsmarkt und Wirtschaft“ auf. Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Wirtschaftsministers zeigt die Konzeptionslosigkeit dieser Landesregierung bei der Lösung von Zukunftsaufgaben in einer kritischen Haushaltssituation.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine Schwerpunktbildung findet nicht statt, die Mittel für Investitionen werden zurückgefahren, die Chancen für eine wachstumsorientierte und beschäftigungsfördernde Mittelverwendung werden nicht wahrgenommen. Die Ausgabenpolitik erinnert an „Gärtners Gießkanne“. Die Mittel fließen nicht zielgerichtet, es wird nicht geprüft, welche Vorhaben die besten Wachstumschancen haben. Die Ansätze sind vielmehr so gewählt, daß jeder etwas erhält, die konsumorientierte rot-grüne Klientel bedient wird und eine kritische Auseinandersetzung unterbleibt. Keine Position ist so ausgestattet, daß ergebnisorientiert Wachstumsimpulse zu erwarten wären.

Die CDU hat demgegenüber auch im Haushalt des Wirtschaftsministers konkrete Vorschläge für vertretbare Einsparungen gemacht, und sie verbessert die Ansätze in wichtigen Positionen. Der Kollege Neugebauer hat sich inzwischen presseöffentlich mit unseren Anträgen auseinandergesetzt

(Holger Astrup [SPD]: Völlig zu Recht!)

und sie - wie er formuliert - interessante Vorschläge genannt. Seine Behauptung allerdings, daß die Gegenfinanzierung unseriös sei, zeigt, daß er sich nicht hinreichend mit unseren Vorschlägen auseinandergesetzt hat. Die positive Grundaussage läßt uns wenigstens hoffen, daß die SPD unseren zentralen Anträgen, nämlich einer Erhöhung der Werftenhilfe im Wettbewerbshilfeprogramm und den Ausgaben für den Straßen- und Radwegebau, zustimmen wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir setzen - anders als die Regierung bisher - bewußt auf Wirtschaftsförderung und nicht auf Umverteilung in Beschäftigungsinitiativen.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf Subvention!)

Die Unterstellung, die CDU kürze bei der Wirtschaftsförderung und bei der Ausbildung von Jugendlichen, ist unrichtig.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wenn sich Herr Kollege Neugebauer unsere Anträge richtig angesehen hätte, wäre ihm klar geworden, daß die **wirkliche Wirtschaftsförderung** nicht gekürzt wird. Wir führen vielmehr die Gutachten und Subventionen im weitesten Sinne zurück, wie es auch der Landesrechnungshof in seinen Berichten immer wieder gefordert hat. Statt konsumtiver Ausgaben wollen wir einen **investitionsfördernden Einsatz der Haushaltsmittel**.

Wirkliche Wirtschaftsförderung liegt zum Beispiel in der Verstärkung des **Straßenbaus** und der Straßenerhaltung, wofür die CDU zusätzlich 5 Millionen DM vorgesehen hat. Die Landesregierung plant demgegenüber beim Straßen- und Radwegebau den kontinuierlichen Ausstieg, der ja auch auf der Linie rot-grüner Politik liegt. So sind die Mittel von nahezu 50 Millionen DM in 1990 über 35,6 Millionen DM in 1993 auf 33 Millionen DM im vergangenen Jahr und auf 31,2 Millionen DM für 1997 zurückgefahren worden. Auch der Wirtschaftsminister weiß, daß mit 10 Millionen DM für Infrastruktur-Investitionen mehr als 120 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft sowie in den vor- und nachgelagerten Bereichen gesichert würden. Wer also bei diesen Mitteln spart, nimmt bewußt den Abbau von Arbeitsplätzen in Kauf. Wer im Straßenbau kürzt, übersieht auch die sekundären Beschäftigungseffekte für die Folgeinvestitionen in den besser erschlossenen Regionen. Wer Haushaltspolitik so bestreitet, handelt kurzsichtig, um nicht zu sagen unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung wird sonst nicht müde zu betonen, wie wichtig die Bauwirtschaft für den konjunkturellen Aufschwung in unserem Land ist. Sie selbst entzieht ihr mit diesen Haushaltsansätzen aber Aufträge, vernichtet damit Arbeitsplätze und ist so mitverantwortlich, wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung unterbleibt. Im übrigen hat Herr Neugebauer bei seiner Kritik, die CDU würde bei der Wirtschaftsförderung kürzen, wohl übersehen, daß die SPD zumindest ein Wirtschaftsförderungsprogramm, nämlich das Projekt zur Einführung von Informations- und Kommunikationstechniken gänzlich auf Null setzt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Die Wirtschaftsförderungsmittel von 500 000 DM werden kurzerhand gestrichen, Herr Neugebauer.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Vielleicht ist das auch ein Zeichen für die angebliche Fortschrittspartei und ein Zeichen dafür, wie ernst Sie es mit den neuen Informations- und Kommunikationsmitteln nehmen.

(Zuruf von der SPD)

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir im Wettbewerbshilfeprogramm für die **Werften**. Wir beantragen, die Mittel dort um 5 Millionen DM zu erhöhen, und zwar ausgehend vom ursprünglichen Ansatz. Die Regierung sieht statt dessen eine weitere Kürzung um etwa 1 Million DM vor. Der Wirtschaftsminister hat bereits im Sommer 1996 die Gegenfinanzierung eines Teils der Aufstockung der Werftenhilfe abgelehnt. Er bringt diese Ablehnung kurzsichtig, aber konsequent in den Haushalt ein. Die Gesamtaufstockung durch den Bund hat insgesamt 60 Millionen DM betragen; Herr Steinbrück verzichtet großzügig auf 7,5 Millionen DM für Schleswig-Holstein. Er tut dies mit dem Hinweis, er mache den Subventionswettkampf nicht mehr mit. Alle anderen Bundesländer haben die Chance ergriffen und nutzen die **Wettbewerbshilfe** vollständig aus.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter. Darf ich noch einmal um etwas mehr Ruhe bitten. Das gilt auch für das Geburtstagskind.

Martin Kayenburg [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Da es Schleswig-Holstein so gut geht, verzichtet der Wirtschaftsminister großzügig auf 50 % Zuzahlung durch den Bund; denn - damit das nachher keine Rechnerei gibt - bei einer Erhöhung der Wettbewerbshilfe von 5 Millionen DM würde der Bund 2,5 Millionen DM dazuzahlen. Auch wir haben Bedenken - das will ich gern unterstreichen - gegen Dauersubventionen, sind aber bereit, aus Gründen der

Wettbewerbsneutralität wie auch im übrigen bei Anschubfinanzierungen Ausnahmen zuzulassen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ausnahmen?)

Im übrigen übersieht der Wirtschaftsminister bei diesem Verzicht offenbar, daß bei mangelhafter Wettbewerbsfähigkeit der Werften, Herr Hentschel, weitere Arbeitsplätze gefährdet sind. Die Akquisition von Aufträgen für die Werften wird deutlich schwieriger, mit diesem Verzicht wird eine ganze Branche geschwächt. Außerdem werden Nachteile für die nachgelagerten Betriebe, das heißt für die Zuliefererindustrien, bewirkt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sollen die anderen Wirtschaftszweige sagen?)

Von den schleswig-holsteinischen Werften werden immerhin - und das geht dann auch andere Wirtschaftszweige an, Herr Hentschel - über eine Milliarde DM an Aufträgen an Zulieferer in der Bundesrepublik vergeben, davon nahezu die Hälfte an Zulieferer in Schleswig-Holstein. Beteiligt sind in unserem Lande mehr als 700 Unternehmen. Die Aufträge werden im wesentlichen von kleineren und mittleren Betrieben wahrgenommen. Herr Hentschel, es hat in der Tat mit den Subventionen für die Werftenhilfe zu tun, daß 700 Unternehmen im Lande gesicherte Arbeit aus dem Werftenbudget haben. Die Wettbewerbshilfe wirkt sich somit auch positiv auf die konjunkturelle Situation im ganzen Lande aus.

Die Landesregierung setzt statt dessen Mittel für Kongresse ein, die sich mit umweltverträglichen Wirtschaften befassen, aber keine Wachstumsimpulse bringen. Sie fördert Sachverständige, die **Gutachten** zu Innovationsstrukturen in kleineren Unternehmen erstellen sollen. Sie stellt Mittel für eine Qualitätssicherung in der Weiterbildung nach DIN ISO 9000 zur Verfügung. Das sind Maßnahmen, die nicht vordringlich sind, dort hätte man sparen können. Unbestritten, auch diese Maßnahmen können der Wirtschaftsförderung dienen. Die Frage ist aber, ob das nicht Maßnahmen sind, die von den Unternehmen selbst geleistet werden können.

Die Landesregierung hat darüber hinaus Gelder für Weiterbildungsmakler vorgesehen, deren Notwendigkeit nicht nachgewiesen wird, sie zahlt für ein Modellprojekt „Regionaler Einsatz von Multimediasystemen in der Weiterbildung“, das von

der Wirtschaft nicht nachgefragt wird. Es fließen immerhin 160 000 DM in ein Projekt „Integration der Weiterbildungsdatenbank Kurs PC in das auf dem Internet basierenden öffentlichen Dienstleistungsangebot des Landes“, dessen Notwendigkeit ebenfalls nicht nachgewiesen wird. Zu hinterfragen ist auch die Vielzahl von Förderungen an die Berufsbildungswerke und Kammern, die aufgabenorientiert von den Trägern selbst zu finanzieren wären. Eine Vielzahl von Projekten wird gefördert, die zum Teil Konkurrenz zu mittelständischen Unternehmen darstellen, zum Beispiel bei Betriebsberatung und Betreuung von kleineren und mittelständischen Unternehmen. Es ist Geld für ein Projekt „Beschäftigungseffekte von Existenzgründungen“ vorhanden, dessen Ziel es ist, die arbeitsmarktrelevanten Effekte von Existenzgründungen mit Berücksichtigung der vorherigen Situation der Existenzgründer darzustellen. Wer für solche, eher **theoretischen Projekte** Geld hat, handelt in der Tat an den Aufgaben vorbei. Ich will nicht die weiteren Mittel, die in Beratungs- und Koordinierungsstellen fließen, aufzählen, zum Beispiel für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die ohnehin schon durch staatliche Mittel gefördert werden. Diese Qualifizierungsgesellschaft soll wiederum eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft beraten. Es mag sein, daß man solch einen Unsinn nachvollziehen kann, wir jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU)

Diese Projekte ziehen sich durch den ganzen Haushalt, und eine vorgängige Bewertung und Überprüfung der Notwendigkeit dieser Aufgaben, eine Aufgabenanalyse, ist nicht zu erkennen. Das ist wohl auch bei dem rot-grünen Gießkannenprinzip nicht zu erwarten. Eine nachträgliche Effizienzanalyse scheint aber auch nicht geplant zu sein.

Vielleicht sollte der Wirtschaftsminister selbst an dem kürzlich ausgeschriebenen Seminar des RKW zum „integrativen Veränderungsmanagement“ teilnehmen

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das RKW wollen Sie doch streichen!)

- nun warten Sie doch einmal ab, Herr Hentschel -, in dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand eines Erfahrungsberichts einer erfolgreichen und auch folgenreichen Unternehmensentwicklung einen praxisnahen Einblick in das Veränderungsmanagement

erhalten und Wege der Problembewältigung kennenlernen sollen - natürlich staatlich gefördert.

Auch für so etwas ist Geld da, jedoch nicht für den Straßenbau, nicht für den Radwegebau.

Wer Mittel in einem Haushalt, der auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein sollte, für derart unproduktive Maßnahmen einsetzt, wer Mittel statt in Investitionen in den Konsum lenkt, der hat entweder den Ernst der Situation nicht erkannt oder mußte die bessere Einsicht - das vermute ich - auf dem rot-grünen Koalitionsaltar opfern.

Wir fordern Sie auf, diese Mittelverschwendung aufzugeben, die richtigen Schwerpunkte zu setzen, unsere Kürzungsvorschläge zu akzeptieren und den zusätzlichen Mitteleinsatz für die Werftindustrie und für den Straßenbau zu akzeptieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Globalisierung ist das Schlagwort, aber auch das Angstwort unserer Zeit geworden. High-Tech-Kommunikation, niedrige Transportkosten und grenzenloser Freihandel lassen die ganze Welt zu einem einzigen Markt verschmelzen. Das schafft harte globale Konkurrenz auch auf dem Arbeitsmarkt. Die Wirtschaft droht, Arbeitsplätze werden nur noch im billigeren Ausland geschaffen. Weltweit spielen über 40 000 transnationale Unternehmen aller Größenordnungen ihre Beschäftigten ebenso wie die Staaten gegeneinander aus.

40 % Steuern auf Kapitalerträge in Deutschland - viel zuviel; Irland gibt sich mit 10 % zufrieden. 45 DM für eine Facharbeiterstunde - viel zu teuer; die Briten arbeiten für weniger als die Hälfte. Nur 33 % Investitionszulage für neue Fabriken in Italien - viel zuwenig; in Ostdeutschland legt der Staat gern 87 % dazu.

Gewinne werden nur noch in den Ländern ausgewiesen, in denen der Steuersatz auch wirklich niedrig ist. Börsenkurse und Konzerngewinne steigen mit zweistelligen Raten, während Löhne und Gehälter sinken. Gleichzeitig wächst die Arbeitslosigkeit parallel mit den Defiziten der öffentlichen Haushalte.

Demokratische Politiker müssen daher auf den sozialen Ausgleich dringen und die Freiheit des einzelnen zugunsten des Gemeinwohls beschneiden. Gleichzeitig bedarf aber die Marktökonomie unbedingt der unternehmerischen Freiheit, wenn sie vorankommen soll.

Erst die Aussicht auf den individuellen Gewinn setzt jene Kräfte frei, die durch Innovationen und Investitionen neue Reichtümer schaffen. Zwischen diesen beiden Polen ist die Balance zu finden.

Die Landesregierung hat diese Problematik - im Gegensatz zur Bundesregierung, bei der das Desaster nicht mehr zu überbieten ist - erkannt und seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte entsprechend angepackt. Sie hat die wirtschaftsnahe Infrastruktur und den Technologiestandort Schleswig-Holstein ausgebaut.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja?)

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes hat sich seit 1992 relativ besser entwickelt als sonst in den alten Bundesländern. Wir lagen 1995 bei 2,2 %, die anderen bei 1,6 %. Im Jahre 1996 betrug das Wachstum - so die vorläufigen Zahlen - 1,3 %. Schleswig-Holstein liegt damit genau im Schnitt der alten Bundesländer.

Die Steuerkraft je Einwohner hat sich in Schleswig-Holstein seit 1988 ebenfalls positiv entwickelt, und zwar von 88,1 % im Jahre 1988 auf 102,5 % im Jahre 1995. Die Bundesregierung bescheinigt uns in der Antwort auf eine Kleine Anfrage, daß Schleswig-Holstein eine gute unternehmerische Entwicklung, überdurchschnittlich viele Existenzgründungen und eine positive Arbeitsmarktentwicklung aufweist.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

In diesem Sinne werden wir weitermachen und mit einer Innovations-, einer Existenzgründungs- und einer Technologieoffensive die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Was fällt nun der Opposition zu diesem ganzen Thema ein?

(Holger Astrup [SPD]: Nichts!)

- Sie kürzt bei der Wirtschaftsförderung.

Aber Sie befassen sich natürlich auch mit der großen Politik. Nehmen wir die **Werftenhilfe!** Hier fordern Sie das Land auf, die Versäumnisse des Bundes zu korrigieren. Im Vergleich zum letzten Jahr hat der Bund seine Aufgaben in diesem Bereich um 30 % oder um 178 Millionen DM reduziert. Außerdem ist damit zu rechnen, daß im Zuge des Haushaltsvollzuges 1997 auch die Finanzbeiträge an die Seeschifffahrt auf Null gestellt werden. Dann verringert sich die Förderung in einem Jahr um rund 218 Millionen DM oder um 37 %.

Schleswig-Holstein wird 30 Millionen DM zur Verfügung stellen, der Bund läppische 15 Millionen DM.

Wer vom Land angesichts der angespannten Haushaltslage einen höheren Beitrag verlangt, der sollte vorher seinen entsprechenden Protest beim Bund vortragen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Für mich ist überhaupt nicht verständlich, daß Sie bei der beruflichen Bildung in der Wirtschaft gleich 700 000 DM sparen wollen. Wo bleibt da Ihre Verantwortung allein gegenüber den vielen betroffenen Jugendlichen, den vielen Menschen, die nur durch eine weitere Qualifizierung eine Chance auf den Arbeitsplatz erhalten?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Großzügig verzichten Sie bei Ihrer Streichaktion auch auf beträchtliche Finanzmittel aus den Kassen der EU.

In diesem Zusammenhang ist es dringend erforderlich, auf die Ausbildungssituation in unserem Land einzugehen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Meldungen über die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt sind alle Akteure wie Wirtschaft, Gewerkschaft und Politik gefordert.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ausbildung ist der wichtigste Standortfaktor in einem rohstoffarmen Land. Die Wirtschaft hat dem Bundeskanzler eine Lehrstellenzusage gegeben und nicht eingehalten. Die jungen Menschen haben aber

einen Anspruch auf eine qualifizierte Berufsausbildung, und die Wirtschaft hat eine Ausbildungsverpflichtung.

Zukünftig müssen wir in unserem Land weit mehr Ausbildungsverträge als im vergangenen Jahr abschließen. Das schleswig-holsteinische „Bündnis für Ausbildung 1997“ ist eine wichtige Voraussetzung dafür, die Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein ausbildungsfreundlich zu gestalten.

Auch bei der Modernisierung und der Ausstattung der Weiterbildungsstätten von Organisationen der Wirtschaft streichen Sie ohne Probleme 100 000 DM. Ich wünsche Ihnen heute schon viel Spaß, wenn Sie das bei den betroffenen Handwerkskammern oder bei der Wirtschaftsakademie werden vertreten müssen.

Ganz zornig macht mich, wie Sie eiskalt lächelnd ein mühsam erreichtes Stück Frauenpolitik kaputt machen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Den Titel „Frauenspezifische Beratung“ bei der I-Bank streichen Sie knallhart gleich ganz weg. Sie nehmen einfach nicht zur Kenntnis, daß hier bei der I-Bank eine großartige Beratung für die Frauen erfolgt, die dringend nötig ist, so daß dieser Titel im Grunde noch weiter ausgebaut werden müßte.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Nicht nur in Bonn, sondern auch hier in Schleswig-Holstein setzt die CDU den Rotstift kräftig bei der Förderung von **Forschung, Entwicklung und Innovation** zur Stärkung der Wirtschaft an. Völlig gedankenlos werden hier 1,1 Millionen DM einfach weggestrichen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen einmal die Inhalte der Anträge prüfen und dürfen nicht nur die Überschriften lesen!)

Gerade hier liegt ein Schwerpunkt schleswig-holsteinischer Wirtschaftspolitik. In diesem Bereich ist es uns gelungen, unzählige Arbeitsplätze zu schaffen. Doch Ihre Ignoranz übertrifft sich bei der gesamten Streichung des Titels „Zuschüsse für Arbeitnehmerberatung im Bereich moderner Technologien“ und bei Strukturveränderungen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wer hat ihr bloß diese Rede aufgeschrieben?)

Stören Sie sich daran, daß diese Beratungsstellen überwiegend den Gewerkschaften zugehörig sind?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Wollen Sie den Unternehmern erklären: Die Vorbereitung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf die neuen Techniken müßt ihr allein tragen? Wollen Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erklären: Ob ihr mit der rasanten Entwicklung in Forschung und Technik mitkommt, ist uns, der Opposition, völlig gleichgültig?

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Sie müssen einmal Ihre eigenen Haushaltsanträge lesen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen sie erst einmal verstehen, Frau Rodust!)

Dieses Unverständnis Ihnen gegenüber geht weiter, wenn ich mir Ihre Vorschläge zum Thema Landesstraßenbau ansehe. Beim **Straßen- und Wegebau** wollen Sie 5 Millionen DM drauflegen. Einverstanden! Würden wir auch gern!

Nur im Gegensatz zu Ihnen wissen wir nicht, woher wir das Geld nehmen sollen. Ich habe keine seriösen Vorschläge von Ihnen gefunden, die dies möglich machen. Ein Kuchen, der schon einmal verteilt ist, kann nicht noch einmal aufgeschnitten werden.

Zum Thema ÖPNV weise ich nur auf die gerade durchgeführte Anhörung hin. Es war doch wohl von allen Akteuren sehr deutlich zu hören: Wir brauchen noch mehr Geld und keine Streichung. Schade, ich hätte mir von Ihnen mehr erwartet.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Opposition leistet keinen konstruktiven Beitrag, obwohl gerade sie besonders in der Pflicht wäre. Schließlich haben wir einen nicht unerheblichen Teil unserer Finanzmisere Ihren Kolleginnen und Kollegen in Bonn zu verdanken.

Die rot-grüne Koalition in Schleswig-Holstein hat trotz größter finanzieller Probleme einen soliden Wirtschaftshaushalt vorgelegt. Deshalb werden wir bei unseren Vorschlägen auch weiterhin sagen können: Schleswig-Holstein betreibt eine aktive Arbeitsmarktpolitik und hat Erfolg damit. Schleswig-

Holstein ist in der Wirtschaftspolitik erfolgreich, weil wir in eine gute Infrastruktur investieren und nicht mit der Gießkanne über das Land gehen. Wir werden in Schleswig-Holstein unsere seriöse Wirtschaftspolitik fortsetzen.

(Oh! bei der CDU)

Ich bin fest davon überzeugt, wir werden diese Strukturkrise meistern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Bereitschaft der Opposition, die Zukunft des Landes zugunsten ihrer Ideologien zu verkaufen, scheint mir ungebrochen. Daß konservative Parteien in Bonn nur noch aus Parteibeamten bestehen und kaum noch jemanden haben, der etwas von Wirtschaft versteht, haben Sie in 15 Jahren Bonn unverkennbar bewiesen.

Wir kennen das ja aus Bonn: Alles was mit Zukunft zu tun hat, ob Sonnenenergie, ob Ökotechnologien, ob Existenzgründung, ob Risikokredite für kleine Firmen - all das wird plattgemacht.

Mit Schrecken stelle ich fest, daß das gleiche nach Ihrem Wunsch auch noch in Schleswig-Holstein stattfinden soll. Diese Politik spiegelt sich in Ihren Änderungsanträgen in Schleswig-Holstein ungebrochen wieder. Alle Kürzungsvorschläge der Opposition zum Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr gehen einzig und allein zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen. Sie kürzen bei den Existenzgründungsprogrammen. Sie kürzen beim Technologietransfer. Sie kürzen bei der Beratung, Sie kürzen bei den Pilotvorhaben, und Sie kürzen bei der wirtschaftsnahen Forschung.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was lesen Sie da eigentlich vor? Ist das eine Parteizeitung?)

Herr Kayenburg, als Beispiel für ein Programm, das gestrichen worden ist, haben Sie die Informations- und Kommunikationstechnologien genannt. Haben Sie noch nicht mitbekommen, daß dieses Programm jetzt aus

EG-Mitteln finanziert wird. Ich muß sagen: Daß Sie bei der Technologieförderung streichen, ist bei einer Partei, die nicht einmal mit ihrem eigenen Computer umgehen kann, kein Wunder.

Werfe ich dann noch einen interessierten Blick in die wirtschaftsrelevanten Teile des Einzelplanes des Energie- und des Umweltministeriums, dann erfaßt mich angesichts von soviel Dummheit Hilflosigkeit. Wie kann man dieser Opposition denn noch helfen, zu einer relevanten Zukunftsdiskussion zu kommen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gar nicht!
Das machen wir alleine, Herr Hentschel!)

Die CDU möchte doch tatsächlich alles wegstreichen, was mit zukunftsorientierter Öko-Wirtschaft zu tun hat: Betriebliche Abfallkonzepte, Öko-Audit, Förderung für kleine und mittlere Betriebe. Programme für Solarenergie und Biomassenutzung, ökologische Baustoffe und Materialien.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Auch wenn Sie dazwischenreden: All dies sind Sektoren, die für kleine Unternehmen Chancen bieten. All dies sind Zukunftsbereiche, und man hat den Eindruck, gerade deshalb werden sie gestrichen. Denn wenn man sieht, was der Opposition statt dessen einfällt, so gibt es bei ihr nur zwei Worte: Straßenbau und Werftenförderung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und Flughafenausbau!)

Man kann sich über den Sinn der **Werftenförderung** streiten. Aber es ist doch bemerkenswert, daß HDW im letzten Jahr mit 125 Millionen DM Rekordgewinne eingefahren hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wissen Sie auch, woraus? - Martin Kayenburg [CDU]: Können Sie mir auch einmal die Umsatzrendite sagen?)

- Sie haben immerhin die Hälfte der Gewinne zum Thyssen-Konzern beigetragen. - Zumindest hätte Ihnen auffallen können, daß sich der Dollar zur Zeit auf einem Höhenflug befindet und daß damit die Werften für ihre Schiffe, die sie ausliefern, real 10 % mehr Einnahmen bekommen als im vergangenen Jahr.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Auf den Werften einschließlich der Zulieferer arbeiten knapp 15 000 Menschen, Herr Kayenburg. In den mittelständischen Betrieben dieses Landes arbeiten 100 mal so viele Menschen. Aber die Werften erhalten mehr Fördermittel als sämtliche mittelständischen Betriebe in diesem Lande zusammen. Finden Sie das richtig?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, das kann nicht sein! Da ist ein Kommafehler drin!)

Übrigens ist es mit der F.D.P. dann noch voll durchgegangen. Fordert die CDU nur 5 Millionen DM mehr für die Werften, dann wollen die liberalen Wirtschaftsexperten - die Wirtschaftsexperten; liberal kann man streichen - richtig auf die Pauke hauen und fordern gleich 15 Millionen DM, also das Dreifache. - Subventionspartei! Na dann, Prost!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nur 10 Millionen vom Land, junger Freund!)

Über den Straßenbaufetischismus der Opposition brauche ich hier wohl kein Wort zu verlieren. Aber ehrlich wäre es gewesen, entsprechende Deckungsvorschläge beim ÖPNV auszubringen. Das trauen Sie sich natürlich auch nicht.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Liebe Opposition, wir wissen, daß Ihre Liebe Subventionsmolochen wie dem Eurofighter, dem Transrapid, dem Straßenbau gilt. Ihre Liebe gilt Gesetzen, die Großbanken geradezu beflügeln und dafür belohnen, daß kleine und innovative Firmen in diesem Lande plattgemacht werden. Was Sie betreiben, ist entweder Dummheit oder Dinosaurierfetischismus.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es lohnt sich überhaupt nicht, mit Ihnen zu reden, Herr Hentschel!)

Noch etwas zum Thema **Arbeitslosigkeit**! Seit Jahren schlagen wir eine ökologische Steuerreform vor, um zu drastischen Senkungen der Lohnnebenkosten zu kommen und zugleich Anreize für den ökologischen Bau einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu geben. Wer durch seine Politik statt dessen dafür sorgt, daß die

Soziallasten in nie geahnte Höhen steigen, und diese Lasten dann allein über die Sozialversicherung auf die unteren und mittleren Einkommen aufschlägt, der gehört zum Strafoxerzieren in die Lohnbuchhaltung eines Kleinbetriebes versetzt. Wagen Sie es nicht noch einmal, in diesem Land in einer Veranstaltung zu erzählen, Sie verstünden mehr von Wirtschaft als die Grünen. Diese Haushaltsanträge werde ich Ihnen auf jeder Veranstaltung mit Freude um die Ohren schlagen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zurufe von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Ich würde jetzt gerne der Kollegin zuhören!)

- Ich danke Ihnen, Herr Astrup. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Ministerpräsidentin ist in den vergangenen Monaten insbesondere bei Veranstaltungen der Wirtschaft durch das Land gelaufen und hat überall triumphierend erklärt, das rot-grüne Chaos sei nicht ausgebrochen. Frau Ministerpräsidentin, wen wollen Sie eigentlich damit trösten? - Vermutlich sich selbst.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Denn die Öffentlichkeit und die Wirtschaft im Lande können Sie mit dieser Aussage gewiß nicht beruhigen.

Ich gebe Ihnen übrigens recht: Das Chaos ist nicht ausgebrochen. Es herrscht vielmehr traurige Ruhe. Man kann also eher von rot-grüner Stagnation sprechen. Daß Sie, Frau Simonis, dieser Stillstand beruhigt, finde ich angesichts Ihres Temperamentes schon erstaunlich. Angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen ist es allerdings eher unverantwortlich.

Der Wirtschaftsminister - das will ich gerne zugeben - bemüht sich redlich, den Eindruck, den die Landesregierung hinterläßt, zu dynamisieren.

(Heiterkeit)

Er kündigt immer wieder schnelle und mutige, für die wirtschaftliche Entwicklung notwendige Maßnahmen an. Der erste Spatenstich zur A 20 ist ein Beispiel; das klare Eintreten gegen die Ausbildungsplatzabgabe nur ein weiterer Punkt.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist ja auch ein guter!)

Und dennoch, meine Damen und Herren: Auch Minister Steinbrück - ich will sagen: selbst Minister Steinbrück - kann im Kabinett das weitere Absinken der Investitionsquote nicht verhindern. Auch er kann nicht verhindern, daß wichtige Entscheidungen wie der Abriß des berühmten Bunkers in Kiel monatelang hinausgezögert werden. Auch er kann nicht erreichen, daß die Landesmittel für die Wettbewerbshilfe der Werften in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden, die Komplementärmittel, meine Damen und Herren.

Wenn der Minister allerdings - wie wir gehört haben - den Vertretern der Werften gegenüber erklärt, dies werde ihm vom Parlament verweigert,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unverschämtheit!)

dann muß ich hier ganz deutlich sagen: mit „Parlament“ ist bei ihm offensichtlich die Regierungskoalition gemeint,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

jedenfalls nicht die F.D.P.-Fraktion. Wir haben uns im Finanzausschuß dafür eingesetzt, daß durch Einsatz weiterer Komplementärmittel eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber den anderen norddeutschen Küstenländern nicht perpetuiert wird.

Meine Damen und Herren, hieran hängen Tausende von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein. Statt dessen muß dieser für das Land so wichtige Minister hinnehmen, daß ein geschlechtsspezifisches Existenzgründerinnenprogramm für 1 Million DM eingerichtet wird,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

daß die öffentliche Auftragsvergabe durch das Land an weitere politische Vorgaben geknüpft wird; er kann nicht verhindern, daß die Mittel für den Straßen- und Radwegebau weiter abgeschmolzen werden und daß letztlich der Minister Steenblock - immerhin

stellvertretender Ministerpräsident - in Dithmarschen öffentlich erklärt, mit ihm werde es die westliche Elbquerung nicht geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Kiel hat die Situation beim Jahresempfang wie folgt beschrieben: Ein roter Minister gibt grünes Licht und bekommt vom grünen Minister dafür die rote Karte! - Dem ist aus meiner Sicht nichts mehr hinzuzufügen, um die Situation im Lande und auch die Situation dieses Haushalts zu beschreiben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch der SSW hätte gern eine Aufstockung der **Werftenhilfe** gesehen, so daß die bereitgestellten Bundesmittel für Schleswig-Holstein voll abgeschöpft werden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber?)

Solange international die Subventionen in der Werftindustrie nicht abgebaut worden sind, müssen auch unsere Werften Zuschüsse bekommen können, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Vor diesem Hintergrund können wir den Anträgen von CDU und F.D.P. auf Erhöhung der Werftenhilfe folgen.

Was wir aber nicht akzeptieren können, ist die vorgeschlagene **Finanzierung**. Dazu ist heute schon einiges gesagt worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott, diese Herumeierei ist ja langsam wirklich unerträglich!)

- Herr Kubicki, Sie wissen, daß ich viel davon halte, den Eiertanz zu einem parlamentarischen Prinzip zu machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sieht man doch!)

Ich kann Ihnen auch sagen: Sie werden mich nie dazu bekommen, wie ein Betonkopf zu argumentieren. Das schaffen Sie nicht! Wenn ich es dennoch tun sollte, dann höre ich hier auf.

(Beifall bei der SPD)

Da wir davon ausgehen, daß auch die Regierung und ihr Wirtschaftsminister an einer Erhöhung der Werftenhilfe interessiert sind, ärgert es den SSW, daß man sich hier in einer für das Land so wichtigen Sache nicht parteiübergreifend einigen konnte, um die Finanzierung zu sichern. Zumindest hat die Landesregierung aber im Verhältnis zu dem ursprünglichen Entwurf noch einmal nachgebessert.

Eine dänische Politikerin - sie ist übrigens mit dem Staatsminister verheiratet, gehört aber einer anderen Partei an als er - sagte vor kurzem: „Frauen werden noch immer zwischen Männern, Masern und Macht hin- und hergeschoben. Wenn nichts passiert, werden die Männer und die Masern den Sieg davontragen.“

(Heiterkeit)

Daher begrüßen wir es ausdrücklich, daß die Landesregierung an dem **Existenzgründerinnenprogramm** im Kern festgehalten hat.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Leider ist das geplante Programm - -

(Anhaltende Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich dachte schon, daß die Konzentration jetzt nachläßt. Ich habe daher vorsorglich einen Spruch von Kurt Tucholsky mitgenommen. Tucholsky sagt: „Der Mensch hat neben dem Trieb der Fortpflanzung und dem, zu essen und zu trinken, zwei Leidenschaften: Krach zu machen und nicht zuzuhören.“

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

Leider ist das geplante **Programm für Innovationsassistenten und Innovationsassistentinnen** erst einmal aus dem Haushalt gestrichen worden; ich hoffe aber, daß es nur verschoben worden ist und nächstes Jahr wieder aufgelegt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur wiederholen, was ich schon sagte, als das Programm hier im Hause debattiert wurde: Ein ähnliches Programm ist nördlich der Grenze zu einem großen Erfolg geworden. Es hat vielen jungen Menschen nach dem Studium den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert und dazu beigetragen, daß neue Arbeitsplätze bei kleineren Unternehmen geschaffen wurden. Dieses Beispiel zeigt: Aktive Arbeitsmarktpolitik bringt mehr Beschäftigung. Es ist kontraproduktiv, wenn sich der Staat aus diesem Bereich zurückzieht. Der Direktor der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, hat dies in der Öffentlichkeit schon sehr deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber jetzt, Tiger!)

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der erste Satz in den Ausführungen von Herrn Kayenburg wirkte ja wie eine Bombe: „Der Einzelplan 06 ist ein Beleg für die Konzeptionslosigkeit der Wirtschaftspolitik des Landes.“

(Martin Kayenburg [CDU]: „Der Landesregierung“!)

Das erinnerte mich an Mario Basler, Herr Kayenburg, der letztes Wochenende vor dem Spiel gegen St. Pauli ziemlich kraftmeierische Ankündigungen aus dem Lager von St. Pauli hörte und daraufhin sagte: „Jetzt haben wir die Hosen gestrichen voll.“

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wen meinen Sie damit?)

So wirkte dieser Satz von der Konzeptionslosigkeit der Landesregierung auf mich. Ich darf diesen Satz zurückgeben, Herr Kayenburg, und ihn auch an die Adresse der F.D.P. richten: Ihre Kürzungsvorschläge sind eher ein Beleg für die Alternativlosigkeit der Opposition!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben wir heute nun schon dutzendfach gehört!)

Daß Sie keine richtige **Alternative** in der **Wirtschaftspolitik** in diesem Lande sind, Herr Kubicki - auch Sie von der CDU nicht -, das wird mir ja das eine oder andere Mal auch aus dem Lager von Unternehmensverbänden, Industrie- und Handelskammern und einzelnen Unternehmern signalisiert. Ihr Problem ist ja, daß die Wirtschaftspolitik dieses Landes in ihren Grundzügen eben nicht umstritten ist, auch nicht bei den Exponenten, die sie tragen. Das ist ja Ihr Problem.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann legen Sie doch einen anständigen Haushalt vor!)

Wenn ich mir Ihre Kürzungsvorschläge anschau, dann stelle ich fest, daß man sie im Grunde genommen in vier oder fünf Kategorien zusammenfassen kann: Erstens: Es sind alte Hüte; die habe ich schon dreimal gehört oder gelesen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Die gehören Frau Simonis!)

Zum zweiten: Sie berücksichtigen bei Ihren jetzigen **Kürzungsvorschlägen** offenbar nicht die Umlegung von globalen Minderausgaben - auch nicht die Auswirkungen der Haushaltssperre, die es schon gegeben hat -; das heißt, Sie orientieren sich an Ist-Zahlen für das Jahr 1996, die zum Teil überholt sind. Sie sind nicht auf dem letzten Stand.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch falsch! Schlicht falsch ist das!)

Das nächste: Sie streichen in Bereichen, bei denen ich mich frage - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es ist schlicht falsch!)

- Es ist nicht falsch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das belege ich Ihnen gleich!)

Sie streichen teilweise in Bereichen, Herr Klug, bei denen ich mich frage, wie das zu den Reden paßt, die Sie heute hier gehalten haben. Zum Beispiel streichen Sie bei der **beruflichen Bildung**; Ihre Vorschläge zum

RKW laufen auf einer Zerschlagung des **RKW** hinaus, Sie streichen bei der **Wirtschaftsförderung**, Sie wollen bei der **Exportförderung** streichen, und Sie wollen sogar bei **modernen Technologien** streichen. Wie paßt das alles zusammen?

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Ich denke, wir sollen sparen!)

Das paßt einfach systematisch nicht zusammen. In Ihren Vorschlägen ist also kein roter Faden erkennbar. Deshalb sage ich noch einmal: Sie sind keine ernstzunehmende Alternative zu dem,

(Beifall bei der SPD)

was in den letzten Jahren an Wirtschafts- und Technologiepolitik in diesem Lande stattgefunden hat und - das verspreche ich Ihnen - was so auch in den nächsten Jahren stattfinden wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum hat denn die SPD so dramatisch verloren?)

- Ich will mich von Ihnen, Herr Kubicki, gar nicht irritieren lassen, sondern möchte jetzt gern auf das schöne Thema der **Wettbewerbshilfe** zu sprechen kommen. Das ist einfach bigott, was Sie hier liefern; es ist wirklich bigott. Wenn man einen freidemokratischen Bundeswirtschaftsminister hat, Herr Kubicki und Frau Aschmoneit-Lücke, der dafür Sorge trägt, daß die maritime Wirtschaft in Norddeutschland im Jahre 1997 vom Bund mit ungefähr 180 Millionen DM weniger versorgt wird als 1996, der seit drei bis vier Jahren nichts anderes betreibt als das Geschäft, die Lasten auf die Länder zu überwälzen - das hat über die verschiedenen Programme oder Aufstockungen der Wettbewerbshilfe in Schleswig-Holstein mehr als 70 Millionen DM an zusätzlichen Belastungen für Schleswig-Holstein ausgemacht -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das bedauern wir sehr!)

wenn jemand wie der CDU-Verkehrsminister des Bundes ankündigt, daß darüber hinaus im Haushaltsvollzug wahrscheinlich sogar die Finanzbeiträge an die deutsche Seeschifffahrt ebenfalls noch gestrichen werden - womit wir dann auf fast 220 Millionen DM kommen -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das bedauern wir auch!)

wenn Sie also eine Abnahme der **Bundesmitten** für die deutsche **maritime Wirtschaft**

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Und Sie wollen sie nicht ausschöpfen!)

von fast 37 % haben, und sich dann jemand hier hinstellt und dies mit keinem Wort erwähnt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch gar nicht!)

sondern von der Landesregierung und den anderen norddeutschen Ländern nur abverlangt, sie mögen kompensatorisch einspringen, der ist außerhalb jeder Proportion; dann bewegt der sich als Gesprächspartner in diesem Bereich einfach nicht ernst zu nehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung liefert demgegenüber einen erheblichen Beitrag, indem sie sagt: Wir stellen uns auf den alten Schlüssel von 50 : 50, weil der fair ist, weil der anständig ist - früher betrug das Verhältnis einmal zwei Drittel zu einem Drittel zu Lasten des Bundes -; damit liefern wir unter den jetzigen finanziellen Rahmenbedingungen immerhin 30 Millionen DM für die fünfte Aufstockung. Sie stellen sich nur hin und sagen: Es müßten aber doch 45 Millionen DM sein, und zwar jenseits Ihres ordnungspolitischen Credo, Herr Kubicki. Ich weiß, dieser Vorstoß ist nur sportlich gemeint, mehr nicht. Er ist nur sportlich gemeint, um einen Lanzenritt gegen die Landesregierung vorzunehmen, völlig losgelöst von den Prinzipien, die Sie sonst vor sich hertragen.

(Holger Astrup [SPD]: Welche Prinzipien?)

Man sieht es Ihrer Körpersprache auch an, daß das so gemeint ist.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das merken übrigens Ihre Gesprächspartner in dem einschlägigen Management genauso.

Ich finde, es ist unter den obwaltenden haushalts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen eine grandiose Leistung, wenn sich das Land weiterhin mit 30 Millionen DM beteiligt, so daß dabei insgesamt 45 Millionen DM herauskommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind das erste Land von allen fünf **norddeutschen Ländern**, das sich dazu bereit erklärt. Wir haben damit der schleswig-holsteinischen **Werftindustrie** Sicherheit gegeben, wie es über die Zeitpunkte hinaus, die bisher in Rede standen, weitergeht - und dies bei einem nach wie vor völlig offenen Verfahren, was die Ratifizierung des OECD-Subventionskodex betrifft. Die hiesige Wirtschaft weiß sehr genau zu würdigen, was in diesem Bereich in Bonn alles unterlassen wird.

Ich möchte den Landtag in diesem Zusammenhang an eine gemeinsame Resolution zur Stützung des Schiffbaus und der maritimen Wirtschaft in Schleswig-Holstein erinnern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen Sie ja gar nicht mehr!)

Ich wäre Ihnen, liebe Kollegen und Kolleginnen auf seiten der CDU und der F.D.P., sehr dankbar, wenn Sie Ihre Gesprächskontakte in Bonn etwas stärker zur Geltung bringen würden, um hiesige Landesinteressen auf diesem Gebiet zu vertreten, statt die Landesregierung dafür zu attackieren, daß sie etwas unternimmt.

(Beifall bei der SPD)

Sorgen Sie dafür, daß in Bonn nichts unterlassen wird, ehe Sie einen solchen Angriff auf die Landesregierung fahren!

(Beifall bei der SPD)

Das Grundmuster der **Wirtschafts- und Technologiepolitik** stimmt. Das ist auch das Echo, das ich von Gruppen und von Vertretern und Gesprächspartnern bei Gewerkschaften und bei der Wirtschaft dieses Landes höre. Wir werden die **wirtschaftsnahe Infrastruktur** trotz abnehmender finanzieller Spielräume weiter ausbauen. Wir werden den **Technologietransfer** verstärken. Wir werden eine **Existenzgründungsoffensive** gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften starten. Wir werden unsere **Dienstleistungsorientierung** mit den Einrichtungen, die wir haben - WSH, ttz, Investitionsbank, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft - weiter so wahrnehmen, wie sie Jahr ein **Investitions- und Kommunikationskonzept** vorlegen. Wir werden den ersten **Landesweiten Nahverkehrsplan** vorlegen, und

wir werden auch einen Spatenstich und erste Baumaßnahmen bei der A 20 haben. All dies werden wir haben und erleben.

Vor diesem Hintergrund komme ich zu dem Ergebnis, Herr Kubicki: Wer denn öffentlich, jedenfalls vor und nach Weihnachten, ohne jeden Beleg zu haben, darüber spekuliert, daß ich den Verein wechseln könnte, der muß mit mir ein Problem haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe nicht gesagt, daß Sie den Verein wechseln könnten!)

Und wer die Fähigkeiten anzweifelt, wie ich politische Themen durchtragen kann, zum Beispiel auch gerade mit Blick auf den Bunker hier gegenüber, der sieht offenbar Eigenschaften der Verzagtheit oder der Zurückhaltung und Schüchternheit bei mir, die jedenfalls meine politischen Freunde und meine Familienmitglieder bisher nie bei mir erkannt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zum Bereich „Arbeitsmarkt/Wirtschaft“ liegen mir weitere Wortmeldungen nicht vor.

Dann kommen wir jetzt zu dem Bereich „Justiz und Inneres“. Ich erteile Herrn Abgeordneten Schlie das Wort.

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bekämpfung aller Erscheinungsformen der **Kriminalität** ist eine vorrangige Aufgabe des Rechtsstaates. Die Verfolgung und Bestrafung von Kriminellen dient dem Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger. Freiheit und Sicherheit der Bürger sind eine Einheit. Freiheit und Autorität des Staates sind keine Gegensätze.

Wir als CDU bekennen uns zum **Gewaltmonopol** des Staates. Daraus folgt die Pflicht des Staates, Straftaten entschlossen zu bekämpfen, die geltenden Gesetze durchzusetzen und an neue, veränderte Situationen anzupassen. Ich zitiere: „Wenn man einen Rechtsstaat hat, dann muß man in einem solchen Rechtsstaat das Recht durchsetzen.“ Dieses Zitat stammt von dem ehemaligen Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Professor Weichmann, einem geachteten Sozialdemokraten. Als man ihm in der öffentlichen Debatte darüber vorwarf, daß dies ein

Law-and-Order-Standpunkt sei, antwortete er knapp: „Ja, richtig.“

Diesen Standpunkt, Herr Innenminister, erwarte ich von Ihnen nicht. Damit Recht aber durchgesetzt werden kann, muß der Staat zumindest genügend **Polizeibeamte** einstellen, und das tun Sie leider auch noch nicht einmal.

Damit Sie mich nicht mutwillig falsch verstehen können, füge ich gleich hinzu, daß sich auch aus der Sicht der CDU die Diskussion zur **inneren Sicherheit** nicht auf die Verfolgung und Ahndung von Verbrechen beschränken kann. Eine wirksame **präventive Arbeit**, die verhindert, daß Verbrechen begangen werden, muß ebenfalls ein wesentlicher Bestandteil der Politik sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn allerdings Herr Staatssekretär Wegener anlässlich der Amtseinführung des Inspektionsleiters der Polizei in Ratzeburg erklärt, daß allein im Polizeihaushalt 12 Millionen DM eingespart werden müssen und daß jetzt intelligente Lösungen für die Polizeiarbeit gefragt seien, dann fragt man sich natürlich, was das bedeutet. Staatssekretär Wegener lüftet das Geheimnis nur teilweise, indem er sich einen Erhalt des Bundesgrenzschutzes und kriminalpräventive Räte in den Städten vorstellt. Ob diese Lösungsansätze besonders intelligent sind, möchte ich jetzt gar nicht beurteilen. Eines allerdings steht fest: Dadurch, daß Sie beabsichtigen, 1997 die Stellenzahl der Polizeibeamten um insgesamt 180 zu senken, leisten Sie der inneren Sicherheit in Schleswig-Holstein einen Bärendienst.

(Beifall bei der CDU)

Die Herausforderungen, vor denen die Polizei in Schleswig-Holstein aufgrund der Öffnung zu Osteuropa, des Wegfalls der europäischen Binnengrenzen und eines drastischen Anstiegs der organisierten Kriminalität steht, können nicht durch weniger Polizeibeamte beantwortet werden; deshalb beantragt die CDU-Fraktion, die von Ihnen gestrichenen 20 Stellen und 160 zusätzliche Ausbildungsstellen wieder in den Haushalt aufzunehmen, um das Niveau von 1996 zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Die von uns geforderten **Ausbildungsstellen** sind auch deshalb notwendig, weil durch die zunehmende Zahl weiblicher Polizeianwärterinnen die

Personalfuktuation steigt. Um eine stabile Planungsgröße für die Zukunft zu haben, ist der personelle Status quo das Mindeste. Angesichts der finanziellen Gesamtlage des Landes ist aber auch aus unserer Sicht zur Zeit mehr leider nicht machbar.

Einen weiteren Schwerpunkt im Einzelplan 04 stellt die Wiederaufnahme der **Förderung des kommunalen Sportstättenbaus** dar. Diese vom Land völlig eingestellte Förderung ist deshalb so wichtig, weil die öffentliche Hand die Verpflichtung hat, Sportstätten, gerecht verteilt im Land, den Vereinen zur Verfügung zu stellen, damit die ehrenamtlich geführten Vereine ihre Aufgabe für rund 30 % der Bevölkerung wirklich erfüllen können.

(Beifall bei der CDU)

Neben den vom Land geförderten Schulsportstätten und den im Eigentum der Vereine befindlichen Sportstätten muß es wieder einen kommunalen Sportstättenbau geben. Das gehört zu den grundlegenden Daseinsvorsorgeaufgaben der Kommunen.

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch, das ist nur ein Mißverständnis,

(Holger Astrup [SPD]: Kein Mißverständnis!)

das Sie insgesamt von Politik und vor allen Dingen von kommunaler Selbstverwaltung haben.

(Holger Astrup [SPD]: Lächerlich!)

Sie sollten sich vielleicht einmal im Lande umhören, wie gerade im Bereich des Sports das aufgenommen wird, was Sie hier als Quatsch bezeichnen.

Der von uns geforderte Haushaltsansatz in Höhe von 3 Millionen DM kann zu einer Initialzündung für die Erneuerung des kommunalen Sportstättenbaus

(Holger Astrup [SPD]: Schon wieder Quatsch!)

und den damit verbundenen Investitionen führen, die im übrigen ja auch Arbeitsplätze schaffen. - Vielleicht sagen Sie jetzt Ihr berühmtes Lieblingswort auch wieder; aber hier, glaube ich, sagen Sie es nicht mehr.

Nun zum Thema **Feuerschutzsteuer**; da werden Sie auch wieder ganz unruhig, Herr Astrup. Im Mai 1996

erklärte Herr Staatssekretär Wegener in Rendsburg - das sollten wir uns vielleicht noch einmal anhören -:

„Wegener bezeichnet die Freiwilligen Feuerwehren als die größte und uneigennützigste Bürgerinitiative des Landes.“

(Holger Astrup [SPD]: Richtig, stimmt!)

„Er wies darauf hin, daß es gerade in Zukunft immer mehr von der Initiative und dem Einsatzwillen des einzelnen abhängt, ob und in welchem Ausmaß dringende Anliegen unserer Gesellschaft verwirklicht werden können.“

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt!)

„Der selbstlose freiwillige Einsatz der Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen sei auch aus diesem Grunde in hohem Maße anerkennenswert.“

Und dann, Herr Astrup, sagt er weiter: „Kosteneinsparungen sollten sorgsam gegen den Qualitätsverlust von Sicherheit abgewogen werden.“

(Holger Astrup [SPD]: Ist geschehen!)

Recht hat der Mann! Schöne Worte der Landesregierung sind das. Nur die Taten sind leider andere. Wie dies mit Ihrer Absicht vereinbar ist, die Mittel aus der Feuerschutzsteuer für die Zwecke des Brandschutzes so zu kürzen, daß mindestens 3 Millionen DM pro Jahr aus diesem inhaltlich zweckgebundenen Steueraufkommen für die Bezahlung von Beamten im Innenministerium ausgegeben werden sollen, bleibt Ihr großes Rätsel.

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

- Sie können noch zweihundertmal „Quatsch“ schreien; mich bringen Sie damit nicht aus der Ruhe.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt nach Ihrer eigenen Aussage - Herr Innenminister, wir haben das ja sehr dezidiert abgefragt - keine landesweite Erhebung für den **Investitionsbedarf** der **Feuerwehren**. Aussagen über die Entwicklung der Kosten beispielsweise für die Digitalisierung des Funksystems im Feuerbereich können Sie nicht machen. Eine Kostenabschätzung für die Anschaffung neuer Einsatzschutzkleidung nach EG-Norm halten Sie gegenwärtig nicht für möglich.

Die Finanzkraft der Kommunen, um den notwendigen Eigenanteil für Investitionen im Brandschutz aufzubringen, halten Sie dagegen für ausreichend. Eine sehr mutige Einschätzung, Herr Minister, aber leider ist sie falsch.

Trotz der Überarbeitung der Förderrichtlinien vom Oktober 1996 sind die Kommunen auch zukünftig nicht in der Lage, mit dem verminderten Landesanteil aus der Feuerschutzsteuer den **Brandschutz** zu gewährleisten.

(Holger Astrup [SPD]: Die bekommen doch nicht weniger! Das ist doch Quatsch!)

Deshalb beantragen wir, den Kommunen 3 Millionen DM zusätzlich für den Brandschutz aus Mitteln der Feuerschutzsteuer bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, daß Ihnen das insgesamt natürlich sehr unangenehm ist, da Sie sich dann dieser Diskussion im Lande weiterhin stellen müssen.

(Holger Astrup [SPD]: Das tun wir selbstverständlich!)

Statt dessen richten Sie eine völlig überflüssige **Härtefallkommission für abgelehnte Asylbewerber** ein, veranschlagen Kosten für die **Betreuung von Ausländern und Flüchtlingen** in Millionenhöhe, obwohl es nicht ein einziges konkretes Konzept dafür gibt.

Auf unsere Nachfrage in der gemeinsamen Beratung im Innen- und im Finanzausschuß ist es noch einmal deutlich geworden: Sie wissen gar nicht, wie Sie die Mittel ausgeben wollen. Dies ist das Geld, das den Grünen zur Verfügung gestellt worden ist, damit Sie diese Koalition schmieden konnten.

Sie handhaben die **Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge** nach Bosnien am restriktivsten in der gesamten Republik. An dieser Feststellung kommen Sie nicht vorbei.

(Demonstrativer Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch falsch, was Sie da erzählen!)

In diesen Bereich sind genügend Mittel vorhanden, um tatsächlich notwendige Maßnahmen durchzuführen. Ich

gehe davon aus, daß Sie unsere Anträge für das **Opferschutzprojekt** bei der Staatsanwaltschaft in Lübeck und ebenso die Förderung der **ehrenamtlichen Straffälligenhilfe** unterstützen. Unsere Forderungen nach Beförderung der Beamten im **Justizvollzugsdienst** und nach Einrichtung einer **zusätzlichen Strafkammer** im Lande sind sachlich begründet und notwendig. Auch hier erwarten wir Ihre Zustimmung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU wird auch im Bereich Innen- und Justizpolitik ihrem Namen gerecht. Die Haushaltsanträge dazu verdienen durchweg insgesamt das Prädikat „Chaotisch - Dilettantisch - Unseriös“.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Chaotisch - das ist das „C“ - sind insbesondere die sogenannten Sparmaßnahmen im **Justizhaushalt**, mit denen durchaus Wünschenswertes finanziert werden soll. Aber das muß dann doch solide finanziert werden. Sie können doch nicht mit der christdemokratischen Mähmaschine durch den Haushalt fuhrwerken und zum Beispiel solche Ausgaben streichen oder reduzieren, zu deren Erfüllung das Land gesetzlich verpflichtet ist.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ja!)

Landesausgaben im Bereich der **Prozeßkosten- und Beratungshilfe**, der **Zeugen- und Sachverständigenentschädigung** beruhen auf bundesgesetzlichen Verpflichtungen und müssen jährlich in der erforderlichen Höhe bereitgestellt und veranschlagt werden.

(Holger Astrup [SPD]: Wie denn sonst?)

Oder wollen Sie, meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen davon ausschließen, mit anwaltlicher und gerichtlicher Hilfe ihre Rechte zu verteidigen und durchzusetzen?

Meine Damen und Herren, das Recht der Beratungs- und Prozeßkostenhilfe - dort wollen Sie Kürzungen

vornehmen - ist eine Basis unseres sozialen Rechtsstaates, an der wir nicht rütteln werden.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das mit den geschätzten Kosten ist ein totaler Unsinn!)

Dilettantisch - das ist das „D“ -, weil Tatsachen einfach ignorierend, sind die CDU-Haushaltsanträge, nach denen pauschale Rasenmäherkürzungen im Bereich der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Integration **ausländischer Menschen** vorgenommen werden sollen.

Meine Damen und Herren, die Begründungen sind sämtlich falsch, die hier stehen. Sie begründen das mit rückläufigen **Asylbewerberzahlen**,

(Klaus Schlie [CDU]: Natürlich!)

mit der von Ihnen offenbar gewünschten zügigen Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen, Herr Schlie,

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

und schließlich damit, es lägen beim schleswig-holsteinischen Flüchtlingsrat und bei den zahlreichen Betreuungseinrichtungen und Verbänden im Lande keine Konzepte vor. Das ist, wie ich meine, eine anmaßende Kritik, Herr Schlie, die den Einrichtungen und Verbänden und der dort geleisteten Arbeit in keiner Weise gerecht wird.

(Beifall der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Die Asylbewerberzahlen werden auch in absehbarer Zeit nicht derart sinken, daß Einsparungen erheblichen Umfangs möglich wären, und - das ist jedenfalls unsere Auffassung - das Land Schleswig-Holstein wird gut daran tun, angesichts der nach wie vor völlig unsicheren Lage in Bosnien-Herzegowina die bei uns lebenden **Bürgerkriegsflüchtlinge** aus Ex-Jugoslawien nicht sofort und komplett und zwangsweise in ihre Heimatorte zurückzuschicken. Ich erinnere nur an unseren Landtagsbeschluß vom Mai letzten Jahres.

Die SPD jedenfalls fühlt sich dem **Grundsatz des solidarischen Zusammenlebens mit allen Ausländern und Ausländerinnen** in Schleswig-Holstein weiterhin verpflichtet. Wir werden dafür sorgen, daß die finanziellen Grundlagen für

Ausländersozialberatung, Ausländerzentren und Selbsthilfegruppen, Begegnungsstätten sowie spezielle Frauen-, Kinder- und Familienbetreuung gesichert und nicht, wie Sie es wollen, erschüttert werden.

(Beifall bei der SPD)

Das „U“ schließlich: Unseriös ist Ihre Argumentation zur Polizei und zur Feuerwehr, und insbesondere das, was Sie, Herr Dr. Hennig, heute morgen dazu sagten.

Zur **Feuerschutzsteuer** nur noch drei kurze Anmerkungen!

Das erste Stichwort ist die **Zweckentfremdung** der Feuerschutzsteuer. Steuern sind nach unserer Rechtsordnung grundsätzlich nicht zweckgebunden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb gibt es auch keine Einzeletatisierung! Die Mittel stehen überall zur Verfügung!)

Dennoch hat das Land Schleswig-Holstein im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz hier eine Zweckbindung vorgenommen, und dabei bleibt es auch. Das Geld wird weiterhin nur im Bereich des **Brand- und Katastrophenschutzes** verwendet werden. Die Tatsache, daß auch anfallende Personalkosten finanziert werden sollen, ändert doch nichts daran, daß die Mittel aus der Feuerschutzsteuer auch künftig aufgabenbezogen verwendet werden. Zu jeder Aufgabenerfüllung gehören nicht nur sächliche, sondern auch personelle Mittel. Das ist eine Binsenweisheit und eine finanzpolitische Selbstverständlichkeit.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Das zweite Stichwort zu diesem Bereich ist folgendes: Es wird immer wieder behauptet, die Fördermittel aus der Feuerschutzsteuer würden landesseitig gekürzt. Auch diese Behauptung ist falsch. Es wird überhaupt keine **Kürzung** geben. Die Zuwendungen an die Kommunen werden in den nächsten vier Jahren mindestens 13 Millionen DM jährlich betragen. Das ist jetzt sogar als Garantie festgeschrieben im Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Insoweit ist es eine Verbesserung und bedeutet kein finanzielles Risiko.

(Lachen bei der CDU)

Mit Abschluß der Baumaßnahme für die **Feuerwehrschiele** in Harrislee im Jahr 2000 werden

diese für den Bau dieser Feuerwehrschiele jährlich in Anspruch genommenen Gelder wieder den Kommunen zur Beschaffung zur Verfügung stehen. Insofern ist es eine falsche Behauptung, hier von Kürzung zu sprechen.

Auch die dritte Behauptung, die Kommunen könnten wegen der geplanten **Änderung des FAG** ihrer Pflichtaufgabe des **Brandenschutzes** nicht mehr in der notwendigen Form nachkommen, ist falsch.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Der Brandschutz ist überhaupt nicht gefährdet. Zu Ihrer Information: Es bleibt doch wahr, daß die Investitionsentscheidung für Feuerwehrgeräte nach wie vor nicht auf Landesebene, sondern in den Gemeindevertretungen fällt. Dort werden die Entscheidungen gefällt. Aus der Feuerschutzsteuer werden lediglich die pro Gerät 15prozentigen bis 30prozentigen Zuschüsse gezahlt. Uns jedenfalls ist bisher kein einziger Fall im ganzen Lande bekannt, im dem eine notwendige Investition, die vor Ort für erforderlich gehalten wurde, an den zur Verfügung zu stellenden Förderbeträgen gescheitert wäre. Das zur Feuerschutzsteuer!

Ein zweiter Bereich ist der Polizeibereich, die **innere Sicherheit**. Herr Dr. Hennig hat heute morgen - wie eben Herr Schlie auch - wiederum von **Stellenstreichungen** gesprochen.

(Klaus Schlie [CDU]: Natürlich! Das ist so!)

Soweit 20 Stellen nicht mehr verfügbar sind im Haushaltsjahr 1997, handelt es sich a) um fünf Stellen im Sanitätsbereich der Polizei und b) um 15 Reservestellen, die bislang als Ersatz für Polizeibeamte vorgehalten wurden, die eine Fortbildung bei der Verwaltungsfachhochschule oder bei der Polizeiakademie machten.

Trotz dieser Streichung ist aber sichergestellt, daß jeder Polizeibeamte, jede Polizeibeamtin, die 1997 in den Aufstieg gehen wird, vor Ort ersetzt wird. Das hat der Minister ausdrücklich zugesagt, und das wird auch so sein. Es wird kein einziger Beamter weniger im **Vollzugsdienst** zur Verfügung stehen, und die Maßnahmen, die vorgesehen sind - auch im Bereich der technologischen Ausstattung -, werden zu keinerlei Präsenzverlust vor Ort führen. Das ist gewährleistet; durch das Schutzbereichskonzept der Polizei wird die innere Sicherheit in der Fläche weiter verbessert.

Der Wegfall von Verwaltungsaufgaben im Polizeibereich wird erfolgen und auch erforderlich sein. Überall sind Aufgabenkritik und Aufgabenanalyse angesagt. Die Polizeibeamten sollen auch von der reinen Büro­tätigkeit entlastet werden, damit der Schutzmann, die Schutzfrau auf der Straße wieder häufiger gesehen wird.

Insgesamt ist das Ziel der Straffung des Innendienstes, damit die Polizeibeamten mehr Zeit für den Außendienst gewinnen, auch in diesem Haushalt wieder gesichert. Die **innere Sicherheit** in Schleswig-Holstein ist und bleibt gewährleistet.

Schlußbemerkung! Innere Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung einschließlich Kriminalitätsprävention, Herr Schlie, wirksamer Rechtsschutz und humaner, aber sicherer Strafvollzug sind Kernbereiche staatlichen Handelns, die selbstverständlich haushaltspolitisch unbedingt und ohne Wenn und Aber abgesichert werden müssen. Das geschieht auch mit diesem Haushalt. Beide Haushalte können natürlich nicht alles, was wünschenswert ist, in einem Jahr realisieren. Es kann nur schrittweise gehen.

(Klaus Schlie [CDU]: Man muß fragen, wo die Schwerpunkte sind!)

Aber das Grundbedürfnis an innerer Sicherheit, Rechtsschutz und rechtlicher Versorgung ist auch im Haushalt 1997 abgesichert.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Gruppe des Zweiten Instandsetzungsbataillons aus Boostedt.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Einzelplan nur ein paar Bemerkungen. Im Bereich der **Polizei** hat es teils einen höchst problematischen Beförderungsstau gegeben, teils besteht ein Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach subjektiv erfahrener Sicherheit vor Kriminalität, ein Bedürfnis, das übrigens weniger durch individuelle Erfahrung als zum Beispiel durch die Berichterstattung der Medien entstanden ist. Wir können daher das grundlegende Ansinnen unterstützen, die Polizei besser

auszustatten. Aber auch hier steckt der Teufel im Detail. Ich finde es daher ziemlich bedenklich, wenn Politikerinnen und Politiker den Menschen vorgaukeln, daß mehr Polizisten auch mehr Sicherheit bedeuten. Wenn man Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität schützen will, dann muß man ihnen in erster Linie beibringen, wie sie sich selber schützen können. Daher scheint es uns unglaublich kurzsichtig, die Mittel für die Kriminalitätsverhütung in der Titelgruppe 66 streichen zu wollen, wie die F.D.P. es vorgeschlagen hat.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Im Gegenteil, die **kriminalpräventive Arbeit** muß ausgebaut werden.

Gar nicht folgen können wir den CDU/F.D.P.-Anträgen im Asylbereich. Es kann noch immer einiges getan werden, um die Situation der Asylbewerber und der anerkannten Flüchtlinge zu verbessern. Ich denke, daß wir im Rahmen einer humanen **Asylpolitik** nicht auf die Mittel verzichten können, die für diesen Bereich vorgesehen sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zahn.

Peter Zahn [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Eckpunkte seien noch genannt. Der Kollege Puls hat völlig zu Recht die **Senkung der Einstellungsquote** angesprochen, die von Ihnen immer wieder als Personalabbau dargestellt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Sie werden sehen, das hat keinerlei Auswirkungen auf den Vollzugsdienst, Herr Kollege Schlie. Sagen Sie mir eine einzige Polizeidienststelle, in der weniger Beamte im Streifendienst oder an anderer Stelle eingesetzt werden. Natürlich haben wir ein Konzept, das Sie auch weitgehend mittragen, Herr Füllner, im Bereich Werkstätten und Sanitätswesen. Das ist weitgehend aufgrund der Kritik, der wir uns gemeinsam gestellt haben, so gewollt und wird auch so durchgeführt.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie
[CDU])

Nach wie vor bleibt es bei den drei wichtigen Säulen der Polizei - Prävention, Präsenz und Motivation. Danach richten sich auch unsere Haushaltsanträge und der Gesamthaushalt für die Polizei, der ja wiederum um fast 3 % gestiegen ist. Das kann man wirklich nicht von jedem Haushalt sagen.

Was im **Präventionsbereich** getan wird, ist heute schon genug angesprochen worden.

Im **Präsenzbereich** erinnere ich daran, daß man nicht nur mehr Polizei fordern kann. Sie haben das selbst eingeschränkt und gesagt, wir brauchten natürlich andere intelligente Vorschläge - da sind wir uns einig - , etwa im Polizeiorganisationsgesetz und dessen Fortsetzung, im Schutzbereichskonzept, hinsichtlich ZSK auf Kreisebene, Sondereinsatzkommandos und natürlich auch durch neue Techniken und Entbürokratisierung. Auch die Tatsache, daß wir mehr Beamte auf die Straßen bekommen, ist letztlich die Kompensation dafür, daß Personaleinsparung nicht zur Gefahr für die innere Sicherheit wird. Das muß man noch einmal betonen, damit in der Bevölkerung die Argumente nicht verwechselt werden.

Die **Motivation** muß nach wie vor abgedeckt werden durch Beförderungen. Rund 900 Beförderungen stehen in diesem Jahr trotz der Schwierigkeiten im Haushalt an. Man muß auch einmal deutlich würdigen, daß insbesondere für die Obermeister und die Oberkommissare eine Sonderaktion läuft. Auch dies kann man angesichts einer solchen Finanzlage nicht in jedem Haushalt so sehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie in dieser Richtung etwas gesagt oder neue Anträge gestellt hätten, dann hätten Sie uns vielleicht in Verlegenheit bringen können, aber da war nichts zu lesen.

Zur **Feuerschutzsteuer** hat mein Kollege Puls alles gesagt.

Ich will nur noch darauf hinweisen, daß der Bau der **Feuerweherschule in Harrislee** mit fast 35 Millionen DM Kosten ein schwerer Brocken ist. Im Grunde genommen ist es das größte Bauwerk, das das Land derzeit in Auftrag gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Im Juli soll begonnen werden. 2,3 Millionen DM sparen wir dafür in diesem Jahr an, 10,4 Millionen DM haben wir schon angespart. Auch dies sollte man als besondere Leistung des Innenministeriums würdigen. Man sollte also nicht immer nur von der Kürzung reden. Wenn wir 13 Millionen DM als Durchschnitt der letzten vier Jahre für die Zukunft garantieren und im FAG festschreiben, bedeutet das auch Berechenbarkeit für die Feuerwehren und vor allen Dingen für die Gemeinden.

(Beifall bei der SPD)

Die Zukunft wird zeigen, wie wir gemeinsam in der Aufgabenkritik und in der Struktur der Verwaltung auch mit dem Bereich **Katastrophenschutz** umgehen - das ist ein wichtiger Punkt - und wie wir das Beschaffungswesen der Gemeinden vielleicht gemeinsam besser kompensieren können. Deshalb halte ich den Brandschutz in diesem Lande für nicht gefährdet. Wir sollten uns lieber gemeinsam gegen Gemeindevertretungen wenden, in denen von Zusammenlegungen von Feuerwehren die Rede ist.

Letzter Punkt: Sport. Wenn Sie hier 3 Millionen DM einbringen, haben Sie den § 19 FAG nicht gelesen. Da haben wir einen deutlichen Hinweis auf das I-Fonds-Darlehen; das ist auch für die Sportler der CDU-Fraktion wichtig. Die Förderung des **Sportstättenbaus** der Kommunen über ein I-Fonds-Darlehen ist nicht zu verachten. Sie wurde extra neu in den § 19 aufgenommen. Das ist doch auch ein Signal für die Kommunen, die ja selber in der Lage sein müssen, für ihre eigene Finanzierung zu sorgen, ob mit Darlehen oder über Zuschüsse.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Siebke?

Peter Zahn [SPD]:

Ich bitte um Vergebung, ich bin in der letzten Minute.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie wollen in fünf Minuten fertig werden.

Peter Zahn [SPD]:

Ja. Herr Kollege Siebke, wir können nachher darüber reden. Ich bitte jetzt um Entschuldigung.

Durch den Antrag wird der Eindruck erweckt, als würden mit ihm Sportförderung und Sportstättenbau überhaupt erst möglich gemacht. Das stimmt nicht. Die Förderung des Sportstättenbaues gibt es nach wie vor über den Landessportverband. Sie läuft Jahr für Jahr und wird auch im Haushalt des Jahres 1997 laufen. Sie wird in allen Bereichen des Landes möglich sein. Deshalb sollte man nicht davon reden, daß Sportstättenbau in diesem Lande überhaupt nicht gefördert wird.

Diese drei Punkte wollte ich darstellen, weil sie in der Tat der Aufklärung bedürfen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich auf drei Punkte beschränken und mich bemühen, nichts zu wiederholen, was schon gesagt wurde. Ich habe die Verantwortung für den Sport in dieser Regierung übernommen und sage Ihnen mit aller Deutlichkeit, daß ich diese Verantwortung sehr ernst nehme. Deshalb wird es bei der **Sportförderung** im Innenministerium keine Abstriche geben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn hier trotz aller Notwendigkeit zum Sparen von der Sportstättenförderung im kommunalen Bereich geredet wird - dazu hat der Herr Abgeordnete Zahn das Notwendige gesagt -, weise ich darauf hin: Wir haben bereits im letzten Jahr im Kabinett die Entscheidung getroffen, den kommunalen Investitionsfonds auch für die kommunale Sportstättenförderung zu öffnen. Wir haben jetzt mit dem Haushaltsgesetz auch eine entsprechende gesetzliche Klarstellung in § 19 Abs. 3 FAG geschaffen.

Wir haben schon einen Antrag für 1998/99 vorliegen, immerhin in einer Größenordnung von 1,7 Millionen DM. Wer die Bedingungen des kommunalen Investitionsfonds kennt - zwei Jahre tilgungsfrei, 4,5 %, Rückzahlung in 36 Halbjahresraten -, dem muß deutlich werden, daß hier wirklich ein Instrument geschaffen worden ist, das unter allen Schwierigkeiten, die wir bei der Finanzierung haben, den Kommunen die

Möglichkeit eröffnet, im notwendigen kommunalen Sportstättenbau ein Stück voranzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema **Feuerschutzsteuer** ist alles Notwendige gesagt worden, insbesondere zum Thema Zweckentfremdung. Ich füge hinzu: Wenn ein Land wie Bayern 30 % des Aufkommens aus der Feuerschutzsteuer für die Förderung der Wasserversorgung übernimmt, wenn Länder wie Niedersachsen und Hessen Gehälter und Vergütungen von Mitarbeitern in den Landes- und Kreisbehörden sowohl im Feuer- wie im Brand- wie im Katastrophenschutz davon bezahlen, wenn darüber hinaus direkte Abführungen an den Landeshaushalt vorgenommen werden, wenn in einem Land wie Baden-Württemberg schlicht eine zweistellige Millionensumme an den Landeshaushalt abgezweigt wird, dann ist das nicht etwas, was mit Ideologie zu tun hat,

(Beifall bei der SPD)

sondern dort wie hier entscheidet der zuständige Gesetzgeber, was mit Steueraufkommen geschieht. Was dort richtig ist, kann hier nicht falsch sein.

Weil ich durch die ganze Kritik und die Empörung vor Ort durchgegangen bin, füge ich hinzu: Der zukünftige Investitionsbedarf ist nicht nur planungssicher festgestellt in der Formulierung, wie sie jetzt im FAG vorliegt, sondern der **Brandschutz** ist gesichert, und jede notwendige Investition wird auch in Zukunft sichergestellt sein.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Polizei! Ich möchte mich ausdrücklich bei der Fraktionsvorsitzenden der SPD für ihre unterstützenden Worte zur **Polizei** bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen darf ich feststellen, daß von seiten der Opposition nichts, aber auch gar nichts Neues gesagt worden ist.

(Konrad Nabel [SPD]: Nicht nur in dem Bereich!)

Jeder, der die Debatte über die Beantwortung der Großen Anfrage zur inneren Sicherheit vor noch nicht einmal vier Wochen in diesem Hause mit nur etwas

Aufmerksamkeit verfolgt hat, kann nur wiederholt feststellen: nichts Neues.

Deswegen langweilige ich Sie jetzt nicht damit, daß ich wiederhole, was ich neulich gesagt habe. Ich möchte nur eines noch einmal ganz deutlich machen: Es wird keine Kürzungen im Funkstreifen-, Ermittlungs- und Schichtdienst der Schutzpolizei geben.

(Beifall bei der SPD)

Es wird keine Kürzungen im kriminalpolizeilichen Ermittlungsdienst geben.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] - Holger Astrup [SPD]:
Behaupten werden sie es trotzdem!)

Wir werden vielmehr **Präsenz**, Prävention und **Motivation** weiter mit Nachdruck fördern, unter anderem mit einem Personalstrukturkonzept für die nächsten vier Jahre, das in der Geschichte der Landespolizei in diesem Land einmalig ist. Wir werden Schwerpunkte setzen, und wir werden in den nächsten Jahren vor allem das tun müssen, was zunehmend als wichtige Aufgabe auf uns zukommt, nämlich internationale Kriminalitätsbekämpfung. Auch dafür werden wir die notwendigen Instrumentarien haben.

Ich darf abschließend zugleich im Namen meines Kollegen Walter, der nach Bonn mußte, um dort die Bundesratskoordinierung vorzunehmen, mit aller Deutlichkeit sagen, was wir beide im Kabinett und in allen Diskussionen um Einsparungen immer wieder deutlich gemacht haben: Der **Anspruch des Staates auf Strafverfolgung** muß jederzeit sichergestellt sein.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt für den vorgelegten Einzelplan des Innenministers ebenso wie für den vorgelegten Einzelplan des Justizministers.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich eröffne jetzt die letzte Themenschwerpunktrunde „Umwelt, Energie, Landwirtschaft“. Das Wort hat Herr Abgeordneter Nabel.

(Unruhe und Widerspruch)

- Dann hat zunächst Frau Abgeordnete Todsen das Wort.

Herlich Marie Todsen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Steenblock, der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, steht unter dem Motto: Rot-Grün bestimmt zwar von Kiel aus, was im Land gemacht werden muß, die Zeche dafür aber muß die Basis bezahlen, die Kreise, die Gemeinden, die Verbände, die Menschen und letztendlich die Natur. Die, die bisher gute Arbeit geleistet haben, werden bestraft, zum Beispiel der Landesnaturschutzverband oder die Wasser- und Bodenverbände, besonders Bevorzugte aber werden belohnt, wie zum Beispiel der selbsternannte Neue Landesnaturschutzverband.

Herr Minister Steenblock, dieser Haushalt ist ein Haushalt der Ungerechtigkeiten und der Unzulänglichkeiten, ein Haushalt für die Zöglinge und für die Bevorzugten - obwohl doch sogar Herr Piecyk erklärt hat, Klientelinteressen müßten hintangestellt werden -, ein Haushalt der sachlich fachlich falschen Signale und der Verschwendung. Ich möchte diese Vorwürfe anhand einiger weniger Schwerpunkte belegen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Für die Förderung der **Landschaftspläne** stehen 1,2 Millionen DM zur Verfügung. Diesem Ansatz von 1,2 Millionen DM stehen vorliegende Anträge auf Bezuschussung von 350 Gemeinden mit einem Gesamtvolumen von über 20 Millionen DM gegenüber. Herr Minister Steenblock, ich frage Sie, wie Sie es mit den vollmundigen Erklärungen im Koalitionsvertrag halten, wo es heißt: Die kommunalen Landschaftspläne sollen zügig aufgestellt werden, Ausnahmen von der gesetzlichen Verpflichtung zur Aufstellung von Landschaftsplänen sind grundsätzlich nicht zulässig. - Ist der Koalitionsvertrag diesmal die Bibel oder eben doch nur ein Basar? Wie wollen Sie die Kommunen angesichts dieser strikten Knebelung eigentlich mit Ihrem kläglichen Ansatz begleiten?

Die CDU-Fraktion stellt den Änderungsantrag, den Ansatz von 1,2 Millionen DM auf 2 Millionen DM aufzustocken. Ich weiß, daß auch das in der derzeitigen Situation nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Entscheidend wird sein, ob die Landesregierung bereit sein wird, hier zu mehr Vereinfachung und Entbürokratisierung zu kommen. Solange Sie an Ihren kostenträchtigen Forderungen festhalten, ist es unverantwortlich, die Kommunen hier im Regen stehenzulassen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Fröhlich, glauben Sie ernsthaft, daß Sie auf diese Weise das von Ihnen vorhin so vehement eingeforderte Vertrauen schaffen werden?

Durch die Hintertür des § 34 Haushaltsgesetz sollen die Zuweisungen gemäß **Landeswassergesetz** an die Wasser- und Bodenverbände beziehungsweise an die Deich- und Hauptsielverbände für die Unterhaltung der Gewässer und Deiche sowie für den Schöpfwerksbetrieb prozentual gekürzt werden. Bis zur Novellierung des Landeswassergesetzes 1992 betrug die Förderung der Unterhaltung durch das Land 40 %, danach 30 %. Jetzt sollen diese 30 % erneut auf 25 % gekürzt werden, die Förderung der Schöpfwerkskosten von 70 auf 60 %, die Förderung der Unterhaltung von Deichen und Dämmen von 40 auf 35 % reduziert werden. 1995 standen für diese Aufgaben noch rund 14,6 Millionen DM zur Verfügung, 1996 zwar 600 000 DM weniger, aber immer noch 14 Millionen DM. Für dieses Jahr soll der Ansatz nun erneut um über 1,2 Millionen DM auf rund 12,8 Millionen DM zusammengestrichen werden. Das ist eine Mittelkürzung von rund 10 %, die die Verbände im Mark trifft. Frau Fröhlich, ich frage Sie erneut, ob man damit Vertrauen schaffen kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Halten Sie diese Salamitaktik wirklich für vertrauensbildend für die **Verbände**, die sich ja auf eine Regierung verlassen. Ich fordere Sie im Namen der CDU-Fraktion nachdrücklich auf, von diesem erneuten Aderlaß bei den Verbänden abzulassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben den Antrag gestellt, den Mittelansatz um gut 1,2 Millionen DM aufzustocken, um annähernd den alten Ansatz wiederherzustellen. Bestraft werden sonst die Verbände, die bisher im Interesse ihrer Mitglieder hervorragende Arbeit geleistet haben und die zunehmend wichtige Partner im Naturschutz werden. Treffen wird es die Verbandsmitglieder, das heißt in der Hauptsache die Landwirte, eine Berufsgruppe, die ohnehin schon unter erheblich erschwerten Bedingungen wirtschaften muß und zum Teil ums Überleben kämpft, wie wir alle wissen, und deshalb keine zusätzlichen Belastungen mehr verkraften kann. Ich sage einmal ganz bewußt: weder finanziell noch von ihrer Stimmungs- und Seelenlage her!

Bestraft werden soll aber ganz offensichtlich auch der **Landesnaturausschutzverband**. Zunächst hört sich der Betrag von 25 000 DM, um den die institutionelle Förderung von bisher 285 000 auf 260 000 DM gekürzt werden soll, ganz harmlos an. Wenn man aber den Gesamthaushalt des LNV betrachtet, muß jedem klar sein, daß diese geplante Kürzung zu Lasten der ohnehin bescheidenen personellen Ausstattung des LNV und damit zu Lasten fachlich fundierter Stellungnahmen gehen wird. Dies kann aber niemand wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Todsén, ich erinnere Sie daran, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Herlich Marie Todsén [CDU]:

Es war keine feste Redezeit verabredet, Herr Präsident!

Dies kann niemand wollen und beschließen, der den LNV bewußt als kritischen, unabhängigen Begleiter akzeptiert und bejaht. Wir als Fraktion stellen den Antrag, den Ansatz um 25 000 DM aufzustocken und den alten Ansatz wiederherzustellen, damit der LNV wie bisher weiterarbeiten kann.

Wenn man sich vor Augen führt, was hinter diesen Kürzungen eigentlich steckt, nämlich ein Verschiebeparkplatz zugunsten Bevorzugter, kann man wirklich zornig werden. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Wir von der CDU lehnen die erstmalig vorgesehene institutionelle Förderung großer Natur- und Umweltschutzverbände mit einem Haushaltsansatz von 350 000 DM strikt ab.

Ich sage noch deutlicher: Was hier geschieht, ist die Spaltung des ehrenamtlichen Naturschutzes in Schleswig-Holstein. Diese Spaltung bedeutet gleichzeitig eine nachhaltige einschneidende Schwächung des Naturschutzes und damit der Naturschutzarbeit insgesamt.

Ähnlich drastische Kürzungen haben Sie im Bereich des biologischen Naturschutzes vorgenommen. Ich kann das angesichts der Zeit leider alles nur noch verkürzt darstellen.

Seit 1988 sind Sie mit zunehmendem Tempo mit dem Naturschutz in Schleswig-Holstein durch ideologische Forderungen, durch Nutzungseinschränkungen in die

Sackgasse gefahren. Prominenteste Beispiele sind das Kossautal und der Nationalpark Wattenmeer. Ich frage Sie, wie Sie das anspruchsvolle Eider-Treene-Sorge-Projekt finanzieren wollen.

Jetzt geht es weiter. Es wird klar: Der Naturschutz hat bei Rot-Grün keine Konjunktur mehr.

Das ist Ihnen ähnlich auch in der Abfallwirtschaft bescheinigt worden, Herr Minister. Das haben Herr Piecyk und Frau Mehl hervorragend getan. Ich kann mich ihnen nur anschließen.

Zum Schluß kann ich nur sagen: Sie sind wirklich kein Segen für Naturschutz und Umweltschutz in Schleswig-Holstein. Sie wägen an ihren Wurzeln, und wer an den Wurzeln sägt, gefährdet das Ganze.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Nabel, darf ich Ihnen jetzt das Wort geben?

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß unser Parlamentarischer Geschäftsführer besser auf die Zeit aufgepaßt hat.

Ich möchte meinen kurzen Beitrag mit einem Zitat beginnen:

„Die fortschreitende Zerstörung der Erdatmosphäre, die Vergiftung der Meere und eine drohende Klimakatastrophe, Waldsterben, Grundwasserbelastung, umweltbedingte Krankheiten und die hohe Aussterberate der Tier- und Pflanzenarten sind die dramatischsten Zeichen einer umfassenden Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Der ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft ist zur Frage des Überlebens geworden.“

Diese Feststellungen aus dem Berliner Grundsatzprogramm der SPD gelten auch bei leeren Kassen und gelten auch als eine Antwort auf die sehr unklugen Bemerkungen von Herrn Dr. Klug vorhin, Umweltpolitik als Schickimicki zu bezeichnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die schleswig-holsteinische SPD wird den ökologischen Umbau weiter vorantreiben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Toll, toll!)

denn - ich zitiere weiter aus dem Berliner Programm - „gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ökologie ist kein Zusatz zur Ökonomie. Sie wird zur Basis verantwortlichen Wirtschaftens.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit dem 97er Haushalt hat die Landesregierung eine gute Grundlage für die Weiterführung des ökologischen Umbaus geliefert. Mit ihren Änderungsanträgen tun die Koalitionsfraktionen das Ihre dazu.

Natürlich bringt **Umweltwirtschaft** nachhaltiges Wachstum. Herr Kayenburg, was Sie vorhin gesagt haben, warbarer Unsinn. Wir setzen mit unseren Anträgen auf Vorbildfunktion der öffentlichen Hand und fordern energiesparende Bauweise bei Landesbauten ein.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das ist so etwas von laut da drüben!)

- Ich kann darüber hinwegreden. Ich habe das schon öfter gemacht. Ich habe auch einmal Hauptschulklassen unterrichtet.

Wir ändern die Landeshaushaltsordnung und verteilen die Fördermittel so um, daß auch im Bestand energiesparende bauliche Maßnahmen vorgenommen werden können.

Wir stärken die **Umweltbildung** nicht nur als Querschnittsaufgabe, sondern auch durch den Ausbau der Akademie für Natur und Umwelt in Neumünster und um eine um zwei Drittel verstärkte Zahl der Plätze im freiwilligen ökologischen Jahr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erhalten die Förderung der integrierten Schutzkonzepte, um nachhaltiges Wirtschaften, Energiesparen und behutsamen Umgang mit der **Natur**

vor allem auf den Inseln zu unterstützen. Sie von der CDU sollten den in diesem Sinne engagierten Menschen auf Föhr und Amrum und vielleicht auch auf Fehmarn erklären, warum Sie hier noch stärker streichen wollen als der Umweltminister.

Wir verstärken die naturnahe Aufforstung und fördern umweltgerechte Holzwirtschaft durch Verstärkung der Mittel für Holzrücken mit Pferden. Wir setzen mehr Mittel ein, um für das europäische Großschutzgebiet Eider-Treene-Sorge-Niederung ein Managementkonzept zu erarbeiten. Nachhaltiges Wirtschaften, Schutz von Menschen und Natur stehen dabei im Mittelpunkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist das ein Pressezetzel?)

Wir schaffen einen Ausgleich für die **Wasser- und Bodenverbände** für den Teil der Rohrleitungen, die die Gewässereigenschaft verloren haben. Damit federn wir als freiwillige Leistung des Landes - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte darum, daß etwas mehr Ruhe herrscht

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und die Kaffeekränzchen da hinten aufgelöst werden.

Konrad Nabel [SPD]:

Nichts gegen Kaffee! Kaffee ist etwas Feines!

Damit federn wir als freiwillige Leistung des Landes das ab, was als Vorgabe des Bundeswasserhaushaltsgesetzes vorliegt.

Die im Haushalt vorgesehenen Kürzungen um 5 % beziehungsweise 10 % bei der Förderung der Unterhaltung von Schöpfwerken, Deichen und Gewässern sind für die vielen ehrenamtlich in diesem Bereich engagierten Menschen sicherlich schwer nachvollziehbar, Frau Todsén. In Zeiten knapper Kassen müssen aber alle Finanzierungstöpsel auf den Prüfstand. Ich weise darauf hin, daß das mit dem vorliegenden Haushalt nur für 1997 vorgesehen ist. Die Umweltstaatssekretärin hat darüber hinaus zugesagt, daß es zukünftig einen fairen Ausgleich zwischen den unterschiedlich betroffenen Teilen unseres Landes - der

Marsch mit dem hohen Schöpfwerkaufwand und der Geist mit dem geringeren Bedarf - geben wird. Die SPD-Fraktion wird die Umweltstaatssekretärin und damit auch den Minister beim Wort nehmen. Wir werden darauf dringen, daß dieser Ausgleich alsbald in die entsprechende Verordnung aufgenommen wird.

(Zuruf von der CDU: Das fehlt noch!)

Mit unseren Anträgen lassen wir uns von den Prinzipien der Nachhaltigkeit und des Schutzes von Menschen und Natur leiten.

CDU und F.D.P. dagegen lassen sich in ihren Anträgen leider nicht von diesen Prinzipien leiten. In vielen Anträgen ist das, was sie vorgelegt haben, ein schaler Aufguß der Anträge der vergangenen Jahre, sind das alte Hüte, wie vorhin gesagt wurde. Leider lassen Sie sich von diesen Prinzipien nicht leiten. Sie lassen sich eher leiten von der Wirtschaftslobby, vom Bauernverband und höchstens noch vom nordfriesischen Landrat. Dies nenne ich Klientelpolitik, Klientelpolitik reinsten Wassers.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir lehnen Ihre Anträge ab, weil sie nicht in unser Konzept einer ökologischen Erneuerung passen und weil sie unser Land in die Zeit vor 1988 und vor eine umfassende Umweltschutzgesetzgebung der Regierung Engholm, namentlich des Umweltministers Professor Dr. Berndt Heydemann, zurückwürfen.

Ich will zu Ihren einzelnen Anträgen nicht so viel sagen;

(Ingrid Franzen [SPD]: Das lohnt sich auch nicht!)

ich will nur etwas zur Schiffsentsorgung, zur Verbändeförderung und am Schluß noch etwas zu Ihrem Naturschutzverständnis sagen.

Sie wissen, daß es in den vergangenen Jahren immer wieder das Bekenntnis der SPD-Fraktion zur verbindlichen Verpflichtung der Entsorgung aller Schiffe in den Häfen gegeben hat. Wir haben unseren Verkehrsminister - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, ich weise Sie darauf hin, daß Sie fünf Minuten der Redezeit verbraucht haben.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wir haben noch genug Redezeit!)

Konrad Nabel [SPD]:

Ich habe nur noch einen kurzen Beitrag; ich bin gleich fertig.

Wir haben unseren Verkehrsminister und die jeweiligen Umweltministerinnen und Umweltminister unseres Landes in dem Bemühen unterstützt, hier eine übernationale Regelung aller Ostsee- und Nordsee-Anrainerstaaten zu erreichen. Gerade kürzlich hat eine entsprechende Bund-Länder-Arbeitsgruppe eine entsprechende Einigung erreicht. Gerade kürzlich hat Minister Steenblock gemeinsam mit der Kollegin Griefahn aus Niedersachsen Zusagen aus den Beneluxstaaten mit den wichtigsten Wettbewerberhäfen - Rotterdam als Stichwort - im Hafensbereich erhalten.

Wir wollen den Druck auf die anderen Länder aufrechterhalten, auch auf die Länder - vor allen Dingen England und Norwegen -, die zu dieser verbindlichen **Schiffsöleentsorgung** im Non-special-fee-Bereich noch keine Zusage gegeben haben. Deshalb halten wir die Anträge, die sowohl von den Grünen als auch von der CDU gekommen sind, für kontraproduktiv. Ich denke, auch die Öffentlichkeit wird dies nachvollziehen können.

Nun zur **Verbändeförderung!** SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Einstieg in eine neue Verbändeförderung gewagt. Wir alle wissen, daß diese Mittel gut angelegt sind, sind doch die jetzt neu geförderten Verbände die maßgebliche Stütze der Umweltarbeit vor Ort. Gleichzeitig wissen wir, daß sich in der Förderung der Verbände und des LNV noch in diesem Jahr eine Klärung ergeben muß. Das dauernde Hickhack und Gegeneinander dieser Verbände muß ein Ende haben. Wir werden uns an der Klärung dieser Fragen intensiv beteiligen,

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens [CDU])

um rechtzeitig im neuen Haushalt zu einer Lösung zu kommen. - Das kann nicht so weitergehen, und deshalb müssen wir versuchen, noch in diesem Jahr zu einer Lösung zu kommen.

(Herlich Marie Todsens [CDU]: Acht Jahre hatten Sie dafür Zeit!)

Ihr Vorschlag zur Aufstockung der Förderung von **Landschaftsplänen**, Frau Todsens, paßt überhaupt nicht zu Ihren sonstigen Haushaltsanträgen und zu Ihren Pressemitteilungen aus den vergangenen Wochen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich nehme zum Beispiel Ihre Aussagen zum Biotopverbundsystem, zur Stiftung Naturschutz, zum Kossautalprojekt, zu den integrierten Schutzgebieten, zum Nationalpark, zur Verbändeförderung und zur Rabenvogelproblematik, um nur einige zu nennen. Hier zeigen Sie doch Ihr wahres Gesicht.

(Herlich Marie Todsens [CDU]: Welches?)

- Ihr wahres Engagement gegen den Naturschutz und gegen den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens [CDU])

Die Umweltpolitik ist bei uns in besseren Händen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay das Wort.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich hätte ich mir diesen Haushalt noch grüner vorstellen können. Die Geburt war auch nicht ohne Schmerzen, und Nachwehen sind sicher zu erwarten. Unter den gegebenen Umständen ist dies jedoch das bestmögliche Ergebnis und schon ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Zu den Streichorgien der Opposition im Bereich Natur und Umwelt werde ich mich im einzelnen nicht äußern. Das wäre so, als wollte man nach einem Rasenmäherschnitt feststellen, wo welcher Grashalm zuvor gestanden hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Meine Damen und Herren von der Opposition, es ist eben nicht leicht, 70 Millionen DM, die Sie durch das Streichen der Grundwasser- und Abwasserabgabe verlieren, an anderer Stelle einzusparen. Hier wird deutlich, wie ernst Sie Ihre eigenen Bundesgrundsatzprogramme nehmen, die alle ein Bekenntnis zu **ökologischen Steuern** enthalten. Selbst da, wo auf Landesebene die Möglichkeit bestünde, Worten auch einmal Taten folgen zu lassen, hin zu einer ganzheitlich gesteuerten Abgabenreform im Sinne des Umweltschutzes, steht bei Ihnen kurz und bündig: nein. Statt Einnahmen aus umweltschonenden und ressourcensparenden Abgaben gibt es ein schwarz-gelbes Streichorchester, allerdings mit viel Disharmonie. Bevorzugt gestrichen werden dabei fachliche Zuarbeit, Fortbildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Bei der F.D.P. heißt das „kein Bedarf“, bei der CDU etwas ehrlicher „Sparmaßnahme“. Was ist denn Ihr Bedarf? Glauben Sie wirklich, auf Sachverständige, Symposien, Fachtagungen und so weiter verzichten zu können? - Wir glauben das nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wozu eigentlich Öffentlichkeitsarbeit, wozu Umweltbildung? - Wenn die Bürger zuviel wissen, stört das nur. Sie werden dann vielleicht noch kritischer.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten!

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie hatten doch eigentlich gerade erst Ihr Herz für Bürgerinitiativen entdeckt.

Daß bei der **Abfallwirtschaft** möglichst wenig in Richtung Vermeidung gehen sollte, darüber herrscht erwartungsgemäß oppositionale Übereinstimmung. Über das Thema werden wir Freitag ja noch verhandeln. Bei der CDU heißt es hier neben hohen

Restkosten klar „Streichung der MBA“, bei der F.D.P. wird wieder einmal der „Bedarf“ strapaziert. Wer große Müllöfen maximal beheizen will, braucht eben nicht weniger, sondern mehr Müll.

Interessant ist die schwarz-gelbe Übereinstimmung auch, sobald der Name „Stiftung Naturschutz“ auftaucht. Hier sehen offenbar beide Oppositionsparteien rot. **Naturschutz** stört, und das nicht nur bei der Sicherstellung wertvoller Flächen durch Ankauf, sondern für die CDU auch bei den integrierten Schutzkonzepten oder beim Uferrandstreifenprogramm. Frau Todsén, wo Sie Ihre optimale Einschätzung der oppositionalen Naturschutzpolitik hernehmen, ist mir absolut schleierhaft.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Die F.D.P. will deutlich mehr Forstgrundstücke verkaufen und den Ansatz für den Erwerb entsprechender Flächen folgerichtig weiter senken. Sehr großzügig zeigen sich CDU und F.D.P. bei der Bewilligung von Zuschüssen für die Aufforstung. Die Frage sei erlaubt: Ist dieses Geld in erster Linie für mehr Wald oder für mehr Waldbesitzer?

In Sachen Landschaftspläne oder bei der Schiffsöleentsorgung lassen sich schon fast schwarz-grüne Perspektiven erahnen. Meine Damen und Herren von der CDU, das ist eine durchaus begrüßenswerte grüne Zugabe, aber für schwarz-grün doch noch etwas dürftig. Das ist auch vor allem zu dürftig, weil die CDU, ebenso wie die F.D.P., durch die Streichung der Abfall- und Grundwasserabgabe aus populistischen Gründen den Spielraum für eine zukunftsweisende Umweltpolitik unnötig und in der derzeitigen Umweltsituation auch unverantwortlich einschränkt und ein **Gesamtumweltkonzept** für unser Land leider nicht vorweisen kann. Es wird sich also in absehbarer Zeit wohl doch nichts an rot-grün ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Präsident hatte mir neulich geraten, am Schluß einer Rede doch anzukündigen, daß das das Ende ist, indem ich sage: Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. - Da müßte ich heute aber sehr heucheln!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Winking-Nikolay, Ihr letzter Satz war in Ordnung, auch wenn ich sehr gut zugehört habe. Ich möchte eine Korrektur anbringen, nämlich: Wer eine ökologische Steuerreform will, der sollte sich nicht auf die Abgaben stützen, denn Abgaben müssen immer gruppennützig verwandt werden.

Das Sprichwort sagt: Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Diese Landesregierung schafft es, jede Menge Schatten bei nur sehr wenig Licht zu produzieren.

Die Arbeitslosigkeit ist das beherrschende Thema. Eine Lösung hat uns der Umweltminister auf dem Kreisbauernntag im Herzogtum Lauenburg präsentiert, den Ökolandbau. Angesichts der enormen Schwierigkeiten von Landwirten, Dauer- und Saisonarbeitskräfte zu gewinnen, ist das ein Vorschlag, der von bemerkenswerter Ignoranz geprägt ist. Kurze Zeit später wünscht sich Minister Steenblock die Übernahme des Landwirtschaftsministeriums. Damit hat er vor allem sein ausgeprägtes Machtbewußtsein demonstriert. Kenntnisse braucht man dafür nicht. Der Minister gibt sich wirtschaftsfreundlich, polemisiert aber gegen zukunftsfrüchtige Technologien wie die Gentechnik bei jeder Gelegenheit. Wenn die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** wirklich das Thema dieser Landesregierung wäre - und für die F.D.P. ist dies eine ganz wesentliche Aufgabe -, dann können nicht dauernd Tabus gegen neue Technologien errichtet werden. Wir brauchen die grüne **Gentechnik** zur Verbesserung nachwachsender Rohstoffe, ihre Anpassung an die industrielle Verarbeitung und für umweltschonende Schädlingsbekämpfung.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Fröhlich, man merkt sehr deutlich, daß Sie auf der Gentecknikanhörung der F.D.P.-Landtagsfraktion nicht gewesen sind, sonst hätten Sie ein paar mehr Kenntnisse.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir brauchen sie für die Anpassung der Nutzpflanzen an ungünstige Witterungsbedingungen, für die

Verwirklichung umwelt- sowie wirtschaftspolitischer Ziele. Schleswig-Holstein wäre prädestiniert gewesen, die grüne Gentechnik in seiner Bewerbung im BioRegio-Wettbewerb des Bundes zu präsentieren. Aber ideologische Scheuklappen sind dieser Regierung eben doch wichtiger als neue Arbeitsplätze.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, neue Arbeitsplätze! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daß „Müllmark“ und „Wassergroschen“ die Wettbewerbsfähigkeit unserer Firmen schwächen, ist schon häufig gesagt worden und muß ständig wiederholt werden, damit Sie das endlich lernen. Zu wenig Beachtung findet die Tatsache, welche enorme personelle Belastung die Aufarbeitung der Unterlagen zur Berechnung der **Abfallabgabe** für kleine und mittelständische Betriebe bedeutet, deren Abgabenzahlung dann unter 1000 DM liegt. In anderen Bundesländern wird auf diese Veranlagung verzichtet, aber Schleswig-Holstein pflegt eben den Bürokratismus.

Es ist dem Umweltminister offensichtlich aufgefallen, daß die Verwendung des Wassergroschens unter den Bedingungen des Gesetzes gar nicht so einfach ist. Anders ist seine Initiative zum Wassersparen wohl nicht zu verstehen. Es müßte doch auch der Landesregierung auffallen, daß sie dem Bürger nur geben kann, was sie ihm vorher genommen hat, abzüglich der Verwaltungskosten.

Der LNV ist für seine Idee mit den „Genußscheinen“ zu loben. Es ist ein Genuß, die Arbeit dieses Verbandes zu verfolgen, daher der Name Genußschein.

Es gibt keine Vorbehalte gegen seine Kompetenz und unabhängige Meinungsbildung.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, ich darf Sie darauf hinweisen, daß die letzten drei Minuten der Gesamtredezeit für die Fraktion angebrochen sind.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich bedanke mich, Herr Präsident! - Daher ist die Mittelkürzung durch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Bestrafung gegen geistige

Selbständigkeit zu werten. Ziel von Rot-Grün ist es, den LNV als unbestechliche Stimme für den Natur- und Umweltschutz im Land zu schwächen.

Eindeutig geht es nicht um Einsparungen; denn das Land steigt neu in die institutionelle Förderung von drei **Naturschutzverbänden** ein, die aus dem LNV ausgestiegen sind. Diese haben schon aus der Situation des LNV gelernt und verfahren nach dem Motto: „Wes Brot ich ess‘, des Lied ich sing““. Wir lehnen diese Förderpolitik ab.

(Beifall bei der CDU)

Grüne Politik ist ganz wesentlich die Bestellung von **Gutachten**. Irgendwo in der Bundesrepublik muß sich doch jemand finden, der mit welchen Mitteln auch immer zu den gewünschten Ergebnissen kommt. Wenn es nicht so ist, dann gibt es eben ein neues Gutachten.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die neun Gutachten haben nach Aussagen von Minister Möller dem **Kernkraftwerk** Krümmel die Erkrankungen in der südlichen Elbmarsch nicht in die Schuhe schieben können. Nun soll die auch von der CDU befürwortete Fallkontrollstudie das Thema wenigstens bis zur nächsten Landtagswahl am Kochen halten. Selbst sozialdemokratische Gesundheitspolitiker wie der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, Dr. Krawinkel, bezweifeln inzwischen die Gutachtenpolitik Ihrer Landesregierung.

Die Auftragsvergabe nach Bremen verkennt, daß es bedeutenden Sachverstand hier im Land gibt. Es ist schon merkwürdig, wenn Millionen nach Bremen gehen, aber hiesige Professoren nur mit großer Mühe die notwendigen 10 000 DM für die Vollendung des Schilddrüsenkrebsregisters aufreiben können.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Frauke Tengler [CDU])

Die neue Gutachtenserie mit Kosten in Höhe von über 1 Millionen DM gipfelt in einem meteorologischen Gutachten. Die Bürgerinitiative in der Elbmarsch spricht immer von den stabilen Schönwetterlagen in Geesthacht.

Ich möchte Sie, Herr Wiesen, an dieser Stelle einmal auf diese versteckte Sonneninsel am Elbstrand zwischen Lauenburg und Geesthacht aufmerksam machen, damit Sie dort den Tourismus ankurbeln. Beide Städte wären dankbar für die Umwidmung der Gutachtenmittel in die Förderung ihres Fremdenverkehrs.

Angesichts dieser Gutachteritis stehen Mittel für ehrgeizige Naturschutzprojekte - wie Frau Todsens richtig festgestellt hat - eben nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung.

Ich hatte gesagt, es gebe auch ein wenig Licht im Haushalt. Dazu zählen für mich die Förderung der Waldbiotopkartierung im privaten Waldbau, die Mittel für den Bau einer Fischtreppe in der Elbe bei Geesthacht. Ich bezweifle allerdings, daß die Mittel ausreichen werden.

Insgesamt ist jedoch festzuhalten: Der erste rot-grüne Haushalt setzt auf Beglückung statt auf ökologische Reformen; er ist kein großer Wurf, sondern ein kleines Gewurstel.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk (SSW):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Frage der Schiffsölsorgung hat der SSW bereits in der Debatte nach der Sommerpause die kostenlose Ölsorgung befürwortet, zumindest bis man eine gemeinsame europäische Lösung, bei der die Kosten in die Hafengebühr eingerechnet werden, gefunden hat. Deshalb können wir auch den Änderungsantrag der CDU in dieser Frage unterstützen. Es muß jetzt gehandelt werden, um eine neue Ölpest zu verhindern. Umweltminister Steenblock hat bereits in der Presse seine Bereitschaft geäußert, diesbezüglich eine Umschichtung in seinem Haushalt vorzunehmen. Aber wie wir vorhin gehört haben, ist die SPD anderer Meinung. Ich denke übrigens, daß man nördlich der Grenze schon gewußt hätte, wie man mit solch einer Situation fertig werden kann. Dort hat man ganz einfach weniger Berührungängste.

Der Waldschadensbericht von 1996 hat uns die dramatische Situation der Wälder Schleswig-Holsteins

wieder vor Augen geführt. Sicherlich können diese Probleme langfristig nur über eine Verringerung des Schadstoffeintrages des Verkehrs und durch verbesserte Energieeinsparmöglichkeiten gelöst werden. Kurzfristig kann man mit forstwirtschaftlichen Maßnahmen eingreifen, um kleine Verbesserungen für den **Zustand des Waldes** zu erreichen.

Die Landesregierung hat in der Nachschiebeliste die Mittel für solche Maßnahmen erhöht. Das begrüßen wir. Aber der SSW vermißt eine Erhöhung der Mittel für die Neuwaldbildung, die mittelfristig zu einer Verbesserung der aktuellen Situation beitragen kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Wir unterstützen daher in der Tendenz die Anträge von CDU und F.D.P. zur Neuwaldbildung. Wenn man sich selber das Ziel gesteckt hat, den Waldanteil im vernünftigen Zeitrahmen auf 12 % der Landesfläche zu erhöhen, muß man endlich damit anfangen. Ich sage jetzt bewußt provozierend: Statt eine neue stellvertretende Regierungssprecherin im Umweltministerium einzustellen, hätte man das Geld beispielsweise doch lieber für eine Erhöhung des Waldbestandes verwenden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Soviel zur Übereinstimmung des SSW mit der CDU und F.D.P. in der Umweltpolitik!

(Meinhard Füllner [CDU]: Das war es dann schon!)

- Freuen Sie sich nicht zu früh. Was die beiden Parteien aber mit der vorgeschlagenen Abschaffung der **Abfallabgabe** und der **Landeswasserabgabe** bezwecken,

(Ursula Röper [CDU]: Sehr vernünftig!)

wird von uns auf keinen Fall unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Ihren ökologischen Kahlschlag wollen wir ganz einfach nicht mitmachen. Wir stehen zu diesen Abgaben, solange die Erträge umweltpolitisch sinnvoll eingesetzt werden. Man kann sich zwar darüber streiten, ob alle Gelder sinnvoll ausgegeben werden. Sorge bereitet uns zum Beispiel der auf den ersten Blick sehr hohe Anteil an Verwaltungskosten an der Abfallabgabe. Auch sollte man in Erwägung ziehen, wie von BUND

vorgeschlagen wurde, die Mittel der Landeswasserabgabe vermehrt für den Aufkauf von Land bei den Wasserwerken einzusetzen. Das würde den Grundwasserschutz stärken. Dies alles kann und muß man diskutieren, aber abschaffen darf man diese Umweltabgaben nicht.

(Beifall bei der SPD)

Genau wie der SPD-Landesvorsitzende haben auch wir Probleme mit der geplanten **Informationsstelle zu den Gefahren der Atomenergie**.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Seit Jahren schon unterstützt der SSW den Ausstieg aus der Atomenergie. Aber dieser muß doch politisch vorangebracht werden und nicht mit einer Informationsstelle. Wir finden es schon bedenklich, wenn das Energieministerium jetzt eine Form von politischer Informationsarbeit betreiben soll. Da hätte man dieses Geld viel besser für die direkte Förderung von regenerativen Energiequellen wie Biogasanlagen oder Sonnenenergie ausgeben können. Damit würde man die Alternativen zur Atomkraft fördern. Aber leider will die Landesregierung gerade in diesem Bereich über 1 Million DM sparen. Das ist bedauerlich und wird von uns nicht unterstützt.

Grundsätzlich unterstützt der SSW die verstärkte Förderung des **ökologischen Landbaus**. Die Krise der traditionellen Landwirtschaft zeigt, daß wir auch hier neue Wege gehen müssen. Doch fragen wir uns, ob die neu bewilligten Gelder wirklich sinnvoll eingesetzt werden. Soweit ich unmittelbar aus den Nachbesserungen und Änderungsanträgen zum Haushalt ersehen kann, dreht es sich hauptsächlich um Zuschüsse für Kontroll-, Beratungs- und Vermarktungskosten, nicht um direkte Investitionen wie beispielsweise die Beibehaltungsförderung, wo Schleswig-Holstein bisher im Vergleich zu anderen Bundesländern in der Förderung pro Hektar unter dem Durchschnitt lag. Ich hoffe, daß diese neuen Zuschüsse nicht nur Symbolpolitik sind, sondern dann auch langfristig greifen, so daß der ökologische Landbau in Schleswig-Holstein wirklich bessere Bedingungen bekommt, denn die muß er haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ehlers.

Claus Ehlers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstmals sind wir im Agrarhaushalt nicht für unsere Forsten zuständig. Landwirtschaft und Forsten waren in bewährter Weise über Jahrzehnte im Agrarausschuß immer eine Einheit, und wir bedauern es, Herr Minister, daß Sie hier vor Rot-Grün in die Knie gegangen sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun zum **Gütezeichen** unserer Landwirtschaftskammer! Hier ist eine Kürzung um 500 000 DM vorgesehen. Das Gütezeichen Schleswig-Holstein ist nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa zu einem, durchgängigen Werbebegriff geworden. Gerade in Zeiten umkämpfter Märkte und Schwierigkeiten in der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft müssen wir unsere Produkte werbemäßig verstärkt absichern.

(Beifall bei der CDU)

Das ist von der SPD wie auch von den Grünen anlässlich der Agrarausschußsitzung in Berlin ebenso gesehen und den beteiligten Vorstandsmitgliedern der Landwirtschaftskammer nicht nur signalisiert, sondern auch zugesagt worden.

(Beifall bei der CDU)

Was hier vorgeschlagen wird, bedeutet Wortbruch. Wir können deshalb Ihren jetzigen Sinneswandel überhaupt nicht nachvollziehen.

Die Mittelerhöhung für die **Verbraucherzentrale** tragen wir mit, da in jüngster Zeit durch die allgemeine Verunsicherung eine verstärkte Verbraucheraufklärung in Anspruch genommen wird und vonnöten ist. Die positive Arbeit der Verbraucherzentrale ist insgesamt nur zu würdigen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Landwirtschaftskammer! Erst kürzt die SPD die Mittel und fordert dann ein Konzept ein. Der richtige Weg wäre für uns, erst ein Konzept vorzulegen und dann den nötigen Mittelbedarf zu beraten und zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Konsolidierung der Landwirtschaftskammer muß langfristig haltbar sein. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die **Personalpartnerschaft** zwingend geboten. Der Minister hat den Stellenplan Jahr für Jahr genehmigt und trägt daher eine Mitverantwortung für die Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer, die uns sehr am Herzen liegt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Zum Haushalt des Ministeriums für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus glänzen CDU und F.D.P. mit Einfallslosigkeit und ollen Kamellen.

(Beifall bei der SPD)

Rasenmäherkürzung, Abschaffung der Gebühren für EU-Anträge auf Förderung, die sogenannte „Wiesen“-Steuer - das sind Rituale und populistische Wirkungen, die nicht einmal die Bauern vom Hocker reißen.

(Beifall bei der SPD)

Nachvollziehen kann ich, Herr Kollege Ehlers, die Forderung der CDU nach Rücknahme der Kürzung hinsichtlich der Qualitätsprodukte, also des **Gütezeichens** „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“. Ich bekenne, daß auch mir die Kürzung um eine halbe Million nicht schmeckt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wir werden morgen sehen, wie Sie abstimmen!)

Zur **Personalpartnerschaft** möchte ich nur anmerken, daß ich als schulpolitische Sprecherin gar nicht so glücklich darüber bin, daß wir 20 Stellen aus den Landwirtschaftsschulen übernehmen. Hinzu kommt, daß der Minister vor Jahren schon 14 Stellen angeboten hat, die nicht in Anspruch genommen wurden. Er hat die Stelle für die EXPO angeboten, er hat eine Stelle einer Laborkraft angeboten. Sie wurden nicht in Anspruch genommen. Wo bleibt denn da die Personalpartnerschaft der Kammer?

(Beifall bei der SPD)

Völlig unverständlich ist mir der F.D.P.-Antrag die Zuschüsse für die **Verbraucherzentrale** um 200 000 DM zu kürzen, und das bei einem zunehmenden Bedarf der Verbraucherberatung vor dem Hintergrund von BSE und anderen Fleischskandalen.

Wir setzen dagegen folgende Schwerpunkte: erstens Stärkung der Verbraucherberatung, zweitens Förderung des Tourismus, drittens Stärkung des ökologischen Landbaus, viertens Innovation und Absatz in der Vermarktung land- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse.

Zu 1! Mit 21 Beratungsstellen von Flensburg bis Geesthacht, ergänzt durch zwei mobile Beratungsangebote, leistet die schleswig-holsteinische **Verbraucherzentrale** hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der SPD - Vereinzelter
Beifall bei der CDU)

- Ich danke, Herr Kollege Ehlers, daß Sie dem zustimmen. - Wenn wir daran denken, daß über 200 000 Menschen im Jahr diesen Dienst in Anspruch nehmen, so bedarf es wirklich der Förderung. Hinzu kommt noch, daß Zuschußkürzungen des Bundes in Höhe von 220 000 DM durch Eigeneinnahmen aufgefangen werden konnten. Alle Achtung, Verbraucherzentrale!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Deswegen stützen wir durch 50 000 DM - es ist nicht viel; das weiß ich auch - die Leistung, um überproportionalen Stellenabbau nicht zuzulassen.

Zu 2! Der **Tourismus** ist neu dem Ministerium für ländliche Räume zugeordnet, und das ist gut so. Durch die Integration des Urlaubs auf dem Bauernhof stärken wir die Zusammenarbeit und erweitern die Werbung für die Qualitätsprodukte auf Gastronomie und Tourismus.

(Beifall des Abgeordneten Günter
Neugebauer [SPD])

- Der Kollege Neugebauer hat mitgewirkt.

Zu 3! Durch die Umstellungsförderung des Landes seit 1988 hat sich der **ökologische Landbau** innerhalb kurzer Zeit verfünffacht. Anke Spoorendonk, nach dem Koalitionsvertrag steigen wir nun auch in die Beibehaltungsförderung über GA ein und beseitigen damit die ständig beklagte Wettbewerbsverzerrung im Vergleich mit anderen Bundesländern.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, schauen Sie bitte auf das Zeitkontingent Ihrer Fraktion und kommen Sie bitte zum Schluß!

Sabine Schröder [SPD]:

Ja. - Das zentrale Problem des Ökolandbaus ist aber nicht die Produktion, sondern die Vermarktung. Neue Studien zeigen, daß 40 % der Verbraucher meinen, daß die Ökoprodukte besser sind und besser schmecken, aber nur 1,5 % der Umsätze entfallen auf Ökoprodukte. Ursache ist auch die Zersplitterung der Ökoverbände. Deshalb soll der neue Haushaltsansatz die Beratung stärken, neue Absatzwege erschließen, auch für Großküchen und Lebensmittelketten, die Herkunft und Qualität der Produkte sichern und die Verbände auf Verarbeitung und Vertrieb ausrichten helfen.

Zusätzlich - darauf haben wir bei Einzelplan 07 hingewiesen - haben wir eine Stelle für den ökologischen Landbau des Lindhofes entsperret.

Zu 4! Das ist eine ganz neue Erhöhung um 195 000 DM für **Absatz und Vermarktung**. Aus diesem Titel wurden bisher ANUGA und Grüne Woche bezahlt. Die Aufstockung bietet eine ganz neue Chance. Ich zitiere die Schrift der IHK „Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee“. Sie lobt die kooperative Logistik und spricht von einer Chance für die Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein. Damit begrüßt sie das Konzept des Ministeriums ländliche Räume. Die Ernährungswirtschaft habe für das Land überproportional hohe Bedeutung. Um im härter werdenden Wettbewerb wirtschaftlich erfolgreich bestehen zu können, seien mögliche Effektivitäts- und Effizienzpotentiale voll auszuschöpfen. - So die IHK. Das bedeutet: Anpassung an Liefernetze, Verbesserung im Lagerbereich, Auslastung der Transportkapazitäten, Integration der Vertriebs- und Verteilungsabwicklung, intelligente Nutzung von Informationssystemen. Unter dem Stichwort aus der Region - in die Region können Kostenvorteile genutzt und mittelständische Strukturen erhalten werden.

Ich zitiere den Oppositionsführer: Wir wollen Schleswig-Holstein damit zukunftsfähig machen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Wiesen.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Energie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur wenige Bemerkungen! Zunächst einmal zum **ökologischen Landbau**! Ich denke mir, es war gut, daß wir den ökologischen Landbau in den vergangenen Jahren ausgebaut haben. Nach meiner Auffassung ist im Hinblick darauf, daß der ökologische Landbau sein Geld am Markt verdienen kann, die größte Schwachstelle die Marktorganisation, die Logistik, die Absatzorganisation. Ich hoffe, daß wir bei verstärkter Förderung jetzt auch auf diesem Gebiet vorankommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Die zweite Bemerkung zur **Landwirtschaftskammer**! Die Kollegin Schröder hat schon korrekt auf einiges hingewiesen, was ich der Kammer im Wege von **Personalpartnerschaft**, Herr Kollege Dr. Hennig, angeboten habe und was die Kammer nicht angenommen hat. Ich darf Sie aber auf den aktuellen Stand der Dinge aufmerksam machen. Wir haben am 28. November 1996 die Kammer angeschrieben mit der Bitte, sie möge uns das Personal, das wir im Wege von Personalpartnerschaft möglichst übernehmen sollten, auch melden. Am 3. Februar dieses Jahres hat die Landwirtschaftskammer dann gemeldet. Diese Meldung sieht so aus, daß zum Beispiel darin sechs Ingenieure oder vier Verwaltungskräfte enthalten sind. Aufgrund solcher Meldungen können wir natürlich keine Einstellungen vornehmen. Deswegen schließt der Brief der Landwirtschaftskammer auch zu Recht mit der Bemerkung:

„Wegen sicher erforderlicher zusätzlicher Erläuterungen komme ich in der zweiten Februarhälfte wieder auf Sie zu.“

Das ist der Stand der Dinge. Aber eine Personalpartnerschaft so mißzuverstehen, wie dies teilweise auch bei der Kammer angeklungen ist, daß wir nämlich eine nahezu beliebige Zahl von Leerstellen im Haushalt ausbringen sollten, damit wir alles übernehmen können, was die Kammer uns herüberschicken will, das ist - ich glaube, das weiß jeder hier im Hause - haushaltsrechtlich gar nicht möglich und - ich sage auch einmal - politisch nicht geboten.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Es ist wahr, Kollege Ehlers: Es hat mir wehgetan, daß der Wald nicht mehr zu meinem Ressort gehört. Aber auf der anderen Seite haben wir in diesem knappen ersten Jahr festgestellt - da bin ich dem Kollegen Steinbrück sehr dankbar -, daß sich der Tourismus ganz hervorragend mit den übrigen Aufgaben meines Hauses arrondiert. Wir gehen mit Dampf an die Sache heran, und ich glaube, das merken die Leute im Lande auch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, wir müssen die Behandlung dieses Themenschwerpunktes morgen früh abschließen - es steht noch ein letzter Beitrag aus -, da wir die Sitzung heute zeitig schließen müssen. Ich werde diesen Themenkomplex morgen früh um 10:00 Uhr wieder aufrufen.

(Widerspruch)

- Für den Regierungsbeitrag sind zehn Minuten Redezeit angekündigt.

(Holger Astrup [SPD]: Ich denke, es geht auch kürzer, Herr Präsident! - Weitere Zurufe)

- Herr Minister Steenblock, bleibt es bei der Redezeit, die Sie angekündigt haben, oder kommen Sie mit einem 5-Minuten-Beitrag aus?

(Zurufe)

Dann rufe ich noch den letzten Debattenbeitrag von Herrn Minister Steenblock auf; eine Redezeit von fünf Minuten ist zugesagt.

(Beifall - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Das ist die beste Redezeit; alle sind noch da! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das Fernsehen überträgt live!)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einmal nicht damit anfangen, daß ich sage, was ich von den Anträgen der Oppositionsfractionen halte und von den pauschalen

Ritualen, die wir heute zum Teil abgefeiert haben. Ich möchte vielmehr versuchen, deutlich zu machen, was an diesem Umwelthaushalt aus meiner Sicht vernünftig ist und welches die Probleme sind, die wir in diesem Bereich auch in Zukunft zu lösen haben. Ich meine, daß eine Reihe der Debattenbeiträge vor allem von seiten der Unionsfraktionen an den zentralen Problemen der Umweltpolitik in diesem Lande völlig vorbegegangen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nein, da hat Frau Happach-Kasan das Zentrum der Fragestellung schon sehr viel richtiger getroffen, auch wenn ich mit den Konsequenzen, die sie gezogen hat, nicht an allen Stellen übereinstimme. Wenn wir uns vor Augen führen - was auch in der Haushaltsdebatte gesagt worden ist -, daß ein zentraler Punkt wichtig ist, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen, Zukunftsfähigkeit für dieses Land herzustellen, dann muß natürlich auch die **Umweltpolitik** unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden. Wenn Herr Kubicki in seiner Haushaltsrede sehr intensiv auf den investiven Teil des Haushalts abgehoben hat und daran die Zukunftsfähigkeit des Landes oder auch die Qualität eines Haushalts festmacht, dann kann ich natürlich sagen: Nun ja, Herr Kubicki, für einen Marktradikalen ist natürlich die staatsinterventionistische Tätigkeit etwas, was man kritisch hinterfragen muß.

Trotzdem gebe ich Ihnen aus meiner Position heraus recht, daß es ein ganz zentraler Punkt von Staatsaufgaben ist, die in der Summe kritisch zu hinterfragen sind, daß der Staat auch fördernd in Wirtschaftsprozesse eingreift, eine Richtung bestimmt und in diesem Sinne zum Teil vorbildlich modellhaft tätig ist. Wenn Sie nun aber daran gehen, diesen Haushaltsbereich, der neben dem Verkehrshaushalt und dem Wirtschaftshaushalt die größten Investitionsbrocken enthält - der Umwelthaushalt hat einen Investitionsanteil von fast 40 % -, praktisch als Steinbruch für Ihre sonstigen Spielereien am Haushalt zu reduzieren, dann macht das deutlich, daß Sie weder den ökologischen Aspekt von Zukunftsfähigkeit begreifen noch ökonomisch wissen, was man mit Haushaltspolitik eigentlich macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn wir tatsächlich die Zukunftsfähigkeit dieses Landes realisieren wollen, dann geht es darum, **Ökologie** und **Ökonomie** zusammenzubringen. Dann kann man aber nicht die Abgaben dieses Landes, die

einen ganz wesentlichen Innovationsaspekt haben, beseitigen. Die Abfallabgabe, die Grundwasserabgabe - die üben natürlich über die Erhebung dieser Abgaben eine Lenkungsfunction aus, aber sie haben auch insofern eine ganz wichtige Funktion, als sie innovative Sparpotentiale in diesem Bereich realisieren.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Wenn Sie das „plattmachen“, so wie Sie es in Ihren Anträgen fordern, dann gehen Arbeitsplätze in diesem Lande kaputt, dann geht die technologische Innovation in diesem Bereich kaputt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Nein, ich lasse keine Zwischenfragen zu; das Zeitlimit sitzt mir im Nacken, und ich bitte, das zu respektieren.

Wir sind in diesem Bereich auf einem guten Wege. Ich erinnere an das Thema **Chitosan**. Wir haben das vorgestellt. Man mache sich einmal klar, wie man in diesem Lande mit Ressourcen, die hier gefördert werden, umgeht. Die Krabben - ein ganz zentraler Punkt, in dem man zwar nur im Kleinen, aber doch beispielhaft etwas tun kann. Heute haben wir die Situation, daß die Krabben in diesem Lande gefangen werden und daß 80 % bis 90 % dieser Krabben nach Marokko, nach Polen oder nach Weißrußland zum Puhlen gefahren werden. Das ist unter ökologischen, aber natürlich auch unter Arbeitsplatzgesichtspunkten völlig unsinnig. Drei Wochen lang sind diese Krabben unterwegs, bevor sie in Büsum wieder ankommen und dort als frische Krabben verkauft werden. Wer kann das in diesem Lande wollen, diesen ökonomischen und ökologischen Unfug!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn es uns gelingt, hier eine Produktion aufzubauen, mit der wir die Krabbenpanzer als Rohstoff für eine ganze Reihe von Techniken wieder einsetzen können, dann haben wir zwei Fliegen mit einer Klappe

geschlagen; dann haben wir die Möglichkeit, hier neue Produktionen anzusiedeln und auch die Verarbeitung dieses Produkts im Lande zu halten, Arbeitsplätze zu schaffen und Zukunftsfähigkeit zu demonstrieren. Das sind die Modelle aus dem Bereich der technischen Ökologienpolitik, die wir fördern und die wir im Umweltministerium betreiben. Dies ist ein zentraler Bereich, den Sie abschnibbeln wollen. Sie setzen - wie es die Kollegin Todsen getan hat - im Umweltbereich auf den traditionellen Gegensatz von Naturschutz und Wirtschaftspolitik.

(Herlich Marie Todsen [CDU]:
Überhaupt nicht!)

Diesen traditionellen Gegensatz wollen wir überwinden,

(Herlich Marie Todsen [CDU]:
Überhaupt nicht!)

indem wir Ökologie und Ökonomie versöhnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Dann noch ein Wort zur Gentechnikdebatte, Frau Happach-Kasan, die in diesem Zusammenhang ebenfalls immer angesprochen wird. Ich gebe Ihnen recht - wir brauchen mehr **Technologiepolitik** in diesem Lande. Man braucht sich nur einmal anzuschauen, daß seit 1989 die Forschungstätigkeit - gerade die der Industrie - drastisch zurückgegangen ist. Der Anteil am Bruttosozialprodukt ist von 2 % im Jahre 1989 auf 1,5 % im letzten Jahr zurückgegangen. Das ist eine bedenkliche, eine bedrohliche Entwicklung.

Dann wird von Ihrer Seite her immer die **Gentechnik** ins Spiel gebracht. Dann gucken Sie sich aber einmal die ökonomische Bedeutung von Gentechnik in dem Lande an, das Sie immer als Paradies hinalmalen, in den USA nämlich. 108 000 Arbeitsplätze stehen in den USA, in diesem gelobten Land der Gentechnik, für diesen Bereich zur Verfügung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben von Grundlagenforschung noch nichts gehört? - Holger Astrup [SPD]: Jetzt übertreibst du aber!)

- Ja, 108 000 Menschen sind damit beschäftigt. - Lieber Herr Kubicki, in den USA gibt es 230 Unternehmen, die sich mit Gentechnik befassen und die an der Börse der Vereinigten Staaten registriert sind.

Wissen Sie, wie viele von diesen 230 an der Börse registrierten Unternehmen im letzten Jahr Gewinn gemacht haben? Es waren genau 39 Unternehmen. Das heißt, auf diesem Sektor kommen Sie in einen Subventionsbereich hinein wie auf allen anderen Sektoren. Sie funktionieren den Staatshaushalt für eine Technologieentwicklung um, die schon heute - nicht nur aus den moralisch-ethischen Implikationen heraus, auf die wir unsere Kritik stützen, sondern aus ökonomischen Gründen - die Ansprüche, die Sie an diese Technologie stellen, überhaupt nicht erfüllen kann. Das ist Staatssubventionismus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD - Karl-Martin
Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Reine Ideologie!)

Ich möchte meine Redezeit jetzt nicht weiter überziehen. Ich möchte zum Abschluß kurz feststellen, daß ich zu dem, was zu der von Ihnen kritisierten Investitionstätigkeit vorgetragen worden ist, etwas gesagt habe.

Als zweiten Bereich haben Sie den Personalanteil dieses Landeshaushalts kritisiert. Dann gucken wir doch einmal, wie es denn in den anderen Ländern aussieht. Gucken wir doch einmal in das gelobte Land im Süden, nach Bayern oder nach Baden-Württemberg.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Es soll doch gespart werden!)

Haben Sie sich einmal angeguckt, wie hoch der **Personalkostenanteil** der dortigen Landeshaushalte ist? Er liegt in diesen Haushalten weit über 42 %.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die können sich das leisten!)

Das zeigt doch, daß die Konzeptionslosigkeit dieser Opposition nur noch von der CDU dort übertroffen wird, wo sie an der Regierung ist. Die heutige Haushaltsdebatte hat deutlich gemacht: Dieses Land hat eine Regierung, die es verdient.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir setzen die Beratung des Haushalts morgen früh mit den Beiträgen der finanzpolitischen Sprecher fort.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18:09 Uhr